

Preußische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 40 · 3. Oktober 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Schwieriges Vaterland

Rückblicke und Analysen zum 35. Jahrestag der deutschen Einheit
Seiten 1, 3, 7, 10 und 11



Drohnen Europas
Luftverkehr ist in akuter Gefahr Seite 6



Gesundheit Joe Biden war nicht der erste kranke Mann im Weißen Haus Seite 12

VON RENÉ NEHRING

Frei, vereint und unvollkommen.“ So heißt es im Titel der jüngsten Ausgabe des jährlichen Berichts des Ost-Beauftragten der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit aus dem Jahr 2024. Ein Dreiklang, der in vielerlei Hinsicht treffend die Lage unseres Landes 35 Jahre nach der staatlichen Einheit von 1990 umschreibt.

Frei sind die Deutschen sowohl nach innen als auch nach außen. Trotz mancher autoritärer Anwendungen in den letzten Jahren – Stichwort: deutsches Netzwerkdurchsetzungsgesetz oder Digital Service Act der EU, mit denen vorgeblich „Hass und Hetze“ im Internet bekämpft werden sollen, die aber auch geeignet sind, sukzessive die Räume des Sagbaren zu verengen – ist das vereinte Deutschland noch immer einer der liberalsten Rechtsstaaten der Welt. Wer daran zweifelt, möge sich ehrlich die Frage stellen, in welchem Land er lieber leben will.

Außenpolitisch erhielt Deutschland mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ (Artikel 7, Absatz 2) die „volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten“ zurück. Allerdings nimmt das Land diese Souveränität in mancherlei Hinsicht nicht mehr als alleinstehender Nationalstaat wahr, sondern geteilt in Bündnissen wie EU und NATO. Auch dort gibt es seit geraumer Zeit bedenkliche Tendenzen, etwa der Ignoranz gegenüber den Interessen einzelner Mitgliedstaaten wie Ungarn und der Slowakei. Gleichwohl hat der Brexit gezeigt, dass es einem Land freisteht, ein Bündnis auch wieder zu verlassen, falls es zu dem Ergebnis kommen sollte, dass die Nachteile einer Mitgliedschaft die Vorteile überwiegen.

Das Stichwort „vereint“ aus dem oben zitierten Dreiklang ergibt sich von selbst. Längst sind die Deutschen auf vielfältige Weise zusammengewachsen. Nachdem in den ersten Jahren vor allem „Ossis“ gen Westen zogen, haben sich inzwischen

auch unzählige „Wessis“ zwischen Rügen und dem Thüringer Wald niedergelassen. Dass die Einheit im Alltag kaum noch Thema ist, liegt sicher auch daran, dass aus dem Osten stammende Fußballer wie Michael Ballack und Toni Kroos, Schauspieler wie Anna Loos und Jan Josef Liefers, Maler wie Neo Rauch und Norbert Bisky oder Schriftsteller wie Christoph Hein und Uwe Tellkamp zu prägenden Figuren gesamtdeutschen Lebens wurden. Nicht zuletzt spielt auch der Faktor Zeit eine Rolle. Wer heute 40 Jahre alt ist, also die ungefähre statistische Mitte seines Lebens erreicht hat, hat die Teilung entweder gar nicht mehr erlebt oder kann sich nicht mehr daran erinnern.

Irgendetwas fehlt

Und doch ist da dieses „Unvollkommene“, von dem nicht nur der Bericht zum Stand der Einheit spricht. Auch viele Landsleute empfinden so. Irgendetwas fehlt den Deutschen auch 35 Jahre nach jenen glücklichen Tagen und Wochen, in denen binnen weniger Monate die staatliche Einheit gelang, um mit sich und ihrem Land im Reinen zu sein.

Ein Grund für das Unbehagen sind zweifellos die Narben, die der Einigungsprozess erzeugte. Dass Millionen Menschen über Nacht arbeitslos und ganze Industrielandschaften abgewickelt wurden, hat im Osten den Jubel über die Einführung der D-Mark schnell abklingen

lassen. Und dass an die Stelle der davon geagten SED-Kader schon bald Führungspersonen aus dem Westen kamen und fortan erklärten, wo es langging, sorgte vielfach für ein Gefühl feindlicher Übernahme. Im Westen wiederum machte sich ein Gefühl von Undankbarkeit breit. Bekamen die „Ossis“ nicht jährlich Hunderte Milliarden Mark und später Euro (insgesamt über zwei Billionen Euro) für neue Straßen, Bahnstrecken und Telefonleitungen sowie enorme Sozialleistungen für die Angleichung der Lebensstandards? Empfindungen wie diese können jede noch so gute Erfolgsbilanz nachhaltig vergiften.

Ein gewichtiger Grund für das Gefühl von Unvollkommenheit in Sachen Einheit ist sicherlich auch, dass die Deutschen trotz der Allgegenwärtigkeit des Themas wenig darüber nachdachten, welche Folgen ihr Zusammenschluss für das Bewusstsein von sich selbst haben würde. Schon dass der Begriff „Wiedervereinigung“ Unsinn war, weil das, was 1990 entstand, zuvor gar nicht existiert hatte, stimmte kaum jemanden nachdenklich. Was für eine Nation die Deutschen von 1990 ff. sein wollten – wohl nur den wenigsten Akteuren wäre darauf eine tiefsinnige Antwort eingefallen.

Hinzu kam, dass sich weite Teile der Eliten beider deutscher Staaten gedanklich längst aus der eigenen Nation verabschiedet hatten. Die alte Bundesrepublik war geprägt von kleinstaatlichen Regio-

nen, denen Brüssel, Paris oder Rom geistig oft näherstanden als Berlin, Weimar oder Dresden. In der DDR wiederum hatte die dort herrschende Klasse den Fortbestand der Nation verneint, um ihren Separatstaat zu legitimieren. Obendrein bot Ost wie West die Flucht aus der eigenen Nation die Aussicht, dem Ballast der Geschichte (Stichwort: „Drittes Reich“) entfliehen zu können. Dass mit dem Fall des Eisernen Vorhangs zugleich das Zeitalter der Globalisierung anbrach, bestärkte die verschiedenen Milieus in ihrem Glauben, nationale Empfindungen wären ein Ausdruck längst vergangener Zeiten.

Doch dabei verdrängten sie nicht nur, dass niemand außerhalb der deutschen Grenzen gewillt war, die Deutschen aus ihrer Nation zu entlassen – sondern auch, dass die Nation eine wesentliche Grundlage echter Demokratie ist. Allein der Nationalstaat ermöglicht allen Bürgern die barrierefreie Teilhabe an politischen Debatten (ohne Elitensprache oder Übersetzer). Zudem ermöglicht das Gemeinschaftsgefühl einer gewachsenen Nation eine weitaus tragfähigere Solidargemeinschaft als multinationale Gebilde.

Und so ist das Nachdenken über das eigene Vaterland auch 35 Jahre nach der deutschen Einheit alles andere als politische Folklore vermeintlich Ewiggestriger. Es ist vielmehr die unerlässliche Selbstvergewisserung über zentrale Grundlagen unseres Gemeinwesens.

GESELLSCHAFT

Das andauernde Unbehagen in Sachen deutsche Einheit

Trotz unzähliger Erfolge auf dem Weg des Zusammenwachsens zwischen Ost und West bleibt ein Gefühl von Unvollkommenheit. Eine Spurensuche

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Wohnungsnot entwickelt sich zum Topthema für künftige Wahlkämpfe
Seite 5

Kultur

Die Wiedereröffnung von Schloss Villa Ludwigshöhe bei Edenkoben
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Eine Königsberger Ausstellung über „Die alten Krieger des Bernsteinlandes“
Seite 13

Lebensstil

Eriwan – vom sozialistischen Mauerblümchen zur erblühenden Metropole
Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Kein Arbeitsantrieb Generation Z fühlt sich überfordert – Ursache ist fehlender Wettbewerb in der Schule – Grüne und Linke fordern noch mehr Spaßpädagogik – Mangelnde Leistung kostet Unternehmen Billionen Euro

Immer mehr junge Leute hassen ihren Job

Aktuelle Indeed-Studie beweist: Wir trainieren unserer Jugend systematisch den Leistungswillen ab

VON JENS EICHLER

Der Fall ging bereits durch die Medien, und wenn es nicht so traurig, ja geradezu jämmerlich wäre, müsste man sich fast das Lächeln verkneifen. Es ist der Auswuchs grün-woker Ideologie, der Wahnsinn in Reinform und in seiner ganz eigenen zweifelhaft prachtvollen Machart. So hat ein um das Wohl seines Sohnes besorgter Vater in der Nähe von Hamburg einen Fußballklub verklagt, weil dieser seinen achtjährigen Filius seiner Meinung nach vorsätzlich schädigt und nachhaltig in seiner normalen, gesunden „psychisch-seelischen“ Entwicklung beeinträchtigt.

Ein harter Vorwurf, der im Zusammenhang mit Kindern, Jugendlichen, Fußball und Training ausnahmsweise zum Glück einmal nichts mit sexuellem Missbrauch zu tun hat. Was aber war geschehen? Besagter Vater, selbst ein großer Fußballfan und begeisterter Betreiber dieses Sportes, wollte seinem Sohn beim Training zusehen, anschließend vielleicht sogar ein Resümee mit ihm besprechen, hier und da eventuell ein paar Tipps geben. Wie das halt so ist zwischen Vater und Sohn, wenn es um Sport geht. Fachsimpelei quasi unter Männern. Umso verwunderter war er aber, als er auf dem Bolzplatz eintraf und acht aufgestellte Tore vorfand. Acht, und nicht wie sonst üblich zwei – nämlich an jedem Ende des Spielfelds eins.

Bei nächster Gelegenheit sprach er den Trainer auf den vermeintlichen Fehler an. Doch der winkte ab und erklärte fröhlich, dass die Kinder möglichst viele Treffer erzielen sollten und man daher statt zwei eben acht Tore aufgestellt habe. Die kleinen Kicker sollten es ja einfacher haben. Und um diese verrückte Idee noch zu bekräftigen, wurden in die Tore natürlich keine Torwächter gestellt, die einen Treffer hätten verhindern können. Diese Position blieb komplett unbesetzt. Und als ob dies an Irrsinn noch nicht genug wäre, erklärte der Trainer dem völlig verutzten Vater, dass erzielte Tore auch nicht zu einem Ergebnis gezählt werden. Denn in diesem Verein solle niemand als Verlierer vom Platz gehen. Man wolle keinen Wettkampf, in diesem Wort allein stecke schon mit „-kampf“ so viel Brutalität und Aggressivität, dass man junge

Menschen davor schützen müsse. „Bei uns gibt es nur Gewinner beim Fußball, ist das nicht wunderbar?“

Nein, ist es nicht. Es ist vielmehr das systematische Aberziehen einer notwendigen Leistungskultur und des Leistungswillens. „Wenn Kinder und Jugendliche nicht lernen, sich Ziele zu setzen, diese in einem gesunden Maß ambitioniert verfolgen, und wenn jeglicher Wille und Antrieb zur Leistung in ihnen erstickt werden, fehlen ihnen später in der Arbeits- und Berufswelt sowie in der Welt der Erwachsenen nicht nur wertvolle, sondern lebensnotwendige Skills, die sogar überlebensnotwendig sein könnten!“, erklärt Dr. Lutetia Pachold, Kinder- und Jugendpsychologin, gegenüber der PAZ.

Ältere stehen positiv zur Arbeit

Die Folgen dessen wurde jetzt in einer aktuellen Studie des Arbeitsportals Indeed aus dem September sichtbar. Und zwar in erschreckendem Maße: 43,8 Prozent der jungen Menschen hassen ihren Job. Nein,

sie sind nicht unzufrieden oder machen zu viele Überstunden, sie beklagen sich nicht über zu wenig Lohn, zu wenig Freizeit oder über Ärger mit Kollegen. Nein, sie hassen ihren Job, weil sie sich komplett überfordert fühlen. Überfordert mit selbst den geringsten Anforderungen, mit den Zielen, die sie erfüllen sollen und generell mit den in sie gesetzten Erwartungen. Das jedenfalls ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Appinio im Auftrag von Indeed. Bei 14,7 Prozent sind diese trüben Gedanken sogar an der Tagesordnung, sodass sie täglich daran denken, den Job zumindest zu wechseln oder gar ganz hinzuschmeißen.

Während ältere Generationen ihrem Job gegenüber eher positiv gestimmt sind, ist die Unzufriedenheit in der Gen Z am höchsten. Je älter also die Befragten, desto positiver war ihre Arbeitshaltung und -einstellung. Laut Indeed könnte das auf eine höhere Resilienz sowie eine andere Arbeits- und Leistungseinstellung zurückzuführen sein. Von denjenigen, die

ihren Job hassen, fühlen sich 76 Prozent täglich emotional erschöpft oder innerlich leer. 58 Prozent der jungen Jobhasser lassen sich daher auch sehr häufig krank schreiben – obwohl sie aber eigentlich körperlich gesund sind.

Selbstwertgefühl durch Leistung

Keine Leistung, kein Ehrgeiz, keine Ziele und eine nicht ambitionierte Lebensweise in der Jugend – wie hängt das aber mit der Null-Bock-Mentalität im Beruf und dem Hass auf den Brot bringenden Job der Generation Z zusammen? Das eine führt zum anderen. Wenn Kinder und Jugendliche nicht oder selten erleben, dass Anstrengung zu Fortschritt und Belohnung führt, entsteht kein stabiles inneres Belohnungssystem. Sie lernen nicht, mit Frustration umzugehen, Ziele langfristig zu verfolgen und Erfolg als Ergebnis eigener Anstrengung zu erleben. Wachsen Kinder in einer „leistungsschwachen“ Umgebung auf, wo es weder Pflichten noch auch nur einen Mindestleistungsan-

spruch oder -druck gibt, entsteht oft das Gefühl, dass Arbeit „leicht“ sei und Spaß machen müsse. Der reale Arbeitsalltag aber sieht oft anders aus. Diese Diskrepanz führt zu Frust und dem Gefühl, ausgenutzt zu werden.

Noch wichtiger: Ehrgeiz als intrinsische Motivation resultiert aus Lob und Anerkennung für erbrachte Leistung, Erfolg entsteht aus Durchhaltevermögen und persönlicher Stolz auf erbrachte Leistung durch Geleistetes. Fehlt all das, entsteht am Ende purer Jobfrust.

Eine Studie der Boston University aus dem Jahr 2024 mit Angestellten fand heraus, dass die individuelle innere Überzeugung, Fähigkeiten könnten durch Anstrengung und Lernen wachsen, sich stark positiv auf die persönliche Lebens- und Arbeitszufriedenheit auswirkt. Umgekehrt bedeutet das: Wenn jemand wenig Erfahrung mit Anstrengung hat, kann auch das Selbstwertgefühl und die Leistungsbereitschaft gering sein, was wiederum vermehrt zu Stress und geringerer Zufriedenheit führt. Trainieren wir also in der Schule, in der Freizeit, ja sogar selbst im Elternhaus Kindern und Jugendlichen die Lust auf Leistung systematisch ab, erschweren wir ihnen das spätere Erwachsenenleben und bringen sie sogar zu guter Letzt in Existenznot.

Lustlosigkeit kann teuer werden

Der kanadische Arbeits- und Motivationspsychologie Albert Bandura, der lange Zeit an der Yale-Universität lehrte, bringt es auf den Punkt: „Leistungsbereitschaft muss gelernt werden, sie ist keine natürliche, angeborene Eigenschaft. Dabei ist es aber eine wissenschaftlich erwiesene Tatsache, dass erbrachte Leistungen die Qualität des individuellen Lebens potentiell beeinflussen. Diese Leistungen hängen ebenso davon ab, wie stark man an sich und seine Leistungsfähigkeit glaubt. Doch glauben kann man nur durch erlebte Erfahrungen, was bedeutet, dass jeder Mensch für sein persönliches Glück an das Vollbringen von Leistungen herangeführt werden muss!“

Und noch ein Aspekt mangelnder Leistungsbereitschaft im Job soll erwähnt sein: die wirtschaftlichen Folgen. Laut einer Gallup-Studie verursacht mangelndes Engagement jährlich weltweit Verluste in Höhe von 8,8 Billionen US-Dollar.



Keine Seltenheit: Mangelnde Leistungsbereitschaft und Frust beim Arbeiten hat bei jungen Menschen eher selten etwas mit Faulheit zu tun. Sie sind überfordert, weil sie Wettstreit und das Erreichen von Zielen nie gelernt haben

Bild: Pixabay/TungArt7

LEISTUNGSBEREITSCHAFT

Leistungsfeindliche Pädagogik

Wie Grüne und Linke den gesunden Ehrgeiz unserer Kinder ausbremsen

Immer öfter fragen sich Eltern und Lehrer: Wächst in Deutschland eine Generation heran, die nie gelernt hat, sich anzustrengen? Kritiker sehen den Grund in einer Bildungspolitik, die von grünen und linken Ideologien geprägt ist. Anstatt Kindern Leistungswillen, Wettbewerb und Eigenverantwortung zu vermitteln, setze man auf Gleichmacherei und Wohlfühlpädagogik – mit fatalen Folgen für die Zukunft unseres Landes.

In zahlreichen Bundesländern, die von rot-grünen Koalitionen regiert werden, wurden Noten in den unteren Jahrgangsstufen abgeschafft oder so stark relativiert, dass Unterschiede zwischen Fleiß und Nachlässigkeit kaum noch sichtbar

sind. Klassenarbeiten werden anonymisiert, Ranglisten und Siegerehrungen gestrichen. Statt individueller Spitzenleistung steht nun „Teamarbeit“ und „Kompetenzorientierung“ im Vordergrund. Was auf den ersten Blick modern wirkt, bedeutet in der Praxis, dass Anstrengung und Durchhaltevermögen kaum noch belohnt werden. Und selbst die Köpfe oder Leistungsträger innerhalb solcher Teams erkennen sehr schnell, dass sich ihre eigene Anstrengung und damit Leistung für sie selbst kaum bis gar nicht auszahlt, da die Nichtleistungswilligen sogar noch von der Motivation anderer leben.

Bildungsexperten warnen daher vor den fatalen Konsequenzen. „Wenn Schu-

len Leistung nicht mehr klar einfordern, erziehen wir junge Menschen ohne Ehrgeiz und Durchhaltevermögen“, mahnt der Pädagoge Rainer Bölling. Arbeitgeberverbände berichten schon heute, dass viele Berufseinsteiger weniger belastbar sind und schneller aufgeben, wenn es schwierig wird. Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft zeigt, dass Jugendliche zwar von „Selbstverwirklichung“ träumen, aber immer weniger bereit sind, etwas dafür zu leisten.

Die grünen und linken Bildungspolitiker verteidigen ihren Kurs mit Schlagworten wie „Chancengerechtigkeit“ oder „Schutz vor Leistungsdruck“. Doch in Wahrheit wird damit der Wettbewerb –

„Wenn Schulen Leistung nicht mehr klar einfordern, erziehen wir junge Menschen ohne Ehrgeiz und Durchhaltevermögen“

Rainer Bölling
Pädagoge und Historiker

ein Grundpfeiler unserer sozialen Marktwirtschaft – aus den Köpfen der Kinder verdrängt. Wer den Leistungswillen schon in der Schule abtrainiert, schwächt nicht nur den Einzelnen, sondern auch die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands insgesamt.

Deutschland braucht endlich wieder eine Erziehung, die Leistung, Disziplin und Ausdauer belohnt, anstatt sie zu relativieren. Kinder sollen nicht nur „mitmachen“, sondern lernen, sich anzustrengen, Ziele zu erreichen und stolz auf eigene Erfolge zu sein. Sonst droht eine Gesellschaft, die Wohlstand und Freiheit auf dem Altar der Gleichmacherei opfert – und am Ende alle schwächt. J.E.

Von welchem Deutschland reden wir?

Auch 35 Jahre nach der Einheit sind die Deutschen keine Nation wie andere. Zum Fremdeln mit der eigenen Kultur und Geschichte kommen nun die Folgen ungesteuerter Zuwanderung – begleitet von Realitätsverlust in einflussreichen Milieus

VON REINHARD MOHR

Wie die Zeit vergeht. Wer heute 40 Jahre alt ist, wird sich gewiss nicht an den historischen Augenblick erinnern, als die untergegangene DDR, das größte und spektakulär gescheiterte sozialistische Experiment in der deutschen Geschichte, am 3. Oktober 1990 gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beitrat. Nicht einmal ein Jahr nach dem Fall der Mauer im November 1989 wurde jene „deutsche Einheit“ zur Realität, die in den Jahrzehnten zuvor so oft beschworen worden war – vor allem in Sonntagsreden. Doch so hoffnungsfroh die „Wiedervereinigung“ – freilich ohne den historischen deutschen Osten – von der Mehrheit der Bürger auch gefeiert wurde, so scharf, ja unverwundlich fiel die Kritik einer lautstarken linken Minderheit daran aus.

Viele Intellektuelle, Schriftsteller, Künstler und „Kulturschaffende“ lehnten die Vereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten vehement ab, darunter nicht wenige, die die Zustände in der DDR zuvor entweder ignoriert, verharmlost oder beschönigt hatten. Manchem Intellektuellen erschien sie auch nach dem Scheitern irgendwie als der „bessere deutsche Staat“, und immerhin war es einen Versuch wert gewesen, den Kapitalismus zu „überwinden“, wie auch viele linke Sozialdemokraten glaubten. Wer dagegen, wie der ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal, die Unterdrückung der Freiheit in der DDR und die Schüsse an der Mauer ein ums andere Mal zum Thema gemacht hatte, galt als unverbesserlicher, „revanchistischer“ Rechter.

Das Fremdeln der linken Intellektuellen

Nun war der realsozialistische Arbeiter- und Bauernstaat also Geschichte, und die Linken schrien voll Inbrunst: „Nie wieder Deutschland!“ Anders als sein Freund Willy Brandt, der schon in der Nacht des Mauerfalls rief, nun wachte zusammen, was zusammengehörte, warnte etwa der spätere Literaturnobelpreisträger Günter Grass vor der Einheit und dekretierte: „Die Geschichte hat uns auferlegt, dass wir in zwei Staaten leben.“ Dass dieser Lesart nach die historische Strafe für die NS-Verbrechen allein die DDR-Bürger zu bezahlen hätten, machte dem hochdekorierten Großschriftsteller („Die Blechtrommel“) aus dem Westen nichts aus. Wie viele andere befürchtete er einen „nationalen Taumel“, gar ein „Viertes Reich“, das abermals Krieg und Verderben über Europa bringen würde. Erst viele Jahre später bekannte er dann, 1944, im Alter von 17 Jahren, der Waffen-SS beigetreten zu sein und in der 10. SS-Panzerdivision „Frundsberg“ gedient zu haben. Einen Teil seiner Strafe dafür hätte er also auch in der DDR absitzen müssen.

Auch viele Ost-Intellektuelle trauerten damals dem „unsterblichen Ideal des Sozialismus“ (Gregor Gysi) nach und imaginierten sich als Opfer einer gnadenlosen Rache der neuen westdeutschen Machthaber und ihrer „Treibjagd“ auf frühere SED-Schergen und Stasi-Spitzel. Der DDR-Schriftsteller Fritz Rudolf Fries, zum Beispiel, phantasierte sich in einem Zeitschriftenbeitrag in einen fiktiven Berliner S-Bahn-Zug, von dem aus er beobachtet habe, wie berühmte DDR-Literaten „in einer Reihe angetreten“ waren. Dann hieß es „Feuer frei!“, und in den Staub Brandenburgs sanken Heiner Müller, Stephan Hermlin, Christa Wolf, Ulrich Plenzdorf, Günter Kunert, Erich Loest und Monika Maron. Die Botschaft des Alptrahms war klar: Die „Wessis“ liquidieren die geistige Elite der DDR.

In diesem Fall erwies sich später, dass der moralische Anklagevertreter Fries jahrelang für die Stasi gespitzelt hatte. Und so sah man



Ein seltener Moment, in dem die Deutschen mit sich im Reinen waren: Die Fußball-WM 2006 im eigenen Land

in den Jahren der Einheit die Welt nicht nur als Wille und Vorstellung, sondern auch als Leugnung, Verdrängung und projektive Schuldzuweisung. Es war zugleich die Zeit, da, andererseits, westdeutsche Beamte, die zum Aufbau des Rechtsstaats nach Bonner Muster in den Osten abkommandiert wurden, eine „Buschzulage“ erhielten, als ginge es ins wilde Kurdistan.

Der Philosoph Jürgen Habermas prangerte derweil einen erobungswütigen „D-Mark-Imperialismus“ an, während sich die niederen Chargen des akademischen Milieus über die Konsumgewohnheiten der „Ossis“ lustig machten. Die linke Satirezeitschrift „Titanic“ zeigte auf ihrem Titel eine junge Frau namens „Zonen-Gaby“, die eine halb geschälte Gemüsegurke in der Hand hielt. In großen Lettern stand daneben: „Meine erste Banane“.

Schwierige Annäherung

Das war lustig, aber auch gemein. Ressentiments ersetzten Reflexion, das wechselseitige Ossi-Wessi-Bashing nahm seinen Lauf. Bis heute hält sich die Rede vom „abgehängten Osten“ und den „Menschen zweiter Klasse“, die angeblich zwischen Rügen und Erzgebirge leben. „Jammerossis!“ schallt es zurück, „Heult leiser!“

Die neunziger Jahre waren von großen politischen Auseinandersetzungen geprägt – den zahlreichen Konflikten mit der Treuhand, Massenentlassungen, Stasi-Aufarbeitung und Strafprozessen gegen Honecker, Mielke & Co. wegen der Mauertoten –, während die ökonomischen und ökologischen Aufräumarbeiten weitergingen. Die Weltgeschichte nahm darauf jedoch keinerlei Rücksicht. Ob Irak- oder Balkankrieg, Srebrenica-Massaker oder islamistischer Terror – die Erde drehte sich weiter.

Es war ein kleines Wunder, dass die deutsche Einheit trotz alledem, trotz aller Krisen und Konflikte, eine Erfolgsgeschichte geworden ist. Womöglich hat dabei geholfen, dass im ersten Jahrzehnt nach Mauerfall und Vereinigung auch der Humorstandort Deutschland einen gewissen Aufschwung nahm. Ein Schwabe namens Harald Schmidt wurde zum ungekrönten König der „Spaßgesellschaft“,

zu der die frivole Nackedei-Show „Tutti Frutti“ ebenso gehörte wie die Comedy-Serie „RTL Samstagnacht“, Hape Kerkeling, Anke Engelke, Dirk Bach und Otto Waalkes. Die politische Korrektheit war noch nicht erfunden, und so kam es zu ausgedehnten Entspannungübungen der – frei nach Helmuth Plessner – verspäteten Lachnation, die sich mal weniger ernst nahm als üblich.

Die islamischen Terroranschläge vom 11. September 2001 beendeten abrupt diese Phase, die im Rückblick gewiss heiterer erscheint, als sie wirklich war. Dann folgte eine Krise nach der anderen: Der Afghanistan-Krieg gegen Al-Kaida und die Taliban, der zweite Irak-Krieg 2003, Weltfinanzkrise 2008, Flüchtlingskrise 2015, Corona 2020, Russlands Überfall auf die Ukraine 2022, das palästinensische Massaker an über tausend Juden vom 7. Oktober 2023 und der anschließende Krieg in Gaza. Auch dies ist nur eine kleine Auswahl jener Ereignisse, die den Alltag des wiedervereinten Deutschland maßgeblich beeinflussten, ja, zutiefst erschütterten und dauerhaft veränderten.

Alte und neue Spaltungen

Heute verläuft die oft zitierte „Spaltung der Gesellschaft“ weniger entlang des innerdeutschen Konflikts zwischen „Ossis“ und „Wessis“, sondern vielmehr zwischen oben und unten. Freilich geht es dabei nicht um einen Klassenkampf, denn die sozialökonomische Entwicklung seit 1990 hat alles in allem dafür gesorgt, dass das Wohlstandsniveau deutlich gestiegen ist und sich die Lebensverhältnisse, verglichen mit 1989, angenähert haben.

Die Missstimmung, die sich im Osten wie im Westen des Landes festgesetzt hat und in den Wahlstimmen für die AfD ihren politischen Ausdruck findet, rührt vor allem von einem unangenehmen Gefühl her: dass die Regierenden, die politische Klasse, zu der auch die großen, zumal öffentlich-rechtlichen Medien gehören, nicht mehr in demselben Land leben wie die Bürger. Der Vertrauensverlust bei den Wählern entspricht dem Realitätsverlust der Politiker, die kaum noch wagen, drängende, offenkundige Probleme beim Namen zu nennen.

Die Missstimmung, die sich im Osten wie im Westen des Landes festgesetzt hat, rührt vor allem von einem unangenehmen Gefühl her: dass die Regierenden, die politische Klasse, zu der auch die großen, zumal öffentlich-rechtlichen Medien gehören, nicht mehr in demselben Land leben wie die Bürger

Auch wenn der Vergleich schief ist: Ehemalige DDR-Bewohner fühlen sich zuweilen an alte Zeiten der Fünfjahres-Pläne erinnert, selbst wenn die Bundesregierung nicht das Politbüro der SED ist und die Deutsche Bahn kein VEB Großkombinat Schwarze Pumpe.

Neben den genannten Krisen und Kriegen, zu denen auch die Dauerbedrohung durch islamistischen Terror und das alarmistische Grundrauschen der „Klimakatastrophe“ gehören, gibt es zwei zentrale Scheidelinien: Die Corona-Pandemie und der staatliche Umgang mit ihr, mehr noch aber alles, was mit der Migrations- und Integrationspolitik der letzten zehn Jahre zusammenhängt – Kontrollverlust, Unsicherheit und das verbreitete Gefühl, dass sich das unter Mühen vereinte Deutschland kulturell massiv verändert hat – und zwar zu seinen Ungunsten.

Sehnsucht nach einem verlorenen Land

Fremdheitsgefühle stellen sich ein. Jüngst fragte ein befreundeter Psychotherapeut beim Abendessen, wo denn eigentlich unser altes Deutschland geblieben sei. Nein, er meinte weder das Kaiserreich noch die Adenauer-Republik, aber vielleicht jenes Land, in dem die Fahrpläne der Deutschen Bundesbahn noch verlässlich waren, öffentliche Räume nicht zu Messerverbotzonen erklärt werden mussten und die Grundvertrautheit mit der heimatlichen Umgebung auch daher rührte, dass man sich mit den anderen Menschen im gleichen kulturellen Raum bewegte.

An dieser Stelle meint man den Aufschrei „Das ist doch Rassismus pur!“ von Katrin Göring-Eckardt zu hören. Unvergessen sind ihre naiv-weltfremden Äußerungen aus dem Jahr 2015, als über eine Million Migrantinnen nach Deutschland kamen: „Wir kriegen jetzt Menschen geschenkt. Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freu mich drauf. Am Ende profitieren wir alle davon – mit mehr Sicherheit, übrigens auch sozialer Sicherheit.“

Der groteske Realitätsverlust des immer noch einflussreichen links-grünen Milieus trägt massiv zum allgemeinen Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Klasse insgesamt bei. Zusammen mit Angela Merkels historischem Bekenntnis, letztlich eine Kapitulationserklärung, man könne die deutschen Grenzen sowieso nicht schützen, ergibt sich das Bild eines Landes, auf dessen Schicksal diejenigen, „die schon länger hier leben“ (Merkel), immer weniger Einfluss haben.

Und das genau ist der Punkt, die Schmerzgrenze für viele. Er trifft auch die wachsende Dysfunktionalität des Staates, von den Zuständen in Schulen, Schwimmbädern und dem öffentlichen Nahverkehr bis zur ausufernden Bürokratie und einer kriselnden Wirtschaft, die den aufgeblähten Sozialstaat nicht mehr finanzieren kann. Nicht wenige Bürger sprechen von einem Niedergang, dem man wie einem epischen Auffahrunfall in Zeitlupe zuschaut.

„Warte nicht auf bess're Zeiten!“ sang einst Wolf Biermann, und vielleicht kommt die Hoffnung ja auch aus der Erfahrung: Zwei Staaten mit komplett gegensätzlichen gesellschaftlichen Systemen zusammengeführt zu haben, wenn auch mit Ach und Krach – das sollte eigentlich die Zuversicht stärken, die unter so vielen Anstrengungen gebildete gemeinsame Republik wieder auf Vordermann zu bringen – mit vereinten Kräften.

Eine andere Chance gibt es nicht.

● Reinhard Mohr ist freier Autor und schreibt unter anderem für „Die Welt“ und die „Neue Zürcher Zeitung“. Zuletzt erschien unter dem Titel „Good Morning Germanistan! Wird jetzt alles besser?“ die Fortsetzung seines mit Henryk M. Broder geschriebenen Bestsellers „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ (2023, beide Europa Verlag). www.europa-verlag.com

MELDUNGEN

Gerichte sind völlig überlastet

Berlin – Wie der Deutsche Richterbund (DRB) mitteilt, registrierten die Staatsanwaltschaften 2024 das zweite Jahr in Folge um die 5,5 Millionen neuer Fälle. 950.000 davon konnten die Strafverfolgungsbehörden noch nicht bearbeiten. Das sind 240.000 mehr unerledigte Strafsachen als 2020. Aufgrund der extremen Überlastung der Justiz werden immer öfter Verfahren eingestellt. So führte 2024 lediglich jeder 16. Fall zur Anklage, während 2014 noch jeder zehnte mutmaßliche Straftäter vor Gericht kam. Als Konsequenz fordert der DRB-Bundesgeschäftsführer Sven Rebehn ein großes Investitionspaket von Bund und Ländern, wobei er vor allem die Letzteren in der Pflicht sieht. Keine Kritik äußerte Rebehn hingegen am Paragraph 188 des Strafgesetzbuches (StGB), auf dessen Grundlage Politiker inzwischen tausende Anzeigen wegen angeblicher Beleidigung stellen und damit die Justiz wegen Bagatellen über Gebühr beanspruchen. W.K.

Wegen Online-Posts verhaftet

San Francisco – Laut einer Analyse des auf Künstlicher Intelligenz (KI) basierenden Dialogsystems Grok des US-Unternehmens xAI von Elon Musk belegte die Bundesrepublik Deutschland 2023 den weltweit dritten Platz bei den bekannt gewordenen Festnahmen wegen „Hasskriminalität“. Insgesamt soll sich die Zahl solcher polizeilicher Maßnahmen auf rund 3500 belaufen haben. An zweiter Stelle stand Weißrussland mit 6205 behördlichen Zugriffen. Platz Eins gebührte dahingegen Großbritannien mit 12.183 Verhaftungen unter dem Vorwurf der „böartigen Kommunikation“ oder ähnlicher Vergehen, zu denen vor allem Kritik am Islam und der Transgender-Ideologie zählen. Auf die nachfolgenden Plätze setzte das Portal von Musk China, Russland, die Türkei, Polen, Thailand, Brasilien und Indien. Zuverlässige Zahlen für 2024 und 2025 liefert Grok noch nicht. Zu beachten ist zudem, dass aus etlichen Ländern keine statistisch verwertbaren Angaben kommen. W.K.

Weniger Feste aus Sicherheit

Berlin – Immer mehr deutsche Kommunen und private Veranstalter haben bei Volksfesten und Weihnachtsmärkten mit steigenden Kosten durch Sicherheitsmaßnahmen zu kämpfen. In Berlin werden jetzt Veranstaltungen nur noch genehmigt, wenn die Zufahrtswege abgesperrt sind. Diese Auflage macht mobile Fahrzeugsperren nötig, die durch Personal bewacht werden. Als Folge sind beispielsweise für den Berliner „Karneval der Kulturen“ die Kosten auf 350.000 Euro gestiegen. Auch Lärmgutachten, Brandschutzauflagen, Auflagen zur Barrierefreiheit und Hygieneschulungen treiben die Kosten in die Höhe. Als Folge werden kleinere Volksfeste immer öfter abgesagt. Wegen stark gestiegener Ausgaben für Sicherheitsauflagen sind 2025 beispielsweise das Kirschblütenfest in Marburg und das Sossenheimer Frühlingsfest in Frankfurt/Main abgesagt worden. H.M.



Wasser auf die Mühlen der AfD: Demokratie geht sicher anders, als unliebsame Kandidaten auszuschließen

FOULSPIEL MIT FOLGEN

Die Posse um Ludwigshafen

Wie demokratiefeindlich war der Ausschluss des AfD-Kandidaten zur Wahl?

VON PETER ENTINGER

Die trübe Stimmung in Ludwigshafen passt an diesen Herbsttagen zum ebenso trüben Wetter. Es ist grau, stürmisch und ungemütlich. Dazu fand im Schatten monatelanger Rechtsstreitigkeiten Mitte September die erste Runde der Oberbürgermeisterwahl statt – und die AfD blieb außen vor. Der AfD-Landtagsabgeordnete Joachim Paul war am 5. August vom Wahlausschuss mit 6:1 Stimmen aus dem Rennen genommen worden – offiziell wegen „Zweifeln an seiner Verfassungstreue“. Paul nannte den Ausschluss eine „undemokratische Wahl“, da den Bürgern de facto die Wahlfreiheit genommen werde, und kündigte Rechtsmittel an. Diese blieben jedoch ohne Erfolg.

Gleich drei Gerichte betonten, dass vor Kommunalwahlen nur bei „offensichtlichen Fehlern“ einschlägige Entscheidungen gestoppt werden dürften, und verwiesen auf das nachträgliche Wahlprüfungsverfahren. „Die Wähler in Ludwigshafen sind heute um ihre Stimme

betrogen worden“, sagte Paul nach der Wahl. Alle Proteste konnten letztlich aber den Wahlvorgang nicht verhindern.

Niedergang einer Stadt

Das vorläufige Ergebnis ist ernüchternd: Nur 29,3 Prozent der Wahlberechtigten gingen zur Urne – ein historischer Tiefstand (2017 lag die Beteiligung noch bei etwa 60 Prozent). Den ersten Platz sicherte sich CDU-Kandidat Klaus Blettner mit 41,2 Prozent, vor dem SPD-Kandidaten Jens-Peter Gotter (35,5 Prozent). Beide treten am 12. Oktober zur Stichwahl an. Man muss fairerweise anmerken, dass die Oberbürgermeisterwahl erstmals losgekoppelt von anderen Abstimmungen war. Insofern lässt sich die Wahlbeteiligung nur bedingt vergleichen.

Aufsehen erregten allerdings die insgesamt 3.201 ungültigen Stimmen, was immerhin 9,2 Prozent im Ergebnis ausmacht. Spekuliert wurde, ob Wähler der AfD wegen des umstrittenen Ausschlusses von Paul eine Art „Protest an der Wahlurne“ demonstriert haben könnten. Amtsinhaberin Jutta Steinruck war nicht

mehr angetreten, hatte aber maßgeblich dazu beigetragen, dass Paul nicht kandidieren durfte. Seitdem ist sie heftigen Anfeindungen ausgesetzt, steht teilweise sogar unter Polizeischutz. Steinruck verteidigte den Ausschluss mit den Worten, man lebe im Rechtsstaat. „Da gibt es Regeln. Diese Regeln haben wir als Wahlausschuss offensichtlich eingehalten. Es gibt inzwischen drei Gerichtsentscheidungen, die das bestätigen.“

Steinruck machte die Politik in Berlin für das Fiasko vor Ort verantwortlich. Die Kommunen seien kaputtgespart worden, einem Oberbürgermeister bliebe kaum Gestaltungsspielraum. Vor rund zwei Jahren ist sie aus der SPD ausgetreten. Ludwigshafen gilt mittlerweile als sozialer Brennpunkt im Südwesten. Jahrzehntlang galt der Chemieriese BASF als Arbeitgeber, der Generationen von Familien fütterte. Doch der Lack ist längst ab. Rund um den Hauptbahnhof lungern Junkies. Alteingesessene Geschäfte, Lokale und Kneipen haben mittlerweile geschlossen. Heute wimmelt es nur so vor finsternen Shisha-Bars und dubiosen Spielhöhlen.

Bei der letzten Bundestagswahl wurde die AfD erstmals stärkste Kraft. 24,3 Prozent stimmten für die Rechten, knapp dahinter landete die CDU. Es ist eine Entwicklung mit Ansage. Sogar die längst vergessenen Republikaner erzielten in Ludwigshafen noch Ergebnisse oberhalb der Fünf-Prozent-Marke, als sie bundesweit längst Splitterpartei waren. Eine wahrlose Geisterstadt sei Ludwigshafen, geeignet als Kulisse für osteuropäische Agentenfilme aus den 60ern, schrieb ein „Spiegel“-Reporter schon 2017, als er nach dem Tod des aus der Region stammenden ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl einen Spaziergang über die Stadt machte. Sein Fazit: „Verglichen mit dem Zentrum von Ludwigshafen wirkt jeder Pissbahnhof in Vorpommern, jede Autobahntankstelle in Sachsen-Anhalt wie ein blühender Zukunftsort.“

Von zweifelhaftem Ruf

Egal, wer die OB-Wahl nun gewinnen wird, viel ändern wird er nicht können. Möglicherweise ist der verhinderte AfD-Kandidat Paul auch deshalb so gut gelaut. Am Wahlabend präsentierte er sich lächelnd vor den Kameras. Der studierte Lehrer ist ein Zugereister, er stammt aus Bendorf bei Koblenz, wo er bis heute lebt. Im Dezember 2023 verhängte die rheinland-pfälzische AfD eine auf zwei Jahre angesetzte Parteiämter Sperre gegen Paul, da dieser auf einem Foto den als Erkennungszeichen Rechtsextremer geltenden „White-Power-Gruß“ gezeigt haben soll. Pikanterweise nahm der Wahlausschuss gerade diesen Vorfall zum Anlass, ihn von der OB-Wahl auszuschließen.

Paul ist auch in der AfD nicht unumstritten. Als er im Bundesvorstand saß, stimmte er in aller Regel mit Jörg Meuthen. Heute gilt das als unverzeihlich, da Meuthen als zu moderat galt. Durch die Posse von Ludwigshafen ist er nun bundesweit bekannt. In einem halben Jahr wird in Rheinland-Pfalz gewählt. Paul steht auf Platz sechs der Landesliste. In Umfragen liegt die AfD bei 17 bis 19 Prozent. Paul geht von 25 Prozent aus, unmöglich scheint das nicht. Der Fall Ludwigshafen spielt der AfD in die Karten, ohne dass sie Verantwortung übernehmen muss. Nicht umsonst sagt CDU-Kandidat Blettner: „Ich hätte Paul gerne auf dem Wahlzettel gesehen.“ Es ist völlig unklar, wann die Gerichte entscheiden werden. Klar ist aber, dass der Vorgang Thema im Landtagswahlkampf werden wird.

Dieser Fall wirft grundsätzliche Fragen auf: Wie weit darf der Staat überhaupt gehen, um angebliche, aber nicht gesichert verfassungsfreundliche Kandidaten zu stoppen? Und wie lange muss ein Bewerber um ein öffentliches Amt dann warten, bis ihm Rechtsschutz gewährt wird?

VERKEHR

Immer öfter treiben sich Personen auf Gleisen herum

„Gleislatscher“ und „Tunnelläufer“ werden zunehmend zum Problem

Ein hochriskanter Toilettengang hat im Juli 2024 in der Hamburger S-Bahn für eine gefährliche Situation und Verzögerungen im Fahrplan der S3 gesorgt. Kurz vor 23 Uhr hatte ein 30-jähriger Mann den für Fahrgäste gesperrten Tunnelbereich des S-Bahnhofs Reeperbahn betreten. Der Mann habe dort uriniert, so später ein Sprecher der Bundespolizei Hamburg. Zum Glück hatte ein Triebfahrzeugführer die Situation gerade noch rechtzeitig erkannt, sodass er eine Schnellbremsung machen konnte. Die Bundespolizei leitete gegen den Mann ein Strafverfahren wegen des Verdachts eines gefährlichen Eingriffs in den Bahnverkehr ein.

Wie in Hamburg rühren Verspätungen und Chaos zunehmend nicht nur von einer auf Verschleiß gefahrenen Infrastruktur, anfälliger Zugtechnik und Personal-

mangel her. Immer öfter spielen auch Fremdeinwirkungen eine Rolle. Gemeint sind damit Unwetter, Brandanschläge oder Diebstahl von Kupferkabeln, sowie Menschen, die sich unbefugt im Gleisbereich aufhalten. Regelmäßige Folge ist dann die Unterbrechung des Zugverkehrs, mitunter sogar stundenlanger Stillstand auf der Strecke. Üblicherweise wird bei Personen im Gleisbereich die Polizei gerufen, die dann die Strecke zunächst abläuft, ehe der Zugverkehr weitergeht.

Bei Hamburgs S-Bahn führten vor allem 2022 und 2023 sogenannte „Tunnelläufer“ zu viel Unpünktlichkeit und Ausfallkilometern. Auch Berlins S-Bahn leidet mittlerweile massiv unter dem Phänomen der „Gleislatscher“. Die Deutsche Bahn registrierte allein auf der wichtigen Linie S 25 von Januar bis Oktober des vergange-

nen Jahres 2489 Störungen. Davon gingen 108 Fälle auf „Personen im Gleisbereich“ zurück. Auf Anfrage der Abgeordneten Cornelia Seibeld (CDU) räumte die Deutsche Bahn ein: „Die Anlagen der Deutschen Bahn insgesamt einzuzäunen, um Personen den Zugang zu erschweren, ist aufgrund der Größenordnung – wie auch bei Autobahnen und Wasserstraßen – nicht möglich.“

Hamburgs S-Bahn versucht, dem Phänomen der Tunnelläufer und Gleislatscher mit Bodenfolien in Signalfarben, Zaunanlagen oder Kletterschutz bei Oberleitungsmasten beizukommen: Es gibt nicht „die eine Maßnahme“, so ein Mitarbeiter der Hamburger S-Bahn, „es ist immer ein Maßnahmenpaket, das die bestmögliche Wirkung erzielt.“ Wirkung zeigen auch „Pyramidenmatten“, die am

Ende von Bahnsteigen verlegt werden. Die Hartgummimatten haben pyramidenförmige Noppen, die das Betreten von Gleisanlagen schwierig machen sollen. In Schweden werden sie mittlerweile mit Erfolg eingesetzt. Berichte über zunehmende Probleme im Bahnverkehr durch Personen im Gleisbereich gibt es aber auch aus anderen europäischen Ländern.

Der gefährliche Trend hat viele Ursachen. Mal geht es darum, eine Abkürzung über die Schienen zu nehmen, um sich einen Umweg zu ersparen. Mal springen Jugendliche vom Bahnsteig, um sich nach durchzechter Nacht im Gebüsch neben den Gleisen zu erleichtern. Mitunter treibt Jugendliche auch simpler Nervenzickel in die Gleisanlagen, um dort etwa übermütig ein Selfie für die sozialen Medien zu schießen. Hagen Ritter

WAHLKAMPF

Wohnungskrise wird Topthema

Linkspartei wittert ihre Chance – Auch Konzepte von SPD und Grünen erinnern an Praxis in der DDR

VON HERMANN MÜLLER

Bei Ost-Berlinern, welche die DDR noch bewusst erlebt haben, dürfte der Begriff „Kommunale Wohnungsverwaltung“, kurz „KWV“, vermutlich überwiegend negative Erinnerungen wecken. Bei Mieten, die vom Staat über Jahrzehnte auf dem Niveau des Jahres 1936 eingefroren worden waren, blieb den „volkseigenen“ Wohnungsverwaltungen vor allem die Aufgabe, Wohnungsmangel und baulichen Verfall zu verwalten. Die von der Politik erzwungenen Minimalmieten ließen kaum Investitionen in Instandhaltung und Neubau zu. Das Resultat war ein flächendeckender Verfall der Bausubstanz. Zum Ende der DDR war etwa jede vierte Wohnung dringend renovierungsbedürftig, schätzungsweise eine Million Wohnungen waren nicht mehr sanierungsfähig.

Die Ruinen, die das Konzept der sozialistischen Wohnungswirtschaft hinterlassen hat, sind inzwischen offenbar weitgehend vergessen. Ebenso die Erkenntnis, dass hohe Marktpreise ein Ausdruck von Knappheit sind. In Berlin präsentieren insbesondere Grüne und Linkspartei stattdessen nun Ideen, die Erinnerungen an das alte SED-Denken wecken können. Gemeinsamer Nenner der vorgelegten Konzepte ist es, Vermieter zum billigeren Vermieten zu zwingen.

Beflügelt vom Wahlerfolg im Februar

Hintergrund der Entwicklung ist der Erfolg der Linkspartei in den Berliner Wahlkreisen bei der Bundestagswahl. Überraschend hatte die Partei im Februar fast 20 Prozent der Zweitstimmen erhalten. Die Linkspartei war damit plötzlich Nummer eins bei den Berliner Wählern. Die anderen Parteien mussten registrieren, dass die Genossen sich im Wahlkampf als Mieterpartei in Szene gesetzt hatten. „Wir haben die Brisanz des Wohnungsmarkts unterschätzt“, so die Einschätzung des neuen SPD-Spitzenkandidaten für die Berlin-Wahl, Steffen Krach.

Ein Jahr vor der Wahl – im September 2026 – haben die Berliner Grünen nun die Grundzüge für ein „Bezahlbare-Mieten-Gesetz“ präsentiert. In Regierungsverantwortung wollen die Grünen Vermieter dazu zwingen, einen bestimmten



Vergessene Resultate sozialistischer Wohnungspolitik: Ost-Berliner Kastanienallee im Jahr 1986

Bild: IMAGO/Christian Thiel

Anteil ihrer Wohnungen zu günstigeren Preisen anzubieten. Vermieter mit 50 oder mehr Wohnungen sollen etwa dazu verpflichtet werden, zehn Prozent der frei werdenden Wohnungen an Menschen mit einem Wohnberechtigungsschein (WBS) zu vergeben: „Bei über 1000 Wohnungen sollen zudem besondere Bedarfsgruppen berücksichtigt werden“, so die wohnungspolitische Sprecherin der Grünen, Katrin Schmidberger. Gemeint sind damit offenbar Studenten, Azubis und Obdachlose.

Die Grünen fordern zudem, dass Vermieter einen Teil der Miete für laufende Instandhaltung nutzen oder ansparen müssen. Wohnungsunternehmen, die gegen diese Regelungen verstoßen, wollen sie dazu verpflichten, ihre Bestände zu verkaufen. Zur Kontrolle und Durchsetzung der Regelungen schwebt den Grünen ein neues Landesamt mit 50 Mitarbeitern vor. Um den Wohnungsneubau nicht zu behindern, will die Partei ihre Sozialregelungen nur auf bestehende Wohnungen anwenden. Berlins Grüne

verstehen ihren Entwurf als „Ergänzung zur Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen ab 3000 Wohnungen“.

Die Berliner Sozialdemokraten haben bereits im Sommer einen Gesetzentwurf präsentiert, der privaten Vermietern bei Neuvermietungen bestimmte Quoten für billigere Mieten vorschreibt. Anders als die Grünen wollen sie auch bei Neubauwohnungen die Vermieter zwingen, eine bestimmte Anzahl an Haushalten mit niedrigem Einkommen zu vergeben. Damit in zehn Jahren Wohnen „keine Lebenssorge mehr darstellt“, sieht der SPD-Plan immerhin den Bau von 200.000 neuen Wohnungen in Berlin vor.

Klassenkampffargon der Genossen

Die Linkspartei in der Hauptstadt versucht wiederum, mit einem „Sofortprogramm“ an ihren Erfolg bei der Bundestagswahl anzuknüpfen. Im Programm fordert die Partei je nach Größe des privaten Wohnungsbestandes sogar eine WBS-Quote von bis zu 50 Prozent. Gegen „Mietkriminalität“ will Co-Landeschefin

Kerstin Wolter eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft einrichten: „Für uns ist Schluss mit lustig, Law and Order muss endlich mal die Richtigen treffen“, erklärt Maximilian Schirmer, Co-Vorsitzender der Linkspartei.

Angekündigt haben die Genossen eine bundesweite Mietenkampagne, die diesen Monat starten soll. Den Schwerpunkt werde die Forderung nach einem Mietendeckel bilden. Im Klassenkampffargon erklären die Genossen: „Um den Mietendeckel durchzusetzen, müssen wir den Druck auf die Immobilienkonzerne und die Regierung erhöhen und uns gemeinsam gegen hohe Mieten und Vermieterabzocke wehren.“

Für die Partei scheint es sich politisch auszuzahlen, dass sie so stark auf die Themen Wohnen und Mieten setzt. Im Jahr 2024 noch auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit, kommt die Linke heute auch bundesweit auf immer bessere Zustimmungswerte und konnte unlängst sogar einen neuen Rekord bei der Mitgliederzahl vermelden.

HAUSHALT

CDU-Senatorin will queeren Projekten Geld kürzen

Verschiedene Programme verlieren staatliche Zuschüsse – Lobbygruppen protestieren heftig

Im Berliner Haushaltsentwurf für die Jahre 2026 und 2027 sollen Bildungsangebote für queere Menschen gekürzt werden. Betroffen ist die „Kompetenzstelle intersektionale Pädagogik“ (132.200 Euro), der Kinder- und Jugendbereich der „Inter*Trans*Beratung Queerleben“ der Schwulenberatung (115.900 Euro) sowie die Aufklärung und Sensibilisierung zu queeren Themen vom LSVD Berlin-Brandenburg (308.725 Euro). Immerhin bleiben andere queere Bildungsprojekte mit rund einer halben Million Euro im Entwurf des Haushaltsplans erhalten.

Die betroffenen Lobbyvereine kritisieren, dass nun ausgerechnet bei ihnen gespart werden solle. So beklagt der Geschäftsführer des queeren Vereins LSVD Berlin-Brandenburg, Florian Winkler-Schwarz: „Die zuständige Senatsverwaltung behauptet, es gäbe in Berlin 200.000

bis 300.000 LSBTI-Personen, schlüsselt aber nicht auf, wie viele Transgender-, also nicht-binäre und ähnliche Personen, und wie viele normale Homosexuelle sich darunter befinden. Als einzige reale Zahl gibt es in Berlin rund 13.000 eingetragene Lebenspartnerschaften. Berlin ist Regenbogenhauptstadt und hat eine der größten Communities von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans* und intergeschlechtlichen.“

Nach einer statistischen Erhebung im Jahr 2019 in Berlin erklärten 86 Prozent der Befragten, dass Homosexualität normal sei. Dabei ist die Ablehnung von Homo- und Bisexualität bei Deutschen mit Migrationshintergrund und Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in der Berliner Bevölkerung zwar höher ausgeprägt als in der autochthonen Einwohnerschaft. Doch insgesamt ist Homopho-

bie offenbar ein überschaubares Problem, abgesehen von einigen, meist migrantischen Randgruppen. Vor diesem Hintergrund fragt sich, wozu die vielen Workshops, Fortbildungen und Projekte gut sein sollen.

Argument: „Konsolidierungsdruck“

Umso lauter sind die Proteste. Gökhan Akgün, Vorsitzender der GEW Berlin: „Die Projekte sind übernachgefragt, die Träger hochkompetent und seit Jahrzehnten verlässlich. Sie tragen dazu bei, Schüler*innen persönlich zu stärken, Diskriminierung abzubauen und Akzeptanz zu fördern. Wer hier kürzt, handelt fahrlässig.“ Sebastian Walter von den Grünen sieht das sogar noch etwas drastischer und spricht von einem „Fatalen Signal“: Man könne „von Kulturkampf“ sprechen“. Grüne und Linkspartei kritisierten

im Ausschuss des Abgeordnetenhauses die Kürzungen. Es würden Projekte „plattgemacht oder massiv gekürzt“. Die GEW fordert den Senat auf, die geplanten Kürzungen in der queeren Bildung vollständig zurückzunehmen. Die AfD wendet ein, die Pädagogik solle eigenständig sein und bleiben: „Das bedeutet, dass sich die pädagogischen Inhalte nicht von fremden Bereichen wie Politik oder gesellschaftlichen Lobbygruppen bestimmen lassen sollten“, so der AfD-Abgeordnete Tommy Tabor.

In der Bildungsverwaltung beruft man sich auf „Konsolidierungsdruck“ und verweist angesichts der Milliardenkürzungen im Berliner Haushalt auf 39 Millionen Euro, die man 2025 in der Bildung sparen müsse, eben auch bei jenen Projekten. Der Koalitionspartner SPD spricht von einer „schamlosen Agenda“ der CDU.

Frank Bücker

KOLUMNE

Gut gemacht!

VON THEO MAASS

Wären morgen Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, verlöre die CDU nach der jüngsten Umfrage etwa drei Prozentpunkte gegenüber dem vergangenen Urnengang: (von 28,2 auf 25 Prozent). CDU-Chef Kai Wegner war im Wahlkampf 2023 wie ein Remake von Heinrich Lummer gestartet, macht Spöttern zufolge seither aber Politik wie eine Art Volksausgabe von Robert Habeck. Viele Wähler sind enttäuscht und wenden sich ab.

Doch es geht auch anders. Die im Neubau befindliche Eisenbrücke ist die Hauptverantwortliche für den Verkehrsstau am Endpunkt des Abschnitts 16 der Autobahn A 100. Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) greift jetzt durch. Auf der Behelfsbrücke wird künftig eine von zwei Fahrspuren in eine Kfz-Spur umgewandelt. Dafür wird Raum genutzt, der bisher nur für Radfahrer reserviert war. Künftig teilen sich die Zweiradfahrer nun in beiden Richtungen eine Spur. Die etwa 1,3 Millionen Berliner Autofahrer warten seit 2023 darauf, dass endlich für und nicht gegen sie Politik gemacht wird. Die Tageszeitung „taz“ giftet nun gegen Bonde und bezeichnet sie als „Todesstern der Verkehrswende“.

Auch der Lobbyverein ADFC wütet gegen die CDU-Senatorin: „Das hätte fatale Folgen für den Rad- und Fußverkehr.“ Die verkehrspolitische Sprecherin der Grünen, Antje Kapek wütet: „Mit dem Rückbau des Radweges auf der Eisenbrücke zeigt die CDU, dass ihr die Sicherheit von Menschen auf dem Rad völlig egal ist.“ Mit dem Vorschlag werde kein einziges Problem gelöst. Sie unterschlägt, dass die Baustelle Eisenbrücke in die Verantwortung zweier damaliger Verkehrssenatorinnen von den Grünen fällt.

Die CDU ist gut beraten, die linksgrünen Attacken auf ihre „kleine Verkehrswende“ zugunsten der Autofahrer an sich abprallen zu lassen. Da die AfD in Berlin in Sachen Verkehr wenig in Erscheinung tritt, hätte die Union die Chance, sich hier ein Alleinstellungsmerkmal zu verdienen.

MELDUNG

Heftiger Streit bei den Grünen

Schwerin – Die aus fünf Abgeordneten bestehende Grünen-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern steckt in der Krise. Wie die Fraktion mitteilte, ist Hannes Damm, der bisherige Vizefraktionschef, am 23. September mit vier von eins Stimmen abgewählt worden. Die anderen Fraktionsmitglieder begründeten die Abwahl mit einem „massiven Vertrauensbruch“. Nach Informationen des NDR soll es ein Zerwürfnis in der Fraktionsspitze gegeben haben – zwischen Damm auf der einen und Fraktionschefin Constanze Oehlich sowie der Parlamentarischen Geschäftsführerin Jutta Wegner auf der anderen Seite. Laut einer Presseerklärung der Fraktion bleibt Damm weiterhin Fraktionsmitglied. Ein Jahr vor der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern liegen die Grünen in dem Bundesland laut einer aktuellen Umfrage von Infratest dimap bei exakt fünf Prozent. H.M.

● MELDUNGEN

Kein Konto ohne Bio-Daten

Hanoi – In Vietnam wurde mehr als jedes dritte der 200 Millionen privaten Bankkonten gelöscht, weil die Kontoinhaber keine biometrischen Daten zur Verifizierung hinterlegt haben. Die Maßnahme erfolgte angeblich im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Geldwäsche und „unerlaubter Abhebungen“. Darüber hinaus ist seit dem 1. Juli für jede Überweisung von mehr als zehn Millionen Dong (rund 300 Euro) eine biometrische Authentifizierung nötig. Als nächstes droht nun die Löschung von Geschäftskonten vietnamesischer und ausländischer Unternehmen, wenn deren gesetzliche Vertreter nicht bereit sind, sich über die neu eingeführte VneID auszuweisen, in der die Bürgeridentifikationsnummer mit biometrischen Daten wie Fingerabdrücken und Passfotos verknüpft wird. Dabei ist die VneID sehr manipulationsanfällig, was bereits in etlichen Fällen dazu geführt hat, dass die Konten durch Kriminelle geplündert wurden. W.K.

WHO-Spenden meist anonym

London – Aus einer im Fachblatt „BMJ Global Health“ veröffentlichten Transparenzanalyse der drei britischen Gesundheitswissenschaftler Nason Maani, Emily Adrion und Jeff Colling geht hervor, dass die im Mai 2020 gegründete Stiftung der Weltgesundheitsorganisation (WHO Foundation) überwiegend anonyme Spenden erhält. Die Herkunft von zwei Dritteln der Zuwendungen im Bereich über 100.000 US-Dollar bleibt unklar, wobei der Anteil der nicht namentlich bekannten Großsponsoren zuletzt auf 80 Prozent stieg. Des Weiteren fällt der geringe Anteil zweckgebundener Spenden auf. Das meiste Geld floss für die „operative Unterstützung“ der WHO-Stiftung, was immer damit gemeint sein sollte. Erst danach kamen Zuwendungen für Impfkampagnen oder die Bewältigung der Corona-Krise. Unter den anonymen Spendern könnten sich nach Ansicht der drei Forscher etliche zweifelhafte Pharma-Unternehmen befinden. W.K.

USA streichen Geld für Balten

Washington/London – Laut der britischen Nachrichtenagentur Reuters haben Vertreter des US-Verteidigungsministeriums bei einem Treffen mit europäischen Diplomaten eine Kürzung der militärischen Hilfen für die drei baltischen Länder angekündigt. Das Treffen soll bereits Ende August stattgefunden haben. Dabei soll der Pentagon-Beamte David Baker den Diplomaten mitgeteilt haben, dass Europa weniger abhängig von den Vereinigten Staaten sein solle. Demnach werde sich unter der Präsidentschaft von Donald Trump das US-Militär auf andere Prioritäten, wie zum Beispiel die Landesverteidigung, konzentrieren. Abgeordnete aus Litauen, Estland und Lettland haben den US-Kongress inzwischen aufgefordert, einen Vorschlag von Präsident Donald Trump abzulehnen, der die Verteidigungsunterstützung für die baltische Region um etwa 200 Millionen US-Dollar pro Jahr kürzen würde. H.M.



Aktuell gehen weltweit die meisten Cyberattacken von russischen Hackern und Trollen aus

Bild: IMAGO / Christian Ohde

DROHNEN- UND CYBERANGRIFFE

Europas Luftverkehr ist in akuter Gefahr

Als Reaktion auf die Attacken wurde der Aufbau eines Drohnenwalls beschlossen

VON HAGEN RITTER

Tausende Teilnehmer des diesjährigen Berlin-Marathons am 21. September haben bei der Heimreise eine böse Überraschung erleben müssen. Am Tag danach starteten die meisten Flugzeuge vom Hauptstadtflughafen BER teils mit mehrstündigen Verspätungen. Wie der Flughafen London-Heathrow sowie die in Brüssel und Dublin war auch der BER in den Abendstunden des 19. September Ziel eines Angriffs von Computer-Hackern.

Konkretes Ziel der Cyberattacke waren IT-Systeme des Dienstleisters Collins Aerospace. Das Unternehmen betreibt an mehreren europäischen Flughäfen Systeme, die es Passagieren ermöglichen, sich selbst einzuchecken, Bordkarten und Gepäckanhänger auszudrucken und ihr Gepäck selbst aufzugeben.

Als Folge der Cyberattacke mussten Fluglinien am BER den Check-in von Passagieren zum Teil manuell mit Papier und Stift vornehmen. Das System für die Passagier- und Gepäckabfertigung funktionierte selbst eine Woche nach der Cyberattacke noch immer nicht ohne Probleme. Folge waren zahlreiche Verspätungen und Ausfälle von Flügen. Der Flughafen der belgischen Hauptstadt hatte die Fluggesellschaften am Sonntag nach dem Cyberangriff sogar gebeten, die Hälfte der für Montag geplanten Abflüge abzusagen.

Chaos in London-Heathrow

Auch an Europas größtem Flughafen, London-Heathrow, sorgte der Cyberangriff laut britischen Medien für ein „Wochenend-Chaos“. Dutzende Flüge fielen aus, rund 200 Flieger hoben teils mit erheblichen Verspätungen ab. Reisende, die wegen des Ausfalls des IT-Systems in

Heathrow gestrandet waren, klagten über einen „absoluten Albtraum“, den sie im betroffenen Terminal 4 erleben mussten. Viele Passagiere hockten stundenlang auf dem Fußboden, da im völlig überfüllten Flughafenterminal nämlich keine Sitzplätze mehr verfügbar waren. Für zusätzliche Verärgerung sorgte der Umgang mit den Reisenden in Heathrow: „Keiner von uns erhielt irgendwelche Informationen. Immer wenn wir das Bodenpersonal fragten, keiften sie uns an“, so ein Passagier gegenüber der britischen Tageszeitung „Standard“.

Die EU-Cybersicherheitsagentur Enisa hat die Attacke auf die IT-Systeme an den europäischen Flughäfen inzwischen offiziell als Ransomware-Angriff bestätigt. Bei solchen Cyberattacken geht es den Tätern darum, durch Einschleusen bössartiger Software die Daten zu verschlüsseln oder Systeme zu sperren, um

von Firmen, Institutionen oder Privatpersonen Geld zu erpressen. Im Zusammenhang mit dem Hackerangriff auf die Flughäfen hat die britische Polizei am Dienstagabend einen Mann in West Sussex in Südostengland festgenommen. Der Mann soll inzwischen gegen Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt worden sein.

Drohnenwall wurde beschlossen

Ungeklärt ist bislang die Frage, ob es den Hackern gelungen ist, Zugang zur Datenbank des Flughafendienstleisters Collins Aerospace mit Millionen Passagierdaten, inklusive biometrischer Merkmale, zu erhalten. Für Collins Aerospace, eine Tochter des US-Rüstungs- und Technologiekonzerns RTX, bis 2023 als Raytheon Technologies Corporation bekannt, ist der Rufschaden schon jetzt beträchtlich. Der Konzern wirbt für sich unter anderem auch als „Supplier Cybersecurity“, also als Anbieter von Cybersicherheit.

Für zusätzliche Verunsicherung sorgen zudem Drohnensichtungen über europäischen Flughäfen. Am Abend des 25. September wurde wegen eines Drohnenalarms in Dänemark der Luftraum über dem Flughafen Aalborg gesperrt. Zwei Tage zuvor musste der Flugbetrieb am Kopenhagener Flughafen eingestellt werden, weil mehrere große Drohnen stundenlang über das Gelände flogen. Auch andere europäische Länder meldeten Drohnensichtungen über Flughäfen. Dänemarks Verteidigungsminister sprach als Reaktion auf die Zwischenfälle von „hybriden Angriffen“. Sein finnischer Amtskollege Antti Häkkinen beschuldigte direkt Russland.

Allerdings gibt es auch eine andere Sichtweise auf die Welle von Drohnensichtungen über europäischen Flughäfen. Ein ehemaliger australischer Militärangehöriger warf auf seinem YouTube-Kanal „WilliamOam“ etwa die Frage auf, wer das größere Interesse daran haben könnte, dass die NATO durch Drohnenzwischenfälle stärker in den Ukrainekrieg hineingezogen wird: Russland oder die Ukraine?

Ungeachtet der Frage, welcher Akteur hinter den Drohnenzwischenfällen steckt, besteht offenkundig in allen europäischen Ländern Handlungsbedarf bei der Drohnenabwehr. Die Verteidigungsminister der EU-Staaten Finnland, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien haben noch Ende September den Aufbau eines „Drohnenwalls“ beschlossen. Wie EU-Verteidigungsindustrie-Kommissar Andrius Kubilius mitteilte, sieht das Konzept das Erkennen, Verfolgen und Abfangen von unbemannten Flugkörpern mithilfe fortschrittlicher Fähigkeiten vor. Ziel der beteiligten EU-Länder ist es, den „Drohnenwall“ innerhalb eines Jahres aufzubauen.

KASACHSTAN-UKRAINE

Ein Dorn im Auge Moskaus

Tokajew lehnt nicht nur Putins Ukrainekrieg ab, sondern setzt auch auf eine Annäherung an Kiew

Erstmals seit 2019 trafen sich der Präsident von Kasachstan, Kassym-Jomart Tokajew, und sein ukrainischer Amtskollege Wolodymyr Selenskyj, am Rande der 80. Sitzung der UN-Generalversammlung in New York. Sie sprachen über mehrere Themen, so über das drängendste Problem, eine Beendigung des Ukrainekriegs, die Tokajew in einer diplomatischen Lösung sieht. Der Kasache verfügt dank seiner Tätigkeiten bei den Vereinten Nationen, unter anderem als Generalsekretär der UN-Konferenz für Abrüstung, über internationale außenpolitische Erfahrung. Tokajew hat Russlands Invasion in die Ukraine von Beginn an abgelehnt und sich mehrfach, wenn auch erfolglos, als Mittler für eine diplomatische Lösung ins Spiel gebracht.

Neben dem Versprechen, die diplomatische Arbeit fortzusetzen, stellte Tokajew

eine Handels- und Wirtschaftskooperation mit Kiew in Aussicht und betonte das Interesse kasachischer Unternehmen am Wiederaufbau der Ukraine. Tokajew war einer der wenigen Staatsoberhäupter der GUS-Staaten, der dem ukrainischen Präsidenten persönlich zum Unabhängigkeitstag der Ukraine am 24. August gratulierte. Außer ihm tat dies nur der armenische Präsident Nikol Paschinjan, der sich im Konflikt mit Aserbaidschan von Russland als Schutzmacht im Stich gelassen fühlt.

Obwohl Kasachstan politisch, ökonomisch und historisch eng mit Russland verbunden ist, unterhält es auch gute Beziehungen zur Ukraine. Durch seine Mitgliedschaft in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) ist Kasachstan ein militärischer Verbündeter Moskaus, und in der von Russland

dominierten Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) gilt Kasachstan als wichtigstes Mitglied. Russland spielt für den Export des kasachischen Erdöls eine zentrale Rolle, da der Rohstoff über durch Russland verlaufende Pipelines ins Ausland transportiert wird.

Trotz dieser Abhängigkeiten bietet Tokajew Moskau immer wieder die Stirn. 2022 betonte er auf dem Internationalen Wirtschaftsgipfel in St. Petersburg in Putins Anwesenheit, dass Kasachstan die sogenannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk nie anerkannt habe und auch nie anerkennen werde. 2023 äußerte er die Absicht, die gegen Russland verhängten Sanktionen des Westens einzuhalten.

Seit dem Amtsantritt Tokajews im Jahr 2019 hält das Land an seiner auf Pragmatismus beruhenden Multivektor-Au-

ßenpolitik fest. Kasachstan ist ein Vielvölkerstaat. Seit dem 19. Jahrhundert gibt es neben der russischen, usbekischen, uigurischen, tatarischen und deutschen eine ukrainische Minderheit, die heute die viertgrößte im Land ist. Der Regierung ist es gelungen, ethnisch gefärbte Konflikte in ihrem Land zu verhindern.

Gegenüber Moskau behauptet Astana beharrlich seinen eigenen Weg. Es sind insbesondere junge Kasachen, die sich vom Einfluss Russlands lösen wollen und eine eigene Identität suchen, wozu auch die Wiederentdeckung des Kasachischen zählt, das lange vom Russischen als Sprache der Gebildeten verdrängt wurde. Diese Entwicklung sowie die pro-ukrainische Einstellung der Mehrheit der kasachischen Bevölkerung sind Moskau ein Dorn im Auge. Manuela Rosenthal-Kappi

VON HERMANN MÜLLER

Deutschlands Wirtschaft umfasst zirka 1600 Unternehmen, die mit einem Produkt Weltmarktführer sind. Da vielen die oft mittelständischen Unternehmen kein Begriff sind, wird von „Hidden Champions“, also von verborgenen Spitzenreitern, gesprochen. Solche Betriebe sind nach dem Mauerfall auch in den östlichen Bundesländern entstanden. Besonders imposant ist die Entwicklung, die ein Ex-DDR-Betrieb aus Oranienburg bei Berlin genommen hat. Aus dem „VEB Spezialfarben Oranienburg“ ist unter dem neuen Namen Orafol ein Global Player auf dem Gebiet selbstklebender Spezialfolien geworden. Im Alltag sind die Orafol-Produkte überall zu finden: als Folien für Fahrzeugbeschriftungen oder als reflektierende Folien für Verkehrszeichen sowie als Warnmarkierungen an Polizeifahrzeugen. Kliniken und Behörden nutzen die Spezialfolien oft für Beschriftungen, Wegweiser und Türschilder.

Im Fall von Orafol ist die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten steil verlaufen. Erst am 10. September gab man die Übernahme des südkoreanischen Unternehmens Reflomap bekannt. Die Oranienburger wollen so ihre Präsenz im pazifischen Markt stärken. Insgesamt steigt die Zahl der Tochterfirmen von Orafol auf 18, produziert wird weltweit an 30 Standorten. Die Palette reicht von Australien, den USA und Kanada über Irland, Japan, China und Taiwan bis hin nach Südafrika. Der Umsatz erreichte 2024 fast 900 Millionen Euro. Die Umsatzmarke von einer Milliarde ist damit in Sicht.

Auch anderen Unternehmen in den östlichen Bundesländern ist mit einem hohen Spezialisierungsgrad der Sprung vom „VEB“ zum globalen Marktführer gelungen. In Waren (Müritz) ist mit der Mecklenburger Metallguss GmbH der weltweit führende Anbieter von Schiffspropellern in der Gewichtsklasse über 80 Tonnen ansässig. Mit Mecklenburger Propellern wird unter anderem auch der Luxusliner „Queen Mary 2“ angetrieben.

Potential war genug vorhanden

Die Leipziger Techne Kirow GmbH ist zum wichtigsten Anbieter von Eisenbahnkränen und Schlackentransportern aufgestiegen. In Chemnitz ist der „VEB Großdrehmaschinenbau „8. Mai““ in die Niles-Simmons-Hegenscheidt-Gruppe eingeflossen. Der Maschinenbauer ist ein weltweit gefragter Spezialist, wenn es um Werkzeugmaschinen zur Kurbelwellenfertigung und um die Radsatzbearbeitung für Eisenbahnen geht. In der Oberlausitz produziert Spekon Fallschirmtechnik alle Arten von militärischen und zivilen Fallschirmsystemen. Exportiert wird in über 50 Länder der Erde.



Der einst defizitäre VEB Sächsisches Serumwerk Dresden firmiert heute profitabel als GlaxoSmithKline Biologicals Dresden

EPOCHENWECHSEL

„Hidden Champions“ im Osten

Einige Unternehmen in den östlichen Bundesländern haben es geschafft – Nach den DDR-Pleite-Jahren sind sie heute Weltmarktführer

In den neuen Bundesländern gelten 70 Firmen als Weltmarktführer. Zum Vergleich: Baden-Württemberg – bundesweiter Spitzenreiter – ist Heimat von allein über 230 Weltmarktführern. Naheliegender ist die Frage, warum im Osten der Bundesrepublik nicht viel mehr „Hidden Champions“ entstanden sind. Ein Potential war offensichtlich vorhanden.

Tatsächlich waren die Bedingungen, dass mittelständische Spezialunternehmen entstehen konnten, nach der wirtschaftlichen Bruchlandung der DDR nicht günstig. Anfang der 90er Jahre war es im Zuge der schnellen Privatisierung durch die Treuhand der Normalfall, dass Unternehmen entweder abgewickelt oder als „verlängerte Werkbank“ von Konzernen übernommen wurden. Ziel der damaligen Politik war es, das Kapitel Treuhand möglichst schnell zu schließen. Zur Erinnerung: Die Treuhand beendete bereits Ende 1994 ihre Arbeit. Bis dahin waren rund 7853 größere Unternehmen und mehr als 25000 Kleinbetriebe verkauft worden. Etwa 1600 Firmen gingen an Alteigentümer zurück, die zu DDR-Zeiten vom Staat enteignet worden waren. Rund 2.700 Unternehmen gingen im Zuge sogenannter Management-Buy-outs an Führungskräfte der jeweiligen Unternehmen.

Mangel an Eigenkapital hemmte Tausende Firmen – zum großen Teil unsaniert – in kurzer Zeit auf den Markt zu werfen, war ein gewaltiges Verlustgeschäft: Mit Verkäufen von Firmen und Immobilien nahm die Treuhand rund 70 Milliarden D-Mark ein. Unter dem Strich hinterließ die zügig betriebene Privatisierung aber ein Minus von 250 Milliarden D-Mark. Nur wenige Jahre später wurden über viel längere Zeiträume hinweg große Summen zur Forcierung und Durchsetzung einer grünen Energiewende und zum Aufbau einer deutschen Solarindustrie aufgewendet. Nach Q-Cells, Solarworld, Sovello, First Solar, Heckert und anderen hat mit Meyer-Burger vor Kurzem der letzte Solarmodulhersteller die Produktion in Deutschland eingestellt.

Mangel an Eigenkapital hemmte

Der Aufbau eigenständiger mittelständischer Unternehmen in den östlichen Bundesländern hatte Anfang der 90er Jahre keine Priorität. Bei rückübertragenen Familienunternehmen hemmte oft auch der Mangel an Eigenkapital die Entwicklung. Zudem konnten die „Hidden Champions“ in Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen von traditionell starken Industriezentren mit gewachsenen Zuliefernetzwerken profitieren. Verzichtet hat die Treuhand auch darauf, etwa über einen Fonds mit Wagniskapital die potentiellen Perlen unter den Ost-Firmen herauszupicken und langfristig zu entwickeln.

IW-STUDIE BESTÄTIGT

Ungleiche Chancen zum Vermögensaufbau

Erstmals bemängelt ein führender Unionspolitiker eine soziale Schieflage im Land

In einer TV-Diskussion hat CDU/CSU-Fraktionschef Jens Spahn die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland kritisiert. Er warnte: „Wer schon hatte, hat immer mehr.“ Die lange Niedrigzinsphase habe vor allem Immobilien- und Aktienbesitzer begünstigt, während Menschen mit geringem Einkommen zunehmend ins Hintertreffen geraten seien. Spahn forderte, Geringverdiener stärker am Vermögensaufbau teilhaben zu lassen. Niedriglöhner könnten im Laufe ihres Erwerbslebens kaum mehr als 15.000 bis 20.000 Euro zurücklegen – ein Betrag, der kaum Sicherheit biete und mit Blick auf Altersvorsorge unzureichend sei.

Bestätigt wird diese Diagnose durch eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Sie zeigt, dass das Vermögen in Deutschland stark vom Alter

und von der Haushaltsstruktur abhängt. So hatten 55- bis 64-Jährige ein Durchschnittsvermögen von rund 241.100 Euro – mehr als doppelt so viel wie andere Haushalte, die bei 103.100 Euro liegen. Junge Haushalte schneiden deutlich schlechter ab: Bei den unter 35-Jährigen beträgt das Medianvermögen lediglich 17.300 Euro. Dramatisch ist die Lage bei Singles, die im Schnitt nur 9800 Euro besitzen. Paare kommen auf 42.300 Euro, liegen damit aber ebenfalls weit unter dem Durchschnitt. Zum Vergleich: Paare zwischen 55 und 64 Jahren verfügen im Median über 360.000 Euro, Alleinstehende über lediglich 80.000 Euro.

Eine zentrale Erkenntnis der IW-Studie ist zudem die Rolle des Eigenheims. Während nur rund sieben Prozent der unter 35-Jährigen Wohneigentum besit-

zen, sind es bei den 55- bis 64-Jährigen 56 Prozent. Der Vermögensaufbau folgt schrittweise einem Lebenszyklus-Muster: In den Erwerbsjahren wird Vermögen aufgebaut, im Ruhestand wieder abgebaut. Doch da immer weniger junge Menschen den Schritt ins Eigentum schaffen, wird diese Balance gestört. Die Studienautoren empfehlen daher steuerliche Entlastungen und gezielte Förderprogramme.

Spahns Vorstoß stieß in der Politik auf breite Resonanz. Aus den Reihen der SPD wurde die Debatte als längst überfällig bezeichnet, die Vermögensverteilung sei extrem ungerecht, zumal jährlich rund 400 Milliarden Euro vererbt, aber kaum besteuert würden. Auch aus der Union kamen kritische Stimmen. So bemängelte der CDA-Vorsitzende Dennis Radtke, dass bei der Erbschaftsteuer durch Ausnah-

men Milliarden verschenkt würden. Spahn selbst plädiert nicht für einen radikalen Umbau, aber für neue Weichenstellungen. Die sozialen Sicherungssysteme müssten an den demographischen Wandel angepasst werden. Er verwies auf ein erwartetes Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer, das zu neuen Regeln zwingen könnte. Denkbar seien zudem Programme wie eine „Frühstarterrente“ oder ein erleichtertes Wohneigentumsprogramm für junge Haushalte.

Deutlich wird: Während Immobilien-eigentümer und Kapitalanleger von den vergangenen Jahren profitiert haben, bleiben junge Menschen und Geringverdiener klar zurück. Eine Generation, die keine Chance auf Vermögensaufbau hat, verliert das Vertrauen in die Zukunft.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Rekordhöhe bei Fortzahlung

Berlin – Im Jahr 2024 mussten deutsche Arbeitgeber insgesamt 82 Milliarden Euro für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall aufbringen – das war das Vierfache der Summe, welche die gesetzlichen Krankenkassen für das Krankengeld ab der siebten Krankheitswoche bereitstellten beziehungsweise das Doppelte der Entgeltfortzahlung im Jahr 2010. Damit wird diese Sozialleistung zunehmend zu einem unternehmerischen Risiko. Der Anstieg der Krankheitskosten resultierte einerseits aus Lohnerhöhungen, andererseits aber auch aus der wachsenden Zahl älterer Beschäftigter, die oft an Muskel- und Skeletterkrankungen leiden, die längere Ausfallzeiten verursachen. Weitere Kostentreiber waren die stark zunehmenden und oft langwierigen psychischen Erkrankungen sowie die Aufwendungen für jüngere Mitarbeiter, die deutlich häufiger als früher aus gesundheitlichen Gründen der Arbeit fernblieben, vor allem wegen Atemwegsinfekten. W.K.

China überholt bald USA im All

Cape Canaveral – Die Commercial Space Federation, eine Lobbyorganisation der privaten Raumfahrtindustrie in den USA, hat einen 112 Seiten langen Bericht mit dem Titel „Redshift“ (Rotverschiebung) vorgelegt, in dem sie davor warnt, dass China in fünf bis zehn Jahren zur führenden Raumfahrtnation der Welt werden könnte. So bestehe aufgrund der Budgetkürzungen bei der US-Weltraumbehörde NASA die Möglichkeit einer amerikanischen Niederlage beim aktuellen Wettlauf zum Mond. Darüber hinaus werde China nach der bevorstehenden Stilllegung der Internationalen Raumstation ISS die einzige Nation mit einem ständig besetzten Außenposten im All sein. Dabei, so der Bericht weiter, sei das Ganze nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der internationalen Zusammenarbeit: China kooperiere im All zunehmend stärker mit Russland, Japan und Indien. Außerdem verfüge es über sechs verschiedene Kosmodrome. W.K.

Audi-Stadt muss sparen

Ingolstadt – Die oberbayerische Stadt Ingolstadt kann erstmals keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Laut einem Bericht des Bayerischen Rundfunks muss die fünftgrößte Stadt des Freistaates statt ursprünglich kalkulierten 30 Millionen Euro 60 bis 80 Millionen Euro pro Jahr einsparen. Hauptgrund ist der starke Einbruch der Einnahmen bei der Gewerbesteuer. Im Jahr 2012 flossen noch 242 Millionen Euro aus der Gewerbesteuer in die Stadtkasse. Für 2026 rechnet die Stadt nur noch mit 70 Millionen Euro. Hauptzahler der Gewerbesteuer ist der VW-Konzern, über den die Steuer des Autobauers Audi in die Stadtkasse von Ingolstadt fließt. Im Zuge von Sparmaßnahmen stellt die Stadt zahlreiche Großprojekte auf den Prüfstand. Zur Diskussion steht auch der Bau eines Museums für Konkrete Kunst und Design. Man wolle keine Bauruinen, so Ingolstadts Stadtkämmerer Franz Fleckiger. H.M.

KOMMENTARE

Die Katastrophe fiel aus

RENÉ NEHRING

Bevor der Herbst richtig loslegt, lohnt es, noch einmal auf den Sommer zu schauen. „Extrem heiß“ und „lang anhaltend“ sollte dieser gemäß den Vorhersagen werden. Noch um den 10. Juni herum präsentierten vermeintliche Experten „neue Daten zum Dürre-Sommer in Deutschland“. Und allzu gern griffen die meisten Leitmedien die Weissagungen der Klimakatastrophenpropheten auf und machten sich diese zu eigen.

Dumm nur, dass sich der Sommer dann so gar nicht an die lautstark verkündeten Vorgaben, pardon: Vorhersagen hielt. Wer an Nord- und Ostsee, an den Binnenseen, in den Mittelgebirgen oder in den Alpen seine Ferien verbrachte, hatte zwei Begleiter fast durchgehend dabei – Regen und kühle Luft. Die Sonne hingegen war allzu oft nur ein sporadisch vorbeischaudernder Gast.

Dass die Meteorologen mit ihren Prognosen so gründlich danebenlagen, ist für diese zwar unangenehm, aber im Grunde nicht schlimm. Denn so, wie jedes aufmerksame Kind weiß, dass die

Sommer nun mal so sind, wie sie sind, ist jedem Kind auch klar, dass sich das Wetter selbst im Zeitalter immer ausgefeilterer Messmethoden und Rechenmodelle nur wenige Tage im Voraus exakt vorhersagen lässt.

Problematisch ist nur, dass trotz dieses „kleinen Mankos“ geneigte Experten genau wissen wollen, wie sich das Wetter und sein statistischer Mittelwert, das Klima, in den nächsten Jahrzehnten entwickeln werden – und dass es einflussreichen Kreisen gelungen ist, auf dieser Basis die heimische Volkswirtschaft derart für den „Kampf gegen den Klimawandel“ umzukrempeln, dass sie auf globaler Ebene immer mehr an Wettbewerbsfähigkeit verliert.

Da jedoch die Protagonisten des großen Umbaus unserer Gesellschaft kluge Leute sind und auch ihnen klar sein dürfte, wie einerseits wackelig die Wetterprognosen sind und wie wenig andererseits die getroffenen Maßnahmen am tatsächlichen Geschehen ändern, darf man wohl annehmen, dass es bei alledem nicht um das Wetter geht – sondern um ganz andere Interessen.



Heftiges Gezerre um die NGO-Finanzierung wie beim Armdrücken

Bild: pixaby/RyanMcGuire

ANALYSE

Zweifelhafte NGO-Förderung

ROBERT MÜHLBAUER

Die üppige finanzielle Förderung von sogenannten „Nicht-regierungsorganisationen“ (NGOs) mit Steuergeld ist ein Ärgernis – und weit mehr als das: Es beschädigt die Demokratie, wenn der Staat mit Hunderten Millionen NGOs überwiegend aus dem links-grünen Spektrum finanziert, die den demokratischen Wettbewerb der Parteien verzerren. 182 Millionen Euro fließen aus dem Programm „Demokratie leben!“ jedes Jahr an NGOs, die man als Vorfeldorganisationen von Grünen, SPD und Linken bezeichnen kann: Sie bilden einen weitverzweigten Kosmos an Initiativen für „Diversity“, „Toleranz“ und „gegen Rassismus“. Zahlreiche Migranten-, Gender- und LGBT-Organisationen werden so finanziert.

Nun ist aber – oh Schreck – etwas passiert, was im progressiven Drehbuch der NGO-Förderung nicht vorgesehen war. Erstmals bekommt auch eine bürgerlich-konservative NGO, der Verein „Republik21“ (R21), staatliche finanzielle Förderung. R21 wurde vor vier Jahren von der ehemaligen Familienministerin Kristina Schröder und dem Mainzer Historiker Andreas Rödder (beide CDU) gegründet, Geschäftsführer ist der frühere bayerische FDP-Landeschef Martin Hagen. 250.000 Euro Zuschuss erhält R21 nun in diesem Jahr erstmals aus einem Topf des Bundespresamtes. Das hat der Haushaltsausschuss des Bundestags Anfang September mit den Stimmen der CDU/CSU und SPD beschlossen.

Wenn Grüne sich aufregen ...

Prompt empörten sich die Grünen. „Skandalös“ sei das, schrieb die grüne Bundestagsabgeordnete Marlene Schönberger. Der Verein R21 sei bekannt dafür, dass er „rechtspopulistische Thesen schwurbelt“, behauptete Schönberger. Außerdem kooperiere R21 mit dem „extrem rechten ÖRR-Blog“ – das ist ein Projekt, das dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf die Finger schaut und permanent dessen links-grüne Schiefelage kritisiert. Grünen-Vizechef Andreas Audretsch warf R21 vor, sie bereiten den Weg für eine Kooperation der CDU mit der AfD.

Wenn die Grünen sich aufregen, dürfen Konservative einiges richtig gemacht haben. Wahr ist, dass Andreas Rödder, einst Vorsitzender der CDU-Grundwertekommission, sich gegen die umstrittene

Brandmauer gegen die AfD ausgesprochen hat. Denn ein Ende dieser wäre vermutlich vernünftig, weil sie effektiv nur der Linken nutzt und Millionen Wähler ausgrenzt. Stattdessen plädiert Rödder für inhaltliche „rote Linien“ der CDU gegenüber der AfD und für ein klares Be-

traktie leben“. Familienministerin Karin Prien (CDU), die sonst wenig dafür bekannt ist, sich den Wünschen grün-linker NGOs zu widersetzen, hat eine Prüfung der geförderten NGOs und ihrer bis zu 3000 Projekte angemahnt, damit keine (linken, islamistischen oder antisemitischen) Extremisten gefördert werden. Natürlich sollte kein Steuergeld in solche trüben Tümpel fließen. Es könne auch „nicht die Lösung sein, Rechtsextremismus über die Förderung linker Aktivisten“ zu bekämpfen, sagte Prien in einem Interview. Über diese Aussagen zeigten sich zwei SPD-Politiker „extrem irritiert“.

Die Schiefelage der öffentlichen Förderung parteinaher Organisationen geht aber noch viel weiter. Im November entscheidet der Haushaltsausschuss über die Mittel für parteinahe Stiftungen. Sechs Stiftungen erhalten von Bundesministerien Geld: Die Adenauer-, Ebert-, Seidel-, Böll-, Naumann- und Luxemburg-Stiftung: Diese sechs, die CDU, SPD, CSU, FDP, Grünen und Linken nahestehen, erhalten zusammen fast 600 Millionen Euro jährlich. Damit beschäftigen sie Tausende Mitarbeiter, veranstalten Seminare, fördern Nachwuchs und unterhalten zudem Auslandsbüros.

AfD-nahe Stiftung im Abseits

Nur die der AfD nahestehende Erasmus-Stiftung, die von der Ex-CDU-Vertriebenpolitikerin Erika Steinbach geleitet wird, wurde bislang konsequent von der öffentlichen Förderung ausgeschlossen. Die Erasmus-Stiftung klagte dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe und bekam Recht: Die AfD-Stiftung wurde ohne gesetzliche Grundlage diskriminiert, stellte Karlsruhe fest. Daraufhin zimmerten die Ampel-Parteien eilig ein Stiftungsförderungsgesetz.

Nun pocht Steinbach darauf, im nächsten Haushaltsplan entsprechend den AfD-Wahlergebnissen berücksichtigt zu werden. Vermutlich werden die anderen Parteien die AfD-nahe Stiftung abermals übergehen und dafür Zweifel an deren Haltung zur demokratischen Grundordnung geltend machen. Das Ganze hat den unschönen Anschein, dass hier ein Kartell von etablierten Parteien bis zu 600 Millionen Euro Steuergeld unter sich aufteilt und Konkurrenz ausschließt. Wie man es dreht und wendet: Die Praxis der staatlichen Finanzierung von NGOs und Stiftungen bedeutet nicht „Demokratie leben!“, sondern Demokratie lenken.

„Es kann nicht die Lösung sein, Rechtsextremismus über die Förderung linker Aktivisten zu bekämpfen!“

kenntnis zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bei einer möglichen Duldung einer Minderheitsregierung. Der streitbare konservative Demokrat Rödder ist einer der klügsten Köpfe der CDU, der sich nicht mit der babylonischen Gefangenschaft der Bürgerlichen in Koalitionen mit linken Partnern abfinden will.

Und er hat recht, wenn er den Grünen „Doppelmental“ vorwirft. Denn gerade die Grünen profitieren gewaltig von der finanziellen Förderung der ihnen nahestehender NGOs. Zugleich sind die 250.000 Euro für R21 eher eine bescheidene Summe. Der Haushaltsausschuss hat Geld für fünf weitere „Denkfabriken“ beschlossen, unter anderem 500.000 Euro für das von den Grünen-Politikern Marieluise Beck und Ralf Fücks gegründete „Zentrum Liberale Moderne“, 500.000 Euro für das SPD-nahe „Progressive Zentrum“ und 500.000 Euro für den Verein „Europa-Union“. R21-Geschäftsführer Hagen findet, die Förderung für seinen liberal-konservativen Verein sei da ein „Beitrag zur demokratischen Meinungsvielfalt“.

Allerdings hätte R21 doch besser auf das Staatsgeld verzichtet. Denn eigentlich kritisieren die R21-Gründer staatliche Gelder für NGOs. In ihrem „Manifest für eine bürgerliche Reformagenda“ beschrieben sie es als Problem, wenn solche Akteure mit öffentlichen Mitteln finanziert werden und „den freien Wettbewerb der Ideen und Meinungen verzerren“.

Wie fragwürdig die ganze NGO-Förderung ist, zeigt gerade wieder ein neuer Streit um das Bundesprogramm „Demo-

Washington ist genervt

HERMANN MÜLLER

Erweist sich das Eindringen russischer Kampfflotten in den Luftraum Estlands am Ende gar als eine günstige Entwicklung? Laut estnischer Armee sollen sich am 19. September drei russische MiG-31-Jets zwölf Minuten im estnischen Luftraum aufgehalten haben. Estlands Regierung hat nach dem Vorfall offizielle NATO-Konsultationen beantragt. Das Bündnis kündigte im Wiederholungsfall harte Reaktionen an. US-Präsident Trump forderte, NATO-Länder sollten russische Jets abschießen, sobald diese in ihren Luftraum eindringen.

US-Außenminister Marco Rubio wies das dagegen zurück, sofern die Flugzeuge keine konkret aggressiven Aktionen durchführen. Die unterschiedlichen Tonlagen von Trump und Rubio sind vermutlich kein Zufall. In Teilen der US-Regierung wächst der Unmut über alle drei baltischen Länder. Wie die Nachrichtenagentur Reuters meldet,

müssen die Balten deshalb damit rechnen, dass das US-Pentagon seine militärische Hilfe für sie reduziert. Die „Financial Times“ berichtet zudem, Mitglieder der Trump-Regierung halten die Aggressivität der baltischen Staaten gegenüber Russland für gefährlich. Laut dem Bericht wächst in Washington die Sorge, dass der Ansatz der Balten auch zunehmend die europäische Außenpolitik beeinflusst. Zugleich mit Blick auf die EU-Außenbeauftragte Kallas ist in Washington die Rede von einer „Estonisierung“ der Außenpolitik Europas. Tatsächlich scheinen die drei Balten-Regierungen im Verhältnis zu den USA noch eine Lektion lernen zu müssen. Die Supermacht wird es nicht zulassen, dass Verbündete im Kleinformate versuchen, sie ihrer in Außenpolitik auf eine bestimmte Linie festzunageln. Denn Washington selbst, nicht Tallinn, entscheidet, ob es im Verhältnis zu Moskau eine härtere Gangart einschlagen will, oder wann die Zeit reif für Verhandlungen ist.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrot; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto:

Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de

Marie von Preußen fand es idyllisch

Sommersitz des Bayernkönigs Ludwig I. – Wiedereröffnung von Schloss Villa Ludwigshöhe bei Edenkoben mit drei Ausstellungen

VON VEIT-MARIO THIEDE

König Ludwig I. von Bayern (1786–1868) war ein großer Verehrer Italiens, dem er zahlreiche Besuche abstattete. Auf italienisches Flair wollte er auch in seiner Heimat nicht verzichten und ließ es in der Pfalz, die damals zum Königreich Bayern gehörte, bauliche Gestalt gewinnen: „Eine Villa italienischer Art, nur für die schöne Jahreszeit bestimmt und in des Königreichs mildestem Teil.“

Bei der Wahl des Bauplatzes ließ er sich von seiner Schwiegertochter Marie von Preußen leiten, die von der idyllischen Gegend schwärmte. Und so strahlte seine ockergelbe Villa weithin sichtbar auf einem Berghang bei Edenkoben, umgeben von Weinbergen und Kastanienwäldern. Nach sechsjähriger Schließzeit zwecks grundlegender Sanierung des Hauses und Neuinszenierung der Schauräume, die sich das Land Rheinland-Pfalz 16 Millionen Euro kosten ließ, steht die neu verputzte und frisch gestrichene Vierflügelanlage seit Ende August wieder für Besucher offen.

Das Schloss Villa Ludwigshöhe entwarf Ludwigs Hofarchitekt Friedrich von Gärtner. Ein Jahr nach der Grundsteinlegung 1846 starb Gärtner. Sein Nachfolger Leo von Klenze vollendete das Bauvorhaben, zu dem auch der heute stark veränderte Cavalierbau und der inzwischen abgerissene und durch eine Sportschule ersetzte Marstall gehörten.

Die Anlage war als Königsresidenz im pfälzischen Landesteil gedacht. Doch 1848 dankte Ludwig wegen seiner Affäre mit der Tänzerin Lola Montez ab. Sein erster Aufenthalt auf der Ludwigshöhe war 1852. Fortan bewohnte er alle zwei Jahre für einige Wochen sein Sommerschloss.

Nach seinem Tod 1868 fiel es in einen Dornröschenschlaf, aus dem es Prinzregent Luitpold mit seinen 1888 beginnenden Aufenthalten erweckte. Er hat wie Ludwig hinsichtlich der Ausstattung seine Spuren hinterlassen. Auf Initiative von



Mitten im Weinanbaugebiet gelegen: Schloss Villa Ludwigshöhe. Rechts: Blick in die Ausstellungsräume

Helmut Kohl als damaligen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz erwarb das Bundesland 1975 Schloss Villa Ludwigshöhe. Er ließ im Erdgeschoss ein grünes Badezimmer mit goldenen Armaturen einbauen, das man besichtigen kann.

Die von der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz betreute Anlage ist nun barrierefrei zugänglich. Konnte man bis vor sechs Jahren die Villa nur im Rahmen einer Führung besichtigen, kann man sie nun auch selbstständig erkunden. Angela Kaiser-Lahme ist bei der Generaldirektion Kulturelles Erbe Direktorin der Burgen, Schlösser und Altertümer. Sie hat die Sanierungsmaßnahmen und die Neupräsentation der Villa geleitet. Ihr idealer Rundgang durchs Gebäude beginnt mit Treppensteigen oder im neu eingebauten Fahrstuhl, um die Museums-

räume im westlichen und südlichen Teil des Obergeschosses zu besuchen. Dies waren vormals die „disponiblen Zimmer für allerhöchste Gäste“, wie etwa Ludwigs Lieblingstochter Mathilde, die mit dem Großherzog von Hessen-Darmstadt verheiratet war.

Das Bett des Preußenkönigs

Aktuell sind hier drei Ausstellungen zu sehen. Die erste heißt „Spuren, Schätze, Sagen“ und ist den Burgen am Oberrhein gewidmet. Sie werden mit Ausgrabungsfunden, historischen Bildern und Texten vorgestellt. Die zweite Schau zeigt impressionistische Gemälde des Wahlpfälzers Max Slevogt. Die dritte Ausstellung präsentiert Gemälde von Rolf Müller-Landau, einem bedeutenden Künstler der Nachkriegszeit, und dem Tiermaler Otto

Dill. Eine weitere Ausstellung ist im Kellergewölbe eingerichtet. Zu sehen sind Keramiken von Lotte Reimers aus insgesamt 50 Schaffensjahren.

Im westlichen und nördlichen Teil des Obergeschosses führt ein grauer Läufer durch die königlichen Gemächer. Ihn säumen silberne Ständer, an denen dicke schwarze Kordeln befestigt sind. So können sich die Besucher die Einrichtung ansehen, ohne ihr gefährlich nahe zu kommen. Zu bestaunen gibt es kostbare Mosaikfußböden, die aus dünnen Plättchen verschiedenfarbiger Edelhölzer wie Palisander, Rosenholz und Ahorn zusammengesetzt sind. Sie zeigen Mäandermuster und Sterne.

Die Decken hat Anton Schwarzmann nach antiken pompejanischen Vorbildern bemalt. Sie sind in unterschiedlich große

Rechteckfelder gegliedert, in die Weinranken, Vasen und mythologische Mischwesen gemalt sind. Zur Möblierung gehören viele Leihgaben des Wittelsbacher Ausgleichsfonds. Das Kanapee und der Schreibtisch im königlichen Arbeitszimmer gehören zur Erstaussstattung.

Mittig hinter der offenen, von Säulen getragenen Loggia, von der man einen atemberaubenden Blick auf die weite Rheinebene hat, befindet sich der Hauptraum des Gebäudes. Er diente zunächst Ludwigs Gemahlin Therese als Toilettenraum. Nach ihrem Tod 1854 richtete ihn sich der Witwer als Schlafgemach ein.

Die originale Einrichtung ist verloren. Die heute dort stehenden Stühle und der Standspiegel befanden sich zu Zeiten Ludwigs I. in den Gästegemächern. Das jetzige Bett aber stammt aus dem über dem Mittelrhein gelegenen romantischen Schloss Stolzenfels, das Friedrich Wilhelms IV. von Preußen noch als Kronprinz geschenkt bekam. Bei den Renovierungsarbeiten entdeckten die Restauratoren ein Stück der goldgelben und silbergrauen Papiertapete, mit der Ludwig das Schlafgemach ausstatten ließ. Nach ihrem Vorbild sind die Wände nun neu tapeziert.

Die bedeutendsten Räume im Erdgeschoss sind das Gesellschaftszimmer und der Speisesaal. Die Deckenmalerei geht auf die Zeit Ludwigs zurück. Die Wände aber ließ Prinzregent Luitpold von Adalbert Hock 1899 im pompejanischen Stil bemalen. Vor rotem Grund schweben in luftige antike Gewänder gehüllte Einzelfiguren oder Paare. Als pfälzische Altertümer treten an den Wänden in Miniaturgemälden zum Beispiel die Madenburg, der Trifels und die Klosterruine Limburg auf. Fazit: Das Schloss Villa Ludwigshöhe ist jederzeit einen Besuch wert.

● Schloss Villa Ludwigshöhe, Villastraße 64 in Edenkoben, bis 31. Oktober geöffnet mittwochs bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, im November nur sonntags und sonntags von 10 bis 17 Uhr, Eintritt: 6 Euro. Vom 1. Dezember bis 14. März geschlossen. www.burgenlandschaft-pfalz.de

AUSSTELLUNG

Die ganz (un-)normalen Familien von heute

„Beziehungsweise Familie“ – Der Jahresschwerpunkt 2025/26 im Berliner Humboldt-Forum

Am Tag der Deutschen Einheit startet das Humboldt-Forum im Berliner Schloss seinen Jahresschwerpunkt 2025/26 zum Thema Familie. In zahlreichen Veranstaltungen wie Ausstellungen, künstlerischen Aufführungen, Diskussionen, öffentliche Arbeitskreise, Führungen sowie einer Buchpublikation erfahren Besucher, was Familie und Verwandtschaft alles umfassen kann und was sie bewegt.

Am 3. Oktober startet das Jahresprogramm „Beziehungsweise Familie“ mit der Eröffnung der gleichnamigen Ausstellung und einem langen Themenwochenende. Die Ausstellung durchzieht alle Dauerausstellungen und Sammlungspräsentationen im Humboldt-Forum, die das Thema Familie in seiner ganzen Vielfalt erlebbar machen. Den Einstieg bietet die Station „Beziehungsweise(n) Familie“ im Erdgeschoss. Zehn teils interaktive Module – von der Familienaufstellung über die Tischgemeinschaft bis zum Kosename; von globaler Familiengeschichte,

Konflikten und Kompromissen bis zum persönlichen Schlüsselmoment – laden Besucher dazu ein, das eigene Verständnis von Familie zu hinterfragen und vielleicht neu zu denken. Im Zeitalter von Patchworkfamilien und Modellen alternativen Zusammenlebens fügt sich dieses Ausstellungskonzept unterwürfig in das heutzutage von queeren und Diversitätsgedanken dominierte Weltbild ein.

Ausgewählte Exponate und künstlerische Arbeiten im Ethnologischen Museum und Museum für Asiatische Kunst, im Humboldt-Labor und in „Berlin Global“, der Berlin-Ausstellung im Humboldt-Forum, sowie zusätzlich im Museum Knoblauchhaus im benachbarten Nikolaiviertel zeigen, wie sehr Machtverhältnisse in familiäre Biographien eingreifen. Und auch, wie persönliche Familiengeschichten am Anfang großer Herrschaftsgeschichten oder Religionen stehen können.

Temporäre Ausstellungen widmen sich dem Erhalt bedrohter Sprachen aus

aller Welt und der generationenübergreifenden Weitergabe von Wissen. Und sie



Familienbeschwörung: Performance vor einem Hauskubus aus Papua-Neuguinea

präsentieren zeitgenössische Positionen internationaler Künstler, die auf die Familienrealitäten queerer und migrantischer Erfahrungen verweisen.

Mit „Care oder Chaos?“ rückt das Humboldt-Forum vom 3. bis 5. Oktober mit Lesungen, Gesprächen und Konzerten zentrale Fragen der Sorge umeinander in den Mittelpunkt. Bei „Care“ (Pflege) geht es um zwischenmenschliche Aufmerksamkeiten, ohne die es nirgends geht. Mit dabei sind unter anderem die Autorin und Musikerin Christiane Rösinger, das Resident Music Collective, die feministische Autorin Sophie Lewis sowie der Dokumentarfilm „Im Prinzip Familie“ des niederländischen Regisseurs Daniel Abma über den Alltag von drei Erziehern.

Zwei weitere Thementage sind 2026 zu den Themen Familiengeheimnisse und alternative Formen des Zusammenlebens geplant. [H. Tews/humboldtforum](mailto:H.Tews@humboldtforum.org)

● www.humboldtforum.org/familie

● MELDUNGEN

Der Neubeginn nach 1989

Potsdam – Vom 3. Oktober bis 22. März läuft im Brandenburg-Museum Am Neuen Markt 9 in Potsdam die Videoinstallation „Generation 1975 – Mit 14 ins neue Deutschland“. Neun Menschen erzählen darin von ihren Erfahrungen mit Teilung, Mauerfall und Neubeginn. *tws*

Zeugnisse aus dem Archiv

Berlin – Am 7. Oktober eröffnet die Akademie der Künste am Pariser Platz die Ausstellung „Out of the Box – 75 Jahre Archiv der Akademie der Künste“. Ausgewählt aus Kartons und Archivkästen sind ikonische Zeugnisse unter anderem zu Günter Grass’ „Die Blechtrommel“ oder ein Tagebuch von Käthe Kollwitz zu sehen. *tws*

DEUTSCHLAND

Wie Horst Teltschik die Vereinigung erlebte

Das komplette Tagebuch des Kanzlerberaters über die „329 Tage zur deutschen Einigung“ liegt seit diesem Jahr in zweiter Auflage vor

VON MICHAEL GEHLER

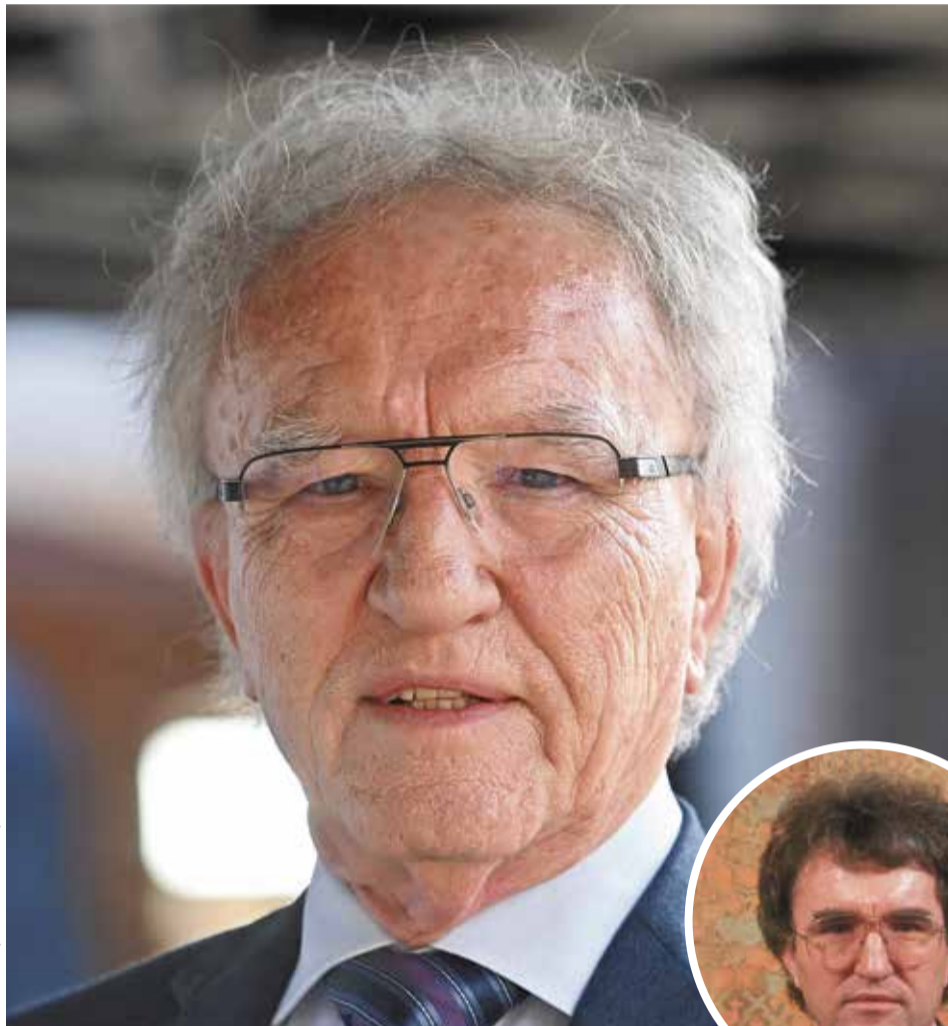
In Bonner Journalistenkreisen galt Horst Teltschik als „Kissinger Kohls“. Den „Bahr von Kohl“ nannte ihn der britische Historiker Timothy Garton Ash, während die amerikanische Historikerin Mary Elise Sarotte ihn als „eine Art nationalen Sicherheitsberater“ des Bundeskanzlers bezeichnete. Konkret war das am 14. Juni 1940 im nordmährischen Klatendorf im „Reichsgau Sudetenland“ geborene Kriegs- und Flüchtlingskind nach Helmut Kohls Wahl zum Bundeskanzler am 1. Oktober 1982 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit“ sowie stellvertretender Leiter des Bundeskanzleramts.

1991 war das Tagebuch des Ratgebers erschienen, aber es war nicht vollständig. Damals existierte noch die Sowjetunion, und es galt noch auf Verschiedenes Rücksicht zu nehmen. Die komplette Ausgabe liegt seit diesem Jahr in zweiter Auflage vor.

Agieren, Beobachten, Kommentieren

Die täglichen Aufzeichnungen bieten Einblicke in das Agieren, Beobachten und Kommentieren des maßgeblichen außenpolitischen Kanzlerberaters jener entscheidenden Jahre 1989/90. Offeriert wird ein breites und buntes Spektrum von Entscheidungsfindungen und Stimmungslagen. Teltschik besaß nicht nur die Fähigkeit zur scharfsinnigen Analyse, sondern auch genaue Beobachtungsgabe zu Auftreten, Bekleidung, Charaktereigenschaften, Eigenheiten und Verhaltensmustern von Personen. Er hielt diese nüchtern, fallweise auch mit Ironie und Süffisanz fest. Kohl erscheint nicht immer sicher und zielorientiert, sondern zeitweise abwartend, manchmal sogar enttäuscht und niedergeschlagen sowie auch zaudernd und zögerlich bei Entscheidungen. Hartnäckig, geschickt und kompetent wurde er vom Chefberater nicht nur begleitet und beraten, sondern auch angespornt, motiviert und stimuliert, mitunter auch gedrängt, Maßnahmen zu veranlassen.

Die Gemeinsame deutsch-sowjetische Erklärung in Bonn am 13. Juni 1989 mit Michail Gorbatschow hatte Teltschik mitge-



2024 und 1991: Horst Teltschik

staltet. Er verstand sie als Beschleuniger auf dem Weg zu einem geeinten und selbstbestimmten Europa. „Freiheit vor Einheit“ war das Motto eines wegweisenden Interviews von Teltschik im „Generalanzeiger“ am 6. Juli. Die Unterstützung für Polen verstand er als Vorleistung zur Verständigung mit einem schwierigen Nachbarn. Und die Terminierung der offiziellen ungarisch-österreichischen Grenzöffnung mit Ungarns Reformsozialisten Miklós Németh am 10./11. September sollte als Absicherungsmaßnahme für Kohl auf dem 37. Bundesparteitag der CDU in Bremen vom 11. bis 13. September dienen.

Details über Moskaus Forderungen

Sensationell anmutende Mitteilungen des sowjetischen Emissärs Nikolai Portugalow am 21. November waren der Auslöser dafür, eine neue Deutschlandpolitik in Angriff zu nehmen. In der wegweisenden Bundestagsrede sieben Tage später nann-

te Kohl mit zehn Punkten die deutsch-deutschen Notwendigkeiten und internationalen Rahmenbedingungen als Voraussetzungen einer aktiveren Deutschlandpolitik, nachdem am 9. November die innerdeutschen Grenzübergangsstellen geöffnet worden waren. Inspiration und Ideengebung für die deutschlandpolitische Offensive gingen auf Teltschik zurück, der am 6. Dezember Kritik daran erfolgreich parierte und den Kanzler zum Festhalten an diesem Kurs ermutigte. Kohls schwierigste Rede in Dresden am 19. Dezember 1989 wurde von Teltschik begleitet.

Die von US-amerikanischer Seite bestehenden Vorbehalte gegen den „Genscherismus“ – der Außenminister hatte sich gegen eine NATO-Ostausdehnung positioniert – konnten rechtzeitig erkannt und konterkariert werden, die Währungsunion als Initialzündung begriffen und Vorabstimmungen mit Washington un-

ternommen werden, um dafür grünes Licht in Moskau am 10. Februar 1990 zu erhalten. Das Ringen um die NATO-Erweiterung auf das spätere Beitrittsgebiet gestaltete sich schwierig, während zugleich die Forcierung der inneren Einigungspolitik erfolgte. Die Regelung der polnischen Grenzfrage erwies sich als Hängepartie, während die Abwehr eines Friedensvertrags mit Reparationsforderungen gelang. Doch waren die Grenzen der Beratertätigkeit und der Kommunikation in der aufgeschobenen polnischen Grenzfrage erkennbar, gleichwohl gelang eine vorläufige Lösung. Westeuropäische Integrationsimpulse konnten vertrauensbildend mit Frankreich gesetzt werden, während deutsch-deutsche Koordinierungsnotwendigkeiten parallel liefen. Letztlich waren es deutsche Kredite für sowjetische NATO-Zugeständnisse infolge einer Geheimmission nach Moskau mit deutschen Bankiers am 14. Mai 1990.

Wichtig war eine westliche Einigung über die NATO-Gipfelerklärung am 18. Juni als Signal im Vorfeld des KPdSU-Parteitags in Moskau, bei dem noch offen war, ob Gorbatschow diesen politisch überleben würde. Was die Perspektiven anging, erwartete Kohl frühzeitig „große Schwierigkeiten bei der Umstellung der Betriebe und für den Arbeitsmarkt“ im späteren Beitrittsgebiet. Bemerkenswert war das Vorfeld der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, bei der neben dem Finanzminister wichtige Beratertätigkeiten notwendig waren.

Gegenspieler Genschers

Weitere Details erfährt der Leser über die sich ins Unermessliche steigenden Moskauer Forderungen von Milliarden-Krediten für die UdSSR, deren Gewährung in der Schlussphase der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen über die äußere Einheit und die zukünftigen bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht mehr frei von Erpressungen waren, sowie über die desaströse ökonomische Lage in der UdSSR, über die Teltschik und sein Chef schon seit Anfang 1990 im Bilde waren. Gezielte sowjetische Nötigungsversuche machten eine unvermeidliche Zahlungsbereitschaft auf bundesdeutscher Seite erforderlich. Bonn ging bei den neuerli-

chen Moskauer Zahlungsforderungen an die Grenzen.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher blieb fast bis zum Ende der Erzfeind, Konkurrent und Rivale Teltschiks, was rückblickend aus Sicht von Vertretern des Auswärtigen Amtes Bestätigung findet. Bei Spannungen mit dem Kanzleramt, die schon vor 1989 bestanden, ging es nicht nur um Kompetenzfragen, sondern auch um inhaltliche Unterschiede in der Deutschland-, Einigungs- und Sicherheitspolitik. Genscher wollte nicht nur eine vorzeitige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens, obwohl der Bundestag dazu eine eindeutige Resolution verabschiedet hatte. Kohl wünschte erst nach den Bundestagswahlen darüber zu befinden, gab es doch unter Abgeordneten und Wählern Heimatvertriebene. Genscher befürwortete auch eine deutlichere Reduktion der Bundeswehr-Mannstärken, konnte sich aber nicht gegen Kohl durchsetzen.

Beim Studium des kompletten Tagebuchs wird deutlich, dass das Zeitfenster zur Einheit nur wenige Monate vom Februar bis September 1990 offen stand. Dass die einmalige Chance erkannt und der neue Handlungsspielraum genutzt wurde, war auch auf Teltschik zurückzuführen. Er kann neben Rudolf Seiters und Wolfgang Schäuble als einer der Architekten der deutschen Einigung bezeichnet werden – mitentscheidend für Helmut Kohl als Baumeister der Einheit. Das wurde aufgrund der engen Abstimmung Teltschiks mit dem Berater von US-Präsident George H. W. Bush, Brent Scowcroft, möglich. Dass Kohl in dieser historischen Phase zur richtigen Zeit die für die deutsche Einigung richtigen Entscheidungen traf, geht neben Seiters und Schäuble maßgeblich auf sein unmittelbares Umfeld, den engen Begleiter und sein Netzwerk der Berater auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs der vier Sieger- und Besatzungsmächte zurück.

● Prof. Mag. Dr. Michael Gehler ist Herausgeber von Horst Teltschicks dieses Jahr in zweiter Auflage bei Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen erschienenen Memoirenbandes „Die 329 Tage zur deutschen Einigung. Das vollständige Tagebuch mit Nachbetrachtungen, Rückblenden und Ausblicken“.

NUMISMATIK

„35 Jahre Deutsche Einheit“

Passend zum Jubiläum beginnt die Bundesregierung mit der Zwei-Euro-Gedenkmünzen-Serie „Einigkeit und Recht und Freiheit“

Passend zum 35. Jahrestag der deutschen Vereinigung hat die Bundesregierung eine diesbezügliche Zwei-Euro-Gedenkmünze herausgegeben. Die Darstellung auf der nationalen Bildseite zeigt eine typographische Komposition. An einer leicht nach links verschobenen Längsachse befindet sich auf der linken Seite rechtsbündig untereinander der Schriftzug „Wir sind ein Volk“. Auf der rechten Seite steht linksbündig untereinander „35 Jahre Deutsche Einheit“. Beide Blöcke sind entlang der Mittelachse leicht verschoben und werden jeweils oben und unten durch eine horizontale Linie gehalten. Die Verbindung wird durch ein leicht vergrößertes „D“ in der Mitte geschaffen. Die kompositorische Verschiebung der beiden Schriftblöcke soll unterstreichen, dass es östlich und westlich des Eisernen Vorhangs Deutsche gegeben hat, die seit 35 Jahren durch das „D“

vereint würden. Die getrennten Linien sollen die geöffnete Mauer andeuten.

Der innere Teil der Münze zeigt ferner im oberen Bereich die Initialen des Künstlers Thomas Serres aus Hattingen



Bildseite der Zwei-Euro-Gedenkmünze „35 Jahre Deutsche Einheit“ Bild: BVA

(„TS“) und darunter das Prägezeichen der jeweiligen Münzstätte („A“, „D“, „F“, „G“ oder „J“). Im unteren Bereich sind das Ausgabejahr „2025“ sowie darüber die Länderkennung „D“ für das Ausgabeland Deutschland angeordnet. Der äußere Ring der Münze zeigt die zwölf Sterne der Europaflagge.

„35 Jahre Deutsche Einheit“ bildet den Auftakt einer Serie mit dem Titel „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Im Rahmen dieser Reihe soll nun jährlich eine Münze einen Politiker würdigen, welcher die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in besonderer Weise geprägt hat.

Fast zeitgleich mit der Herausgabe von „35 Jahre Deutsche Einheit“ hat die Bundesregierung beschlossen, auf diese Weise als erstes Konrad Adenauer zu ehren und eine entsprechende Münze im Januar des Jahres 2026 herauszugeben,

in das – wie passend – auch der 150. Geburtstag des Gründungskanzler der Bundesrepublik fällt.

Die Darstellung auf der nationalen Bildseite zeigt ein Dreiviertelporträt von



Bildseite der Zwei-Euro-Gedenkmünze „Konrad Adenauer“ Bild: BVA

Adenauer. Im inneren Teil des Münzrands sieht der Betrachter zentral gesetzt den Kopf Adenauers, eingerahmt vom Namenszug und den Lebensdaten.

Der innere Teil der Münze zeigt ferner in der oberen Hälfte die Länderkennung „D“ für das Ausgabeland Deutschland, die Jahreszahl „2026“ sowie das Prägezeichen der jeweiligen Münzstätte (wieder „A“, „D“, „F“, „G“ oder „J“). In der unteren Hälfte befindet sich das Signet der Künstlerin Marianne Dietz aus Berlin. Der äußere Ring der Münze zeigt wieder die zwölf Sterne der Europaflagge.

Die europäische Wertseite und der Münzrand samt Inschrift dieser Gedenkmünzen entsprechen denen der üblichen Zwei-Euro-Umlaufmünze. Die für den Umlauf bestimmte Auflagenhöhe wird in beiden Fällen mit jeweils bis zu 30 Millionen Stück angegeben. M.R.

ZEITGESCHICHTE

Welche Gründe zur deutschen Vereinigung führten

Innere und äußere Faktoren bewirkten einen Epochenbruch, der von vielen noch ein Jahr zuvor für unmöglich gehalten wurde

VON MICHAEL GEHLER

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes laut dessen Artikel 23 bei. Was so bürokratisch, formell wie nüchtern klingt, war der Vollzug der deutschen Einigung. Zahlreiche Gründe führten zu diesem noch im Jahr zuvor für völlig unmöglich gehaltenen Ergebnis.

Die längere Vorgeschichte

Die ökonomische Dauerkrise mit Erosion des bürokratischen Staatssozialismus war ein Faktor. Die viel kritisierte Entspannungspolitik mit der Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975 und der KSZE-Nachfolgeprozess wirkten systemdestabilisierend, beschleunigt durch die innersowjetischen Reformbestrebungen unter KPdSU-Generalsekretär Michail S. Gorbatschow seit 1985. Er sorgte unfreiwillig für politische Motivation Andersdenkender in den „Bruderstaaten“ und moralische Legitimation für ihre Opposition.

Im Herkunftsland des charismatischen Karol Woytila nahm die erste organisierte Massenopposition ihren Anfang. Papst Johannes Paul II. bot die ideell-moralische Stütze der katholischen Opposition wie der Gewerkschaftsbewegung Solidarność. Der Einmarsch der Sowjets in Afghanistan 1979 führte zur Überdehnung ihres Machtbereichs. Der NATO-Doppelbeschluss vom gleichen Jahr mit westlicher Nachrüstung zwang den Kreml zum Einlenken. Das gleichzeitige Unvermögen des Sozialismus, auf den kommunikationstechnologischen Wandel adäquat zu reagieren wie auch seine Wettbewerbschwäche im weltwirtschaftlichen Kontext der Globalisierung kamen hinzu. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe scheiterte im Vergleich zu den Europäischen Gemeinschaften.

Die kürzere Vorgeschichte

Die sich abzeichnende militärische Niederlage der Sowjets in Afghanistan trug zu ihrem Rückzug Anfang 1989 bei. Die alte Politikergarde unter Leonid Breschnew hatte bereits abgedankt. Ein schleichender ideologischer Erosionsprozess führte zum Glaubwürdigkeitsverlust, während Schattenwirtschaften in den verbündeten sozialistischen Ländern und Formen von Zivilgesellschaften entstanden. Der Problemstau äußerte sich im politischen Protestverhalten. Die blutige Unterdrückung der Demokratiebewegung in Peking am 4. Juni 1989 zeigte, wie eine kommunistische Diktatur auf Opposition und die Gefahr einer Spaltung des sozialistischen Lagers reagierte. In Mitteleuropa blieb eine „chinesische Lösung“ aus, weil Gorbatschow seine Truppen in den Kasernen beließ.

Kurzfristige Faktoren und der Zufall

Noch im Januar 1989 hatte SED-Chef Erich Honecker behauptet, die Mauer würde noch in 50 oder 100 Jahren stehen. Gorbatschow musste dagegen die DDR nötigen, das Schlusssdokument der Wiener KSZE-Nachfolgekonferenz von 1989 zu unterfertigen, das Visafreiheit vorsah. Gorbatschow besuchte im Juni 1989 Bonn und bekannte, dass die Mauer nicht auf Ewigkeit errichtet sei und das Selbstbestimmungsrecht für alle gelte. Ihm schwebte ein „gemeinsames Haus Europa“ vor. Zuvor hatten Proteste von Bürgerrechtlern gegen Manipulationen der Gemeindewahlen in der DDR am 7. Mai 1989 breiten Unmut artikuliert, der den Hintergrund friedlicher Massendemonstrationen bildete. Am 27. Juni durchschnit-



Am 3. Oktober 1990 um 0 Uhr war es so weit: Als Symbol der Vereinigung hissen sieben junge Sportler aus der Altbundesrepublik und dem Beitrittsgebiet begleitet von Feuerwerk und Nationalhymne vor dem Reichstag die sogenannte Flagge der Einheit

ten die Außenminister Österreichs und Ungarns, Alois Mock und Gyula Horn, vor laufenden Kameras in einer gelungenen Inszenierung demonstrativ wiederaufgestellte Reste des bereits abgebauten Eisernen Vorhangs. Am 11. September öffnete Ungarn offiziell die Grenze für ausreisewillige DDR-Urlauber nach Österreich. Die reformkommunistische Regie-

rung unter Miklós Németh hatte kurz zuvor von Bonn Zusagen in Milliardenhöhe erhalten.

Die Republik-Feierlichkeiten „40 Jahre DDR“ mussten fragwürdig erscheinen, wenn ihre Bürger offenkundig massenhaft das Land verließen. Die Eigendynamik der revolutionären Ereignisse beschleunigte den Zerfall des SED-Staats.

Am 9. Oktober demonstrierten rund 70.000 friedlich mit Sprechchören wie „Keine Gewalt!“ und „Wir sind das Volk!“ am Leipziger Ring. „Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete“, lautete eine interne SED-Einschätzung. Am 16. Oktober waren es 120.000 Teilnehmer an der Montagsdemonstration und am 23. Oktober 200.000. Honecker war fünf Tage zuvor zum Rücktritt gezwungen und durch Egon Krenz ersetzt worden, der mit einer Ansprache „Liebe Genossinnen und Genossen!“ eine „Wende“ verkündete. Die SED-Führung hatte ihre Glaubwürdigkeit aber schon verspielt.

Am Abend des 9. November gab Politbüromitglied Günter Schabowski auf einer eilig einberufenen Pressekonferenz auf Fragen von Journalisten zur Regelung von Ausreisen unvermittelt bekannt, dass diese „sofort, unverzüglich“ gültig seien. Die Bekanntgabe erfolgte ungestimmt mit der Parteiführung und Moskau. Bonn musste reagieren. Das von Helmut Kohl im Bundestag am 28. November 1989 präsentierte „Zehn-Punkte-Programm“ zur deutschen Vereinigung über „konföderative Strukturen“ war noch mittel-langfristig angelegt.

Innerdeutsche Dynamiken und internationale Skepsis

Nach dem Vorbild in Polen entstand in Ost-Berlin am 7. Dezember ein „Runder Tisch“, der aus Abgeordneten, Opposition und Regierung bestand. Man einigte sich auf Maßnahmen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Ausschreibung von Neuwahlen für den 6. Mai 1990.

Im Westen wie Osten wurden die Ereignisse skeptisch beobachtet. Zwar nahm die internationale Öffentlichkeit die friedliche Revolution in der DDR und das Ende der SED-Herrschaft in der Regel positiv auf, aber die politischen Eliten reagierten skeptisch und zögerlich. Die „Eiserne Lady“ Margaret Thatcher stand an der Spitze. Sie sah die deutsche Frage nicht auf der Tagesordnung und sorgte sich um „das wirtschaftliche Gleichgewicht der EG, in der Westdeutschland schon heute dominiere“, wie es Kanzlerberater Horst Teltschik in seinen Erinnerungen formuliert hat (siehe Seite 10).

Beruhigend wirkte am 19. Dezember 1989 das erste offizielle Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und dem neuen DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow in Dresden. Sie vereinbarten, noch vor Weihnachten das Brandenburger Tor für Fußgänger zu öffnen.

Die deutsche Frage war aber auch noch offen. Im Januar 1990 gab es im Kreml keine Empfänge mehr für ausländische Gäste, sondern Kontaktsperre. Außenminister Eduard Schewardnadse ließ später gegenüber Teltschik durchblicken, dass diskutiert worden war, ob eine militärische Intervention in der DDR erfolgen solle. Im Januar war in Ost-Berlin das ehemalige Stasi-Gebäude gestürmt worden. Die Lage war zwar unklar, Gorbatschow reagierte aber wieder nicht mit Gewalteneinsatz. Am 26. Januar fand dann eine hochrangige Ad-hoc-Sitzung im Kreml statt, die der „Wiedervereinigung“ zustimmte, allerdings sollte diese, so Gorbatschow, erst in zehn Jahren kommen.

Er sollte sich irren, zu sehr war die Entwicklung bereits in Fluss geraten und die Sowjetunion abhängig von bundesdeutscher Finanzhilfe und Lebensmittelzuwendungen. Seither lieferte Bonn für einen vom Bundeshaushalt subventionierten „Freundschaftspreis“ von 220 Millionen D-Mark Lebensmittel in die UdSSR. Im Mai wurde der So-

wjetunion ein Fünf-Milliarden-Kredit zugesichert.

Anhaltende Massenauswanderung und vorgezogene Wahlen

Der Strom an Übersiedlern aus dem „Arbeiter- und Bauernstaat“ versiegte nicht. Viele glaubten nicht an die versprochene „Wende“, zu tief hatten sich die negativen Erfahrungen mit der omnipräsenten Stasi in das Gedächtnis eingegraben, zu tief saßen die Enttäuschungen mit dem SED-Staat. Die Vorverlegung des Wahltermins zur Volkskammer ließ den noch sehr jungen Parteien und Wählergemeinschaften in der DDR kaum Zeit zur Vorstellung ihrer Kandidaten und der Kommunikation ihrer Programme. Der Wahlkampf war durch bundesdeutsche Finanzmittel, Parteien und Politiker beherrscht. Kritische Beobachter sahen sich in ihrer Einschätzung eines bevorstehenden „Ausverkaufs“ und einer politischen Abhängigkeit „vom Westen“ bestätigt. Am 18. März siegte die CDU mit knapp 41 Prozent. In der gemeinsamen „Allianz für Deutschland“ mit der „Deutschen Sozialunion“ (DSU, 6,3 Prozent) und dem „Demokratischen Aufbruch“ (DA, 0,9 Prozent) verfehlte sie nur knapp die absolute Mehrheit. Die SPD erreichte nur knapp 22 Prozent, während die SED-Nachfolgepartei PDS bemerkenswerte 16,4 Prozent erzielte. Es bestand noch ein nicht geringer Rest ehemaliger DDR- und Parteisympathisanten. Der Großteil der Bürger hatte sich aber für eine zügige Vereinigung ausgesprochen. Das Gesamtergebnis bedeutete nicht nur das Ende für das Modrow-Regime, sondern auch ein Plebiszit für die deutsche Einheit.

Die D-Mark und die „Zwei-plus-Vier“-Lösung

Am 1. Juli 1990 wurde die D-Mark alleiniges, offizielles Zahlungsmittel in der DDR. Die deutsch-deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion führte zum Abflauen der Massenwanderung von Ost nach West. Für Deutschland fand der Durchbruch zur äußeren Einheit am 16. Juli 1990 statt nach getroffenem Einvernehmen in Moskau und einem Treffen im Kaukasus mit Gorbatschow aufgrund dessen Billigung einer NATO-Zugehörigkeit des geeinten Deutschland. Das machte den Weg für den Abschluss der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zur abschließenden Regelung des Status des vereinten Deutschland frei. Letztlich waren die für Deutschland als Ganzes immer noch zuständigen vier Sieger- und Besatzungsmächte alle für seinen Beitritt zur transatlantischen Allianz, vor allem um Sicherheit vor ihm zu haben: Ein neutralisiertes Deutschland schien unkalkulierbar, ein NATO-Deutschland war hingegen kontrollierbar.

Thesen und Fazit

Die UdSSR hatte den Wettbewerb mit dem westlichen Kapitalismus seit den 1970er Jahren verloren. Ohne das Desaster der Sowjets am Hindukusch und ohne Gorbatschow wäre die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Eingreifens in der DDR 1989/90 höher gewesen. Die DDR-Bürgerschaft trieb seit Herbst 1989 die Politik in Ost wie West vor sich her und erzwang die rasche Einigung. Ohne die Unterstützung der US-Führung unter George H.W. Bush wäre der Widerstand Thatchers gegen die Einheit nicht so rasch zu brechen gewesen. Ohne Kohl, beziehungsweise anders gewendet: mit Oskar Lafontaine als SPD-Kanzler, hätte es keine rasche deutsche Einheit gegeben. Dieser Erfolg war nicht zuletzt der Entschlusskraft und Willensstärke Helmut Kohls zu verdanken.

BILD: INTERFOTO/MICHAEL PLADECK

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das der frühere US-Präsident Joe Biden zu krank war, um die Rolle des „mächtigsten Mannes der Welt“ angemessen auszufüllen, konnte jeder hören und sehen, der dies wollte. Dennoch schaffte es Bidens skrupellose Entourage, den von Krebs und Demenz zunehmend schwerer gezeichneten Greis vier Jahre im Amt zu halten – tatkräftig unterstützt von linkslastigen Medien im In- und Ausland, welche die eklatanten Ausfallerscheinungen des Demokraten herunterspielten. Insofern erscheint es seltsam, wenn dieselben Medien nun suggerieren, dass der jetzige republikanische Präsident Donald Trump schon mit einem Bein im Grab stehe, weil an seinen Händen mehrmals ein paar blaue Flecken auftauchten.

Andererseits tun die Amerikaner aber grundsätzlich gut daran, kritisch auf den Gesundheitszustand ihres Staatsoberhauptes, Regierungschefs und Oberbefehlshabers der Streitkräfte zu schauen. Denn Biden war bei Weitem nicht das einzige gesundheitliche Wrack im Weißen Haus, dem die Regierungsverantwortung vorzeitig hätte entzogen werden müssen.

Schon der allererste US-Präsident George Washington litt während seiner Amtszeit stark an Malaria, Tuberkulose und den langwierigen Nachwirkungen einer Lungenentzündung. Eine sehr schlechte physische Konstitution wiesen darüber hinaus James Madison, James Buchanan und Chester Arthur auf. Der kleine schwächliche Madison wurde ständig von epileptischen Anfällen geschüttelt, während Buchanan mit einer extremen Fehlsichtigkeit kämpfte. Und Arthur erhielt kurz nach seinem Einzug ins Weiße Haus die Diagnose „Tödliches Nephritisches Syndrom“.

Tot schon nach vier Wochen

Diese Drei erlebten allerdings das Ende ihrer Amtszeit, was acht anderen Präsidenten nicht beschieden war. Vier davon starben an akuten oder chronischen Krankheiten, und vier weitere durch Attentate oder deren Spätfolgen, was in beiden Fällen teilweise auch aus ärztlichem Unvermögen resultierte. Der 68-jährige William Harrison trat bei seiner Amtseinführung im März 1841 trotz Kälte und Schneefall ohne Mantel auf. Infolgedessen zog er sich eine Lungenentzündung zu. Und an der starb er dann nach nur vier Wochen im Amt, weil die Ärzte ihn lediglich mit Aderlässen, Opium, Rizinusöl und Brandy zu „kurieren“ versuchten.

Gleichermaßen arg traf es James Garfield. Nachdem Charles Guiteau dem Präsidenten am 2. Juli 1881 in den Rücken geschossen hatte, versuchten die behandelnden Mediziner das Projektil mit ungewaschenen Fingern aus dem Schusskanal zu ziehen. Knapp drei Monate später erlag Garfield einer Blutvergiftung.



Wusste sein physisches Leid gut hinter einem Lächeln zu verbergen: US-Präsident John F. Kennedy

Bild: mauritius images/JT Vintage

VEREINIGTE STAATEN

Biden war nicht der erste kranke Mann im Weißen Haus

Zahlreiche US-Präsidenten litten während ihrer Amtszeit unter schweren Gebrechen. Oft versuchte ihre Entourage mit allen Mitteln, den schlechten Gesundheitszustand geheim zu halten

Ebenso problematisch wie die mangelnde Kompetenz einiger Leibärzte war, dass der bedenkliche Gesundheitszustand etlicher Männer an der Spitze der USA vor der Öffentlichkeit geheim gehalten wurde. Dabei handelte es sich spätestens im 20. Jahrhundert um keine Folge medizinischer Inkompetenz mehr, sondern um pure Absicht.

Am 2. Oktober 1919 erlitt der unter chronischem Bluthochdruck leidende Woodrow Wilson seinen dritten Schlaganfall seit 1896, der zu einer halbseitigen Lähmung führte. Daraufhin veranstaltete Wilsons engerer Kreis im Bunde mit dessen Leibarzt Cary Travers Grayson eine monatelange Scharade, um über die Amtsunfähigkeit des Präsidenten hinwegzutäuschen. Noch beeinträchtigt als Wilson war Franklin D. Roosevelt. Bei diesem wurde bereits im August 1921 Kinderlähmung diagnostiziert. Wegen der Krankheit musste er Beinschienen tragen

oder im Rollstuhl sitzen. Dennoch machte Roosevelt eine steile politische Karriere und zog im März 1933 ins Weiße Haus ein. Später ließen die Ärzte es zu, dass der Demokrat zwei weitere volle Amtszeiten absolvierte, obwohl sich sein Zustand permanent verschlechterte. Er starb am 12. April 1945 an einer massiven Hirnblutung kurz nach Beginn seiner vierten Amtszeit.

Kennedys früher Leidensweg

Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman und Dwight D. Eisenhower wiederum verschwiegen die Auswirkungen von im Amt erlittenen Herzinfarkten. Das krassste Versteckspiel um seinen Gesundheitszustand veranstaltete allerdings der nach außen hin so vital wirkende, beim Amtsantritt erst 43 Jahre alte John F. Kennedy. Nach einer von mysteriösen Zusammenbrüchen geprägten Kindheit wurde bei Kennedy 1947 die Addisonsche Krankheit festgestellt. Diese Form der Unterfunkti-

on der Nebennierenrinde sorgte dafür, dass für den gläubigen Katholiken 1947, 1951, 1954 und 1955 die Sterbesakramente vorbereitet wurden, weil sein Ableben unmittelbar bevorzustehen schien.

Als dann auch noch eine schmerzhaft Osteoporose an der Wirbelsäule dazu kam, die es ebenfalls zu verbergen galt, schluckte JFK als Präsident bis zu acht Medikamente gleichzeitig. Dazu kamen aufputschende Amphetamine, welche heute – wenn keine klare medizinische Indikation vorliegt – als illegale Drogen gelten. Die Rückenprobleme Kennedys sorgten zudem dafür, dass er beim Attentat von Dallas ein leichtes Ziel war, weil er sich wegen seines Stützkorsetts nach dem ersten Schuss nicht nach unten wegducken konnte.

Auf Kennedy folgten Lyndon B. Johnson und Richard Nixon. Johnson verheimlichte wie Truman und Eisenhower einen Herzinfarkt und Nixon war aller Wahr-

scheinlichkeit nach alkoholkrank. Zudem litt er wohl an einer paranoiden Störung.

Ebenso bestanden erhebliche Zweifel an der Regierungsfähigkeit von Ronald Reagan zum Ende von dessen zweiter Amtszeit. Zu den Spätfolgen einer Darmkrebsoperation und den gesundheitlichen Auswirkungen des Attentates auf ihn vom 30. März 1981 kamen die Vorzeichen der Alzheimer-Erkrankung, die dann freilich erst 1994, also fünf Jahre nach dem Auszug aus dem Weißen Haus, offiziell eingestanden wurde.

Andererseits lebte der „Große Kommunikator“ Reagan anschließend noch etliche Jahre weiter und starb erst im hohen Alter von 93 Jahren und vier Monaten. Außer ihm wurden nur fünf weitere US-Präsidenten älter als 90, nämlich John Adams, Herbert Hoover, Gerald Ford, Jimmy Carter und George H. W. Bush. Carter konnte sogar seinen 100. Geburtstag feiern.

SEEFAHRT

Höhe- und Endpunkt einer glorreichen Ära

Mit der „United States“ endete die Epoche der großen Transatlantiklinienschiffe

Der am 3. Juli 1952 in Dienst gestellte Ozeanriesen „United States“ war eines der wichtigsten nationalen Symbole der USA im Kalten Krieg. Bereits während seiner Jungfernfahrt unter dem Kommando von Kapitän Harry Manning errang das Turbinenschiff auf Anhieb das Blaue Band für die schnellste Atlantiküberquerung. Die Durchschnittsgeschwindigkeit lag damals bei 35,6 Knoten, was etwa 66 Kilometern pro Stunde entspricht.

Damit brach die „United States“ den 14 Jahre alten Rekord der britischen „Queen Mary“ und verkürzte die Zeit für die Nordatlantikkpassage auf drei Tage und zehn Stunden – allerdings um den Preis

der vorzeitigen Abnutzung des Anstrichs unter der Wasserlinie. Und das Schiff konnte aufgrund seiner vier gewaltigen Westinghouse-Dampfturbinen mit fast 242.000 PS Gesamtleistung sogar noch schneller sein: Teilnehmer an den Probefahrten berichteten später von kurzzeitig erreichten Geschwindigkeiten von 38,3 Knoten beziehungsweise 71 Kilometern pro Stunde.

Dass die Höchstgeschwindigkeit der „United States“ zunächst der Geheimhaltung unterlag, resultierte daraus, dass der Passagierdampfer, welcher fast 2000 zahlende Gäste an Bord nehmen konnte, im Kriegsfall als Truppentransporter fungie-

ren und 14.400 Soldaten an ihre Einsatzorte bringen sollte. Deshalb wurde auch sehr viel Wert auf Sicherheit gelegt. Beim Innenausbau dominierte die Verwendung von Asbest, Glas und Metall, um den hohen Anforderungen an den Brandschutz zu genügen. Darüber hinaus wies der doppelwandige Rumpf 20 Schotten auf, die bis zwölf Meter über die Wasseroberfläche reichten – wäre die „Titanic“ ähnlich konstruiert gewesen, hätte sie die Kollision mit dem Eisberg problemlos überstanden.

Allerdings verlor das US-Militär 1961 das Interesse an dem potentiellen Truppentransporter, weil er ein leichtes Ziel

für sowjetische Bomber darstellte. Parallel dazu machten düsengetriebene Passagiermaschinen Transatlantik-Linern wie der „United States“ Konkurrenz, sodass deren Betrieb immer unrentabler wurde. Die Konsequenz war die Außerdienststellung des Rekordschiffes zum 14. November 1969. Seither durchlebte es eine jahrzehntelange Odyssee, in deren Verlauf acht verschiedene Eigentümer vom türkischen Geschäftsmann Kahraman Sadıkoğlu bis hin zum Verein United States Conservancy immer neue Pläne für die weitere Verwendung des Ozeanriesen schmiedeten, welche sich allesamt zerschlugen. Er wurde weder zu einem

schwimmenden Hospital mit 1600 Betten und 23 Operationssälen noch zu einem Kreuzfahrtschiff, Museum, Veranstaltungszentrum oder „Wasserfrontkomplex“ mit Hotels und Spielkasino umfunktioniert.

Dann kam die „United States“ im Oktober 2024 in den Besitz des Okaloosa County an der Golfküste des Bundesstaates Florida. Dieses erwarb das 300 Meter lange und ursprünglich 72 Millionen Dollar teure Zeugnis der US-Marinegeschichte für eine Million Dollar, um es 2026 vor der Küste bei Fort Walton Beach als künstliches Riff und Attraktion für Unterwassertouristen zu versenken. W.K.

KÖNIGSBERG

Auf den Spuren der Ästier-Krieger

„Die alten Krieger des Bernsteinlandes“ – Ausstellung im Gebietsmuseum zog Gäste magisch an

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Waffen, Kleidung und Pferdegeschirrtteile, ein einzigartiges Füllhorn mit Abbildungen von Raub- und Wasservögeln, stilistischen Elementen von Gegenständen sowie Schmuck- und Haushaltsgegenstände – all das bekamen die zahlreich erschienenen Besucher der Ausstellung „Die alten Krieger des Bernsteinlandes“ zu sehen, die Mitte September im Königsberger Gebietsmuseum, der ehemaligen Stadthalle, eröffnet wurde. Erstmals präsentiert die Ausstellung in der Pregelmetropole die bedeutendsten Fundstücke aus den Grabanlagen der Elite der Ästier oder Aestii genannten Volk, das während der Zeit der Völkerwanderung an der Ostseeküste lebte.

Die Ausstellung ist in drei Teile gegliedert. Der zentrale Teil der Präsentation mit dem Titel „Die Insel der Toten“ ist den Grabkomplexen aus den Ausgrabungen der Grabfelder Alejka 7 aus dem 4. bis 12. Jahrhundert im Bezirk Cranz im Königsberger Gebiet gewidmet. Die archäologischen Ausgrabungen an dieser Stätte wurden von einem Team der Samland-Expedition des Instituts für Archäologie der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau unter der Leitung des Archäologen Konstantin Skworzow durchgeführt.

In den mehr als 800 Gräbern, welche die Archäologen ausgegraben hatten, fanden sich unter anderem vermutlich die Überreste des Anführers der Ästier. Hier fand sich unter den Grabbeigaben das Herzstück der Ausstellung, ein Füllhorn mit einer Spitze in Form eines Raubvogels und einer verzierten Mündung. Bei den erhaltenen Pferdegeschirren sind die verzierten, vergoldeten Zaumzeugteile auffällig. Einige davon weisen Einlagen aus Almandin (einer Granatart) und weißem Milchglas mit geprägten Goldfolieneinlagen auf.

Der zweite Abschnitt der Ausstellung „Die Ära der Völkerwanderung und des dunklen Mittelalters“ ist dem Zeitabschnitt vom 1. bis 9. Jahrhundert gewid-



Eröffnungstag im Gebietsmuseum: Großer Besucherandrang vor dem Herzstück der Ausstellung

Bild: privat

met, in der die Ästier einen Teil der Südküste der Ostsee besiedelten. In dieser Zeit entstanden Kontakte zwischen der lokalen Bevölkerung und den römischen Zentren im Westen und Süden entlang der Bernsteinstraße. Die erste Erwähnung dieses Volkes findet sich im Werk „Germania“ des antiken römischen Historikers Cornelius Tacitus. Tacitus verwendet die lateinische Bezeichnung Aestii für das Volk, das sich seiner Beschreibung nach mit dem Anbau von Getreide und anderen Feldfrüchten beschäftigte, aber auch das Meer durchsuchte und am Strand Bernstein sammelte und damit Handel betrieb.

Auf den Grabstätten Kleinheide [Gurjewsk], Stantau [Mitino], Klein Medenau [Logwino], Sadweitschen [Perwomaiskoje], Gauten [Putilowo 2], Kalgen [Schossejnoje] und Langenen wurden im 19. Jahrhundert von preußischen Archäo-

logen und anschließend in den Jahren 1996 bis 2022 von Expeditionen des Instituts für Archäologie der Russischen Akademie der Wissenschaften Ausgrabungen durchgeführt.

Handel mit römischen Zentren

Ein Großteil der Fundstücke wird zum ersten Mal ausgestellt. Darunter sind einzigartige, hochkünstlerische Gegenstände, die mit komplexen Schmucktechniken hergestellt wurden. Ihre Motive ähneln den besten Exemplaren aus Mittel- und Nordeuropa.

Der letzte Teil der Ausstellung namens „Burgenbauer und Grabräuber“, zeigt die Zerstörung und Plünderung einiger der Grabanlagen der Ästier im 13. und 14. Jahrhundert durch die lokale Bevölkerung beim Abbau von Naturstein für Bauzwecke. Spuren davon sind in den

Kulturschichten vieler Grabstätten gut zu erkennen.

Zu den Funden in den zerstörten Gräbern gehörten mehrere goldverzierte Anhänger, silberne römische Denare, Fragmente von Gegenständen aus Eisen, Kupferlegierungen und Silber, zahlreiche Silber- und Goldschmelzen sowie Bernsteinstücke. Insgesamt werden 300 Objekte beeindruckender Grabbeigaben frühmittelalterlicher Kunst gezeigt. Fast jedes Exponat ist ein Meisterwerk, erschaffen von Kunsthandwerkern aus dem goldenen Zeitalter der Balten.

Mehr als 80 der Objekte wurden nach der Restaurierung auf Beschluss des Instituts für Archäologie der Russischen Akademie der Wissenschaften dem Staatlichen Historischen Museum in Moskau übergeben und dort bereits 2022 ausgestellt.

ALLENSTEIN

Ein landesweites Pfandsystem wird bald Realität

Orientierung an der Bundesrepublik und anderen europäischen Staaten – LIDL geht mit gutem Beispiel voran

Ab Oktober führt Polen ein landesweites Pfandsystem ein. Es ist ein Schritt, der in vielen europäischen Ländern längst Alltag ist, hierzulande aber lange auf sich warten ließ. Während in der Bundesrepublik, Skandinavien oder Litauen seit Jahren leere Flaschen und Dosen ganz selbstverständlich zurückgegeben werden, musste Warschau gleich mehrere Anläufe unternehmen, um das System zu starten.

Ursprünglich war der Start für den 1. Januar dieses Jahres geplant, doch politische Diskussionen, organisatorische Hürden und die Notwendigkeit, auf landesspezifische Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen, führten zu einer Verschiebung auf den 1. Oktober. Unternehmer meldeten, dass sie mehr Zeit bräuchten, um Verkaufsfächen für Rücknahmeautomaten umzurüsten, Sammelsysteme zu organisieren und die Etiketten der Getränkeverpackun-



Früh üb sich ...: Kinder testen einen neuen Pfandautomat

Bild: D.K.

gen an neue Vorschriften anzupassen. Eine der Aufgaben für das neue System ist unter anderem die Notwendigkeit, das Logo des Pfandsystems auf Flaschen oder Dosen erkennbar anzubringen, was sich aufwendig für die Getränkeproduzenten zeigte. Auch die Verhandlungen darüber, welche Verpackungen genau einbezogen werden und wie das System funktionieren soll, dauerten länger als erwartet. Schließlich setzten sich die Betreiber und Getränkehersteller mit dem Wunsch nach einer Übergangsfrist durch.

Während viele noch auf den Oktober warten, geht die Supermarktkette LIDL bereits mutig voran: In zahlreichen Filialen stehen moderne Automaten bereit, die PET-Flaschen und Aluminiumdosen annehmen. Die Rückgabe funktioniert sehr ähnlich wie in der Bundesrepublik: Das Pfandgut wird eingelegt, ein Bon ausge-

druckt und vom Kunden an der Kasse eingelöst.

Das System kommt bei den Käufern hervorragend an und zeigt schon jetzt, wie effektiv und bequem nachhaltiges Handeln sein kann. Ab Herbst gilt dann landesweit, dass beim Kauf von Getränken in Flaschen oder Dosen ein Pfand von 50 Groschen fällig wird, der bei Rückgabe erstattet wird. Die Pflicht zur Rücknahme gilt für alle Geschäfte mit einer Verkaufsfläche von mehr als 200 Quadratmetern, kleinere Läden können freiwillig teilnehmen. Ziel ist es, die Recyclingquote deutlich zu erhöhen, Ressourcen sowie Umwelt zu schonen und das Problem des Verpackungsmülls spürbar zu verringern. Wer heute schon bei LIDL seine Flaschen zurückgibt, bekommt einen Vorgesmack auf das, was bald überall im Land Realität sein wird.

Dawid Kazański

MELDUNGEN

Märchen und Legenden

Allenstein – In der Allensteiner Altstadt und ihrer näheren Umgebung stolpert man seit Kurzem immer wieder über kleine metallene Skulpturen. Die Figuren aus Märchen und Legenden hat der Künstler Dawid Gołębowski geschaffen. Zu finden sind masurische Kobolde wie Klobuk oder Topnik, aber auch Alna, die der Alle ihren Namen gegeben hat. Auf einem Rundweg mit 15 Kunstwerken kann man sich mit regionalen Erzählungen wie der „Frau mit den bernsteinfarbenen Haaren“ oder der „Wirtin aus Eichmedien“ bekannt machen. Finanziert wurde das Projekt aus dem sogenannten Allensteiner Bürgerbudget, für das die Einwohner der Stadt Ideen vorschlagen und darüber abstimmen können. Einen Stadtplan mit den Stationen sowie den Texten der Sagen findet man unter www.ol-sztyn.eu/tropamilegend/, derzeit jedoch nur auf Polnisch. U.H.

Ordensburg zu verkaufen

Barthen – Wer wollte nicht einmal in seinem Leben Herr einer Burg sein? Die Möglichkeit dazu bietet sich in Barthen. Die Agentur für historische Immobilien, aber auch der Internetservice Allegro, die polnische Entsprechung von Ebay, informierten darüber, dass die dortige Burg des Deutschen Ordens aus dem 14. Jahrhundert zum Verkauf steht. Wie der Verkäufer angibt, hat die Burg eine Nutzfläche von knapp 13.000 Quadratmetern, dazu kommen das Grundstück mit 1,7 Hektar und ein See mit weiteren Flächen mit insgesamt einem Hektar. Alle Medien seien vorhanden und die Nähe zum Königsberger Gebiet sei ein zusätzlicher Vorteil, ist weiterzulesen. Die Einrichtung eines Luxushotels ist möglich, für das Gebäude liegt eine Erlaubnis zur Durchführung von Reparaturen im Inneren bereits vor. Wer also umgerechnet 2,9 Millionen Euro übrig hat, sollte zugreifen. U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Böhnke, Horst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 8. Oktober

ZUM 101. GEBURTSTAG

Baatz, Fritz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Philippzik, Ruth, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Karow, Joachim, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Nestler, Ingard, geb. Eichel, aus Lyck, am 5. Oktober
Renner-Kruska, Therese, aus Lyck, am 8. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bartsch, Ernst, aus Dollkeim, Kreis Fischhausen, am 5. Oktober
Vortlage, Martha, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 3. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Pankewitz, Fritz, aus Willnau, Kreis Mohrungen, am 8. Oktober
Schmeer, Edeltraut, geb. Linka, aus Ortelsburg, am 8. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Daniele, Ursula, geb. Makossa, verw. Saikowski, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Dietze, Ellinor, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 9. Oktober

Mlinarzik, Elsbeth, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 7. Oktober

Plaga, Horst, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 8. Oktober
Schadwinkel, Franziska, geb. Knieper, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Schmidt, Erika, geb. Helmke, aus Transsau, Kreis Fischhausen, am 7. Oktober

Tobies, Georg, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 4. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Engler, Hedwig, geb. Pfeiffer, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Oktober
Knafla, Alfred, aus Winrichsrode, Kreis Neidenburg, am 6. Oktober
Kruska, Gertrud, geb. Bahro, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 5. Oktober
Neiß, Renate, geb. Pfennig, aus Wehlau, am 6. Oktober
Stephan, Hildegard, geb. Krupinski, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Oktober
Warich, Ehrenfried, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 9. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Burchert, Irmgard, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 8. Oktober
Engels, Karl-Heinz, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Feyerabend, Günther, aus Lötzen, am 6. Oktober
Hallbach, Käte, geb. Neumeier, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 4. Oktober

Sander, Eva, geb. Michalowitz, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 4. Oktober

Smollich, Günter, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

Thierling, Hannelore, geb. Offel, aus Ortelsburg, am 8. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beckner, Günter, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 7. Oktober
Dziarstek, Herbert, aus Ebenrode, Kreis Ortelsburg, am 4. Oktober
Piper, Ingrid, geb. Topat, aus Richau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
Schnierda, Ursula, geb. Nowakowski, aus Lyck, Morgenstraße 3, am 4. Oktober
Schütt, Gertrud, geb. Blumental, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Tietz, Gerhard, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, am 5. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Belz, Helga, geb. Kaspereit, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Braun, Ursula, geb. Roch, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Fürst, Ruth, geb. Buyny, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 4. Oktober
Hippel, Klaus-Jürgen von, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Judtka, Gerhard, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. Oktober
Kannenberg, Eva-Marie, geb. Mattern, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 8. Oktober
Olk, Heinz, aus Georgenguth, Kreis Ortelsburg, am 7. Oktober
Pogodda, Siegfried, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bandilla, Gerd, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 3. Oktober

Eisermann, Gert, aus Reichertsvalde, Kreis Mohrungen, am 3. Oktober

Gruschkus, Hannelore, aus Lyck, am 3. Oktober

Heye, Friedrich-Wilhelm, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 6. Oktober

Jeglinski, Wolfgang, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 7. Oktober

Kröger, Inge, geb. Penner, aus Gollen, Kreis Lyck, am 6. Oktober

Ludorff, Siegfried, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 3. Oktober

Ragnitz, Paul Hans, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 5. Oktober

Ramminger, Irene, geb. Weis, aus Königsberg, am 7. Oktober

Riemann, Hans-Georg, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

Sprenger, Margot, geb. Peikert, aus Ebenrode, am 4. Oktober

Wielgomas, Lieselotte, geb. Matheuszik, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 8. Oktober

Ziemes, Edith, geb. Wengorsch, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 6. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Berger, Ingrid, geb. Jeromin, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 9. Oktober

Bessel, Otto, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 4. Oktober

Blüm, Rosemarie, geb. Hennig, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 5. Oktober

Dlugert, Werner, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 8. Oktober

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Ewert, Waldemar, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 6. Oktober

Henning, Elisabeth, geb. Sokolowski, aus Sarken, Kreis Lyck, am 9. Oktober

Lange, Christel, geb. Groß, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 9. Oktober

Lask, Lieselotte, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 5. Oktober

Meyer, Irmgard, geb. Berner, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 3. Oktober

Pallas, Vera, geb. Brandt, aus Neidenburg, am 9. Oktober

Reinke, Christian-Friedrich, aus Allenstein, am 2. Oktober

Schmidt, Lieselotte, geb. Büchler, aus Wehlau, am 9. Oktober

Schollbach, Gisela, geb. Just, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 8. Oktober

Schuchardt, Christel, geb. Molgedei, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober

Ziehe, Ursula, geb. Kamutzki, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 7. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bodzian, Gertrud, geb. Kowalzik, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

Czwalinna, Arnold, aus Uphalten, Kreis Lötzen, am 7. Oktober

Ewert, Serena, geb. Knorr, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Oktober

Keufen, Waltraud, geb. Wysk, aus Neidenburg, am 7. Oktober

Klein, Werner, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 9. Oktober

Mazuch, Siegfried, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 8. Oktober

Seidler, Siegfried, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 4. Oktober

Stoßno, Siegfried, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Grunwald, Heide-Marlene, geb. Hölzner, aus Troisdorf, Kreis Lötzen, am 5. Oktober

Lübke, Gisela, geb. Jotzo, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 6. Oktober

Schlingermann, Hans-Dieter, aus Groß Eschenbruch, Kreis Wehlau, am 3. Oktober



Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis, gT) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Zusendungen für die Ausgabe 42/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 42/2025 (Erstverkaufstag 17. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 7. Oktober**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Kulturzentrum Ostpreußen

Ellingen – Vom 11. Oktober bis zum 4. Januar 2026 zeigt das Kulturzentrum Ostpreußen zum Jubiläum der Krakauer Huldigung Albrechts von Brandenburg die Sonderausstellung „500 Jahre Herzogtum Preußen. Ein Akt der Unterwerfung?“. Sonnabend, 11. Oktober, 14 Uhr, wird die Ausstellung feierlich eröffnet. Eine Anmeldung ist erforderlich unter Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de



500 Jahre Herzogtum Preußen
 Ein Akt der Unterwerfung?
 Eine Ausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen zum Jubiläum der Krakauer Huldigung Albrechts von Brandenburg-Ansbach 1525

am Samstag, 11. Oktober, um 14.00 Uhr im Kulturzentrum Ostpreußen

Programm
 Grußworte:
 Klaus Mika
 (Vorsitzender der Ostpreußischen Kulturstiftung)
 Gunter Dehnert
 (Direktor Kulturzentrum Ostpreußen)
 Einführung:
 Felix Schmieder
 (Kurator der Ausstellung)

Empfang
 Um Anmeldung wird gebeten unter 09141 - 86440 oder per Email: info@kulturzentrum-ostpreussen.de

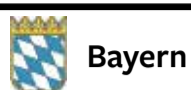
Kulturzentrum Ostpreußen Schloßstraße 9, 91792 Ellingen
 Öffnungszeiten Oktober: Di-So, 10-12 und 13-17 Uhr
 November - Januar: Di-So, 10-12 und 13-16 Uhr

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Sudetenland

Hof – Sonnabend, 11. Oktober, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof zum Thema „Sudetenland“.

Erntedank in Ostpreußen

Hof – Zweite Vorsitzende Jutta Starosta führte nach Organisatorischem mit Gedanken zu den aufgestellten Erntegaben ins Thema ein. Jede Frucht lasse sich mit dem eigenen Leben in Verbindung bringen. So erinnerten beispielsweise die Kartoffeln daran, dass Schätze des Lebens erst vorsichtig ausgegraben werden müssten, um ihre Kostbarkeit zu erkennen. Nach dem geistlichen Wort von Kulturwart Bernd Hüttner stimmte Vivaldis „Herbst“ die Anwesenden auf den Erntedank ein. Starosta erklärte, dass das Erntedankfest ein altes und tief verwurzelt fest sei, das in vielen Kulturen gefeiert werde. In der heutigen Zeit erinnere es daran, innezuhalten, Dankbarkeit zu zeigen und die Früchte der Arbeit wertzuschätzen. Es sei aber auch eine Gelegenheit, Gemeinschaft zu feiern, sich gegenseitig zu stärken und die Verbundenheit mit der Natur und dem Schöpfer zu würdigen. Das Fest sei früher von traditionellen Bräuchen wie Erntekranz oder -krone, Erntefest mit einem Umzug, bei dem die Erntegaben durch die Straßen getragen wurden, sowie Liedern und Tänzen geprägt gewesen. Heute sei das Erntedankfest für viele Ostpreußen Ausdruck ihrer Heimatverbundenheit. Die Bräuche seien ein wertvolles kulturelles Erbe, das die enge Verbindung zu Land und Natur sowie den Glauben an eine gute



Kartoffeln: Ein Schatz der Erde

Ernte zeige. Mit einem Herbstgedicht, gemeinsam gesungenen Liedern, einem Quiz und der Geschichte „Glücklich satt“ verging die Zeit sehr rasch. Neben den Gewinnen beim Bingo-Spiel konnten Besucher und Gäste noch die von Hannelore Morgner liebevoll gebundenen Erntesträube mit nach Hause nehmen. J. S.



Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Vortrag und Lesung

Bremen – Mittwoch, 15. Oktober, 18 Uhr, Stadtbibliothek Bremen, Zentralbibliothek, Wall-Saal, Zugang über außen Am Wall: Vortrag „Flucht und Vertreibung – Eine deutsche Streitgeschichte“ von Dr. Mathias Beer: Neben dem allgemeinen Verständnis weisen Flucht und Vertreibung im Deutschen eine besondere Bedeutung auf – die Umsiedlung, Flucht und Ausweisung von rund 12,5 Millionen Angehörigen des Deutschen Reiches und von deutschen Minderheiten aus einer Reihe von Staaten Ost-Mitteleuropas am Ende des Zweiten Weltkriegs. Dabei handelt es sich um einen Prozess

von globalem Ausmaß, dessen Folgen bis in die Gegenwart reichen. Flucht und Vertreibung haben die Biografien von Millionen von Menschen geprägt, sie haben Nachkriegsdeutschland verändert, und sie beschäftigen Politik, Medien und Gesellschaft bis heute. Anders als oft behauptet, waren und sind Flucht und Vertreibung und ihre Folgen kein Tabu in der Bundesrepublik, sondern Gegenstand breiter und kontroverser Auseinandersetzungen. Sie durchziehen die deutsche Nachkriegsgeschichte wie ein roter Faden bis in die Gegenwart. Der Vortrag beleuchtet wichtige Etappen des öffentlichen Umgangs mit Flucht und Vertreibung seit der Gründung der Bundesrepublik. Dessen Charakteristika lassen erkennen, dass es im Wesentlichen erinnerungspolitische Debatten um den Platz von Flucht und Vertreibung im kulturellen Gedächtnis der Deutschen waren und sind.

Beer ist ein auf dem Gebiet der Migrationsforschung der Neuzeit und Zeitgeschichte ausgewiesener Historiker an der Universität Tübingen und Inhaber einer Gastprofessur an der Universität Hermannstadt in Rumänien. Aus seiner Feder stammen wichtige Publikationen, darunter die Monografien „Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen“ sowie „Die Flüchtlingsfrage in Deutschland nach

1945. Geschichte, Forschung, Erinnerung“. Für seine Verdienste im Bereich der Migrationsgeschichte wurde er 2017 mit dem Ludwig Uhland Preis ausgezeichnet.

Der Bremer Autor und Historiker Dr. Christopher Spatz wird aus eigens für diese Veranstaltung zusammengestellten Zeitzeugenberichten vorlesen. Die Berichte stammen von Flüchtlingen, Vertriebenen, Wolfskindern und Heimatvertriebenen.

Spatz wurde 1982 in Bremen geboren. Nach dem Studium der Geschichte und Germanistik in Oldenburg promovierte er 2015 an der Berliner Humboldt-Universität zur Identität der ostpreußischen Wolfskinder. Die erfolgreiche Kampagne der Gesellschaft für bedrohte Völker zur Entschädigung der Wolfskinder in der Bundesrepublik wurde durch ihn wissenschaftlich begleitet. Im Ellert & Richter Verlag sind von ihm die Bücher „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ sowie „Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“ erschienen. 2019 wurde er mit dem Ostpreußischem Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. ausgezeichnet.

Erinnerungstafel

Bremen – Mittwoch, 8. Oktober, 15 Uhr, Gedenkstätte für Flucht

und Vertreibung, Feld O, Osterholzer Friedhof, Osterholzer Heerstraße 32-34: Einweihung der Erinnerungstafel.

Es ist fast 75 Jahre her, dass der „Bund der Vertriebenen, Landesverband Bremen“, dafür sorgte, dass eine zentrale Gedenkstätte für die Opfer von Flucht und Vertreibung auf dem Osterholzer Friedhof geschaffen und in die Obhut der Stadt Bremen übergeben werden konnte. Alljährlich zum Volkstrauertag versammelten sich hier die aus den Ostgebieten Deutschlands und den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa vertriebenen Menschen mit ihren Angehörigen, um dieser Toten zu gedenken.

Der Osterholzer Friedhof war und ist der am besten geeignete Ort für eine solche Gedenkstätte in Bremen. Hier gibt es weitere Erinnerungstätten für die Opfer des Bombenkrieges, für die Toten in den Konzentrations- und Arbeitslagern, für gefallene Soldaten und für ausländische Kriegstote.

Die Zahl der Menschen, die diese Zeit selbst erlebt haben, ist zunehmend immer geringer geworden. Die Gedenkstätte veränderte sich im Laufe der Jahre zu einem historischen Erinnerungsort. Vor vier Jahren hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge daher die Initiative ergriffen und vorgeschlagen, die Erinnerungstäten mit erklärenden Texttafeln auszustatten. Hintergrund ist die Absicht des Volksbundes, Kriegsgräberstätten im In- und Ausland von Orten des mahnenden Erinnerns und Gedenkens für Angehörige zu Lernorten für die interessierte Öffentlichkeit weiterzuentwickeln. Im Rahmen friedenspädagogischer Arbeit sollen so die Folgen von Krieg, Vertreibung und Verfolgung dargestellt werden. Es bleibt wichtig, zu zeigen, dass diese Themen auch heute noch relevant sind und in Zukunft nicht in Vergessenheit geraten dürfen.

Der Bremer Landesverband des Bundes der Vertriebenen (BdV) und die Landsmannschaft in Bre-

men unterstützen die Initiative. Die Bremer sammelten dazu eine Summe von fast 1.000 Euro, die dem Volksbund zur Finanzierung der Gedenktafeln zur Verfügung gestellt wurde.

Nachdem im Mai dieses Jahres die ersten Geschichts- und Erinnerungstafeln eingeweiht wurden, sollen im Oktober auch die Texttafel zur Erinnerung an die Toten durch Flucht und Vertreibung ihrem Zweck übergeben werden.

Es sind Ansprachen von Vertretern des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Bremischen Bürgerschaft und des Ortsamtes Osterholz geplant. Helmuth Gaber, Landesvorsitzender des BdV, wird als Vertreter der Organisationen der Vertriebenen das Wort ergreifen. *Heinrich Lohmann*



Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Treffen

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 18. Oktober, Bürgermeister Pohl-Haus, Im Appensee 26: Treffen der Heimatfreunde der LOW Hessen der Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg und der Heimatgruppe der Insterburger Darmstadt.

Bürgerfahrt

Wetzlar – Dienstag, 21. Oktober, 11.15 Uhr, Gaststätte Taverna Bodenfeld bei den Tennisplätzen, Bodenfeld 1: Bericht über eine Bürgerfahrt nach Deutsch Eylau. Unter diesem Titel schildert Wolfgang Post seine Erfahrungen über eine Reise. Zudem wird dabei das Erntedankfest gefeiert. Kontaktan-

Fortsetzung auf Seite 16



Einweihung im April: Der Landesvorsitzende des Volksbunds deutscher Kriegsgräberfürsorge Bremen wird auch im Oktober sprechen

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

APZ-09-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Herbsttagung

Gütersloh – Sonnabend, 18. Oktober, 11 Uhr, Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14: Herbsttagung. Aus organisatorischen Gründen bitte bis spätestens zum 10. Oktober bei Margitta Romagno, Luisenstraße 17, 42655 Solingen, E-Mail: romagno@ostpreussen-nrw.de oder E-Mail: buero@ostpreussen-nrw.de anmelden. Die Tagungspauschale beträgt 20,- Euro pro Person. In der Tagungspauschale sind der Eintritt sowie das Mittagessen und Kaffee und Kuchen enthalten.

Nach einer Begrüßung und Einführung werden Grußworte gehalten und der gebildete Vortrag „Vor 500 Jahren – Albrecht von Brandenburg – Ansbach vom Hochmeister zum Herzog von Preußen“ von Wolfgang Freyberg, Direktor a.D. Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, Weisenburg i.B. präsentiert. Nach einer Mittagspause spielen die Geigenleute unter der Leitung von Winfried Küttner Musik aus Pommern. Bevor die Tagung mit dem Punkt „Verschiedenes“ und dem Ostpreußenlied zu Ende geht, wird Dr. Christopher Spatz über „Das Mädchen aus der Königsberger Hungerhölle“ referieren und im Anschluss mit der Zeitzeugin Ursula Dorn ein Gespräch führen. Änderungen im Ablauf bleiben vorbehalten. Klaus-Arno Lemke



Sachsen
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Johannisburger Heide

Dresden – Dienstag, 21. Oktober, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Rundum die Johannisburger Heide (Masuren).

Transferraum Heimat

Chemnitz – Anfang September sind die Klassen 10g und 10h vom Evangelischen Schulzentrum in Chemnitz in ein Museum nach Knappenrode gefahren, um mehr über die Zeit der Großeltern zu erfahren. Als die Schüler ankamen, waren sie überwältigt von dem schönen Gelände, das auch thematisch sehr gut zu dem Museum passt. Die Schüler wurden in zwei Gruppen eingeteilt, damit der Ausflug für alle ein Gewinn würde. Die erste Gruppe ging zum Zeitzeugengespräch. Dieses war sehr tiefgreifend, man war zwar schon einmal mit dem Thema in Berührung gekommen, aber wenn Leute, die diese Zeit miterlebt haben, darüber persönlich berichten, ist es doch viel ergreifender. Das zweite Zeitzeugengespräch war zwar ziemlich

lang, aber nicht langweilig. Man hat als Außenstehender gespürt, wie tief das Erlebte bei den Betroffenen verankert ist und wie wichtig es ihnen ist, dass so etwas nicht noch einmal passiert.

Während die eine Gruppe den Zeitzeugen zuhörte, hatte die andere eine sehr interessante Führung durch das Museum. Dieses ist modern aufgebaut, der Besucher bewegt sich entlang eines Zeitstrahls. Die Schüler empfanden diese Methode als sehr positiv, da sie das Geschehene besser verstehen konnten und davon tief berührt wurden. Im Museum gibt es viele interaktive Stationen. Die Schüler hätten es begrüßt, wenn diese Stationen während der Führung hätten ausprobiert werden können, um die Konzentration zu halten und alle zu motivieren.

Der Höhepunkt für alle war die VR-Brille, die einem das Gefühl gab, die Situation mitzuerleben, so konnten die Schüler im Ansatz nachvollziehen, was die Menschen damals durchmachen mussten; das war sehr beeindruckend.

In der Theorie war es auch wirklich gut geplant, nur konnte man durch die Länge der Zeitzeugengespräche nicht alles in Ruhe anschauen. Dennoch war es ein sehr wichtiger Museumsbesuch, da man sich dadurch intensiver mit diesem wichtigen Thema auseinandergesetzt hat. Die Schüler konnten sehr viel mitnehmen, und es war eine gute Idee, diese Exkursion durchzuführen, obwohl die Fahrt sehr lang war, da das Museum leider in einem Ort liegt, an den man schwer gelangt. Der Gemeinschaftsbildung war dies aber nur förderlich.

Anfangs waren viele der Zehntklässler dem Museumsbesuch skeptisch gegenüber eingestellt, aber die Umsetzung war so interessant und regte so zum Nachdenken an, dass alle den Museumsbesuch weiterempfehlen können. Hinterher waren sich die Schüler einig, dass das Thema „Flucht und Vertreibung“ viele Menschen erreichen muss, weil es wichtig ist, dass so etwas niemals wieder passiert. Ein Satz der Zeitzeugin ist bei den Schülern besonders hängengeblieben: „Genauso, wie es heute ist, hat es früher angefangen!“ Aber so etwas darf nicht noch einmal passieren, da sind sich die Schüler einig, und deshalb unterstützen sie die Idee des Museums, um den Folgegenerationen das näherzubringen, was genau früher passiert ist. Nur so könne man aufmerksam werden und eine Wiederholung der Schrecken des Krieges, der Flucht, der Vertreibung zu verhindern. Lea Thielemann

● „Transferraum Heimat“, Bildungs- und Begegnungsstätte, Werminghoffstraße 11, 02977 Hoyerswerda - OT Knappenrode/Hörnikecy, Telefon (03571) 6093772



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM Fl) e.V.

Flensburg – „Der Deutsche Ritterorden – seine Geschichte und seine Bedeutung für den deutschen



Drei Generationen der Lycker Kreisvertreter: (v. l.) Heidi Mader, Gerd Bandilla und Bärbel Wiesensee *Bild: B. Wiesensee*

Orden“ lautete das Thema, das für das Septembertreffen notiert war. Vorstandsmitglied Ingrid Jacobsen stellte den Vortragenden vor, den sie noch aus dessen Schulzeit kannte. Prof. Dr. Detlev Kraack, in Flensburg geborener Historiker, apl. Professor an der TU Berlin und Oberstudienrat am Gymnasium Schloß Plön, hatte sich für diesen Tag den Ritterorden vorgenommen. Er erklärte, anders als wohl erwartet zu beginnen und berichtete zunächst von der Entscheidung der Schleswig-Holsteiner Bildungsministerin, den Anteil des Geschichtsunterrichtes ab 2026 um ein Jahr zu vermindern. Er begründete die Bedeutung des Faches Geschichte für das Verständnis von Vorgängen und Abläufen, die zwar zunächst historisch, aber in ihrer Kenntnis und im Kontext bis heute relevant seien. Dazu nahm er den Deutschen Ritterorden als zentrales Beispiel und zog einen weiten Bogen vom Heiligen Land über Preußisch-Litauen bis zu Schleswig-Holstein als preußischer Provinz. Man musste schon konzentriert zuhören, um seinen Gedankengängen gut folgen zu können, aber er verstand es ausgezeichnet, das Auditorium interessiert zu halten. Solche Vorträge zählen zu den Höhepunkten der Monatstreffen und versammeln stets eine ordentliche Anzahl von Mitgliedern; oft gesellen sich auch, wie in diesem Falle, Gäste dazu, die gerne und herzlich begrüßt werden. Michael Weber



Lötzen
Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osna-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Mitgliederversammlung

Neumünster – Sonnabend, 25. Oktober, 14 Uhr, Sudetenlandstraße 18h: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. Alle Mitglieder und Interessierte sind zu folgenden Themen eingeladen: 1. Begrüßung, 2. Feststellung der terminlichen Einladung, 3. Feststellung der Stimmberechtigung, 4. Entscheidung über Sat-

zungsänderung, 5. Vorstellung der Kandidaten für die Vorstandswahl 2026, 6. Verschiedenes.

Anschließend können Gespräche und Besichtigungen des Museums und Archivs erfolgen.

Petra Karpowski, Dieter Milewski



Lyck
Kreisvertreterin: Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen, Telefon (0421) 67329026, **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkreistreffen

Hagen – Ende August fand in Hagen das diesjährige Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck statt. Als Gast konnten wieder die Kreisgemeinschaft Treuburg begrüßt werden. In diesem Jahr stand die Feierstunde unter dem Motto der 70-jährigen Patenschaft mit der Stadt Hagen.

Das Treffen begann am Freitag nachmittag im Archiv mit der turnusgemäßen Kreisausschuss (KA)-Sitzung. Es wurde ein Resümee der 600 Jahre Lyck-Jubiläumswoche in Lyck gezogen. Weitere Themen waren die Vorstellung des Haushaltsplans 2025, Auszahlung der Bruderhilfe und Vorbereitung der Kreistags-Sitzung mit der Neuwahl einer neuen Kreisvertreterin.

Die öffentliche Kreistags-Sitzung fand am Sonnabend im Rathaus der Stadt Hagen statt. Die Kreisvertreterin (KV) Bärbel Wiesensee eröffnete in Anwesenheit zahlreicher Gäste die Versammlung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Auch eine Abordnung aus Lyck von der Gruppe der Deutschen Minderheit mit der Vorsitzenden Urszula Sasinska, dem Stellvertreter Klaus Romoth, sowie Sabina Kozłowska und Maximilian Romoth wohnten der Veranstaltung bei.

Nach dem Totengedenken, den Berichten der KA-Mitglieder, den Berichten der Kassenführung und der Kassenprüfer, der Vorstellung des Haushaltsplans 2025, weiteren Jahrestermen teilt die Kreisvertreterin ihren Amtsrücktritt zum 30. September mit. Die folgende Neuwahl einer Kreisvertreterin wurde vom stellvertretenden Kreisvertreter Dieter-J. Czudnochowski geleitet. Einstimmig wurde die einzige Kandidatin Heidi Mader zur neuen Kreisvertreterin ab dem 1. Oktober gewählt. Der stellvertretende Kreisvertreter verabschiedete Wiesensee im Namen der Kreistags-Mitglieder mit einer kurzen Dankesrede. Zum neuen Amt und auf eine gute Zusammenarbeit gratulierte er der neugewählten Kreisvertreterin. Zu Wort meldete sich der Kreisälteste Gerd Bandilla und dankte Wiesensee für ihre jahrelange Tätigkeit und wünschte Mader für die weitere Führung der Kreisgemeinschaft einen guten Start.

Nach der Sitzung fuhr eine kleine Delegation zu den, in einem sehr sauberen Zustand befindlichen, Gedenksteinen im Stadtgarten. In einem kleinen feierlichen Rahmen mit musikalischer Begleitung und Redebeiträgen des 1. Bürgermeisters der Stadt Hagen, Dr. Hans-Dieter Fischer, und von Pater Eduard Prawdzyk wurde mit der Kranzniederlegung der Heimat

Ostpreußens, des Kreises Lyck und der verstorbenen Verwandten und Landsleute gedacht. Diese Gedenkminuten gaben allen Teilnehmern ein besonderes Gefühl der Zusammengehörigkeit.

Bei guten Gesprächen klang der erlebnisreiche Tag im Hotel Mercure in vertrauter Runde aus. Ein Vortrag von Siegmund Fröhlich mit dem Thema „Neues von der Prußen-Saga“, aus seinem Buch und eine spontane Einlage in Form eines musikalischen Beitrags von Horst Hausen auf der Flöte, bereicherten die Abendstunden.

Zur Feierstunde am Sonntag, zusammen mit der Kreisgemeinschaft Treuburg, versammelten sich alle Besucher im Hotel Mercure. Die Moderation hat in gewohnter Form wieder Peter Mook übernommen, er führte sicher durch das festliche Programm. Die musikalische Begleitung hat, wie im letzten Jahr, das Musik-Duo Iryna Popyk (Cello) und Jonas Liesenfeld (Geige) übernommen und somit der Veranstaltung einen würdigen Rahmen gegeben.

Beginnend mit dem gemeinsamen Singen des Ostpreußenliedes und der Grußnote der Kreisvertreterin Wiesensee folgte nach einem musikalischen Zwischenspiel der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Hagen Dietmar Thieser mit dem Festvortrag. Den inhaltlichen Schwerpunkt legte er auf das kleine Jubiläum zur 70-jährigen Patenschaft mit der Stadt Hagen. Die Kreisgemeinschaft Lyck überreichte der Stadt Hagen als Dank eine Fotocollage für die jahrelange Verbundenheit.

Durch weitere musikalische Einlagen aufgelockert, folgten weitere Grußworte durch den Kreisvertreter der Treuburger Ulf Püstow und Bärbel Beutner, Kulturreferentin der LO Landesgruppe NRW. Den Abschluss der Feierstunde rundete das feierliche Anstimmern der deutschen Nationalhymne ab.

Den Nachmittag nutzten alle Gäste, beim Mittagessen, bei Kaffee und Kuchen, zu einem regen Gedankenaustausch mit interessanten, tiefgründigen, freundschaftlichen Gesprächen. An den Buchständen der beiden Kreisgemeinschaften hatten sich einige Interessenten mit individuellem Lesematerial versorgt. D.-J.Cz.



Schloßberg (Pillkallen)
Kreisvertreter: Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle/Saale.
Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Klopseessen

Winsen (Luhe) – Sonntag, 5. Oktober, 12.30 bis 14.30 Uhr, Schloßberger Heimatstube, Rote-Kreuz-Straße 6: Klopseessen. Unter dem Motto „Unsere Geschichte auf dem Teller“ veranstaltet das Museum im Marstall mit der Schloßberger und Ebenroder Heimatstube einen kleinen Ausflug in die ostpreußische Kulinarik. Die Teilnahmegebühr beträgt 24,80 Euro pro Person. Interessenten können sich im Museum unter Telefon (04171) 3419 oder per E Mail: info@museum-im-marstall.de anmelden. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.



Wehlau
Kreisvertreterin: Margot Löwe, Weitzelstraße 9, 09648 Mittweida, Telefon (03727) 5165, E-Mail: margot.loewe@web.de
Stellvertreter: Dirk Reinsberg, Waldstraße 5, 25524 Itzehoe, Telefon (0157) 5206 8397, E-Mail: reinsbergd@web.de
Internet: www.kreis-wehlau.de

Hauptkreistreffen

Bassum – Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr, bis Sonntag, 5. Oktober, bis 16 Uhr, Vorwerk der Freudenburg, Amtsfreiheit 1a: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung, 11 Uhr: Feierstunde zu 70 Jahre Patenschaft des Landkreises Diepholz für den ostpreußischen Landkreis Wehlau, 13 Uhr: Die Kreisgemeinschaft Wehlau lädt zu Erbsensuppenessen ein, 14 Uhr: Fortsetzung der Mitgliederversammlung, 17 Uhr: Abendessen, Teilnahme nach vorheriger Anmeldung, 19 Uhr: gemeinsames Zusammensein mit Erzählungen, Musik, Gesang und Zeit zur Unterhaltung.

Sonntag, 5. Oktober, 10 Uhr: Gedenken am Tapiauer Stein im Park der Freudenburg, 11 Uhr: Gedenken am Wehlauer Stein im Park des Kreishauses Syke, 12 Uhr: Führung im Wehlauer Heimatmuseum und der Sonderausstellung über Nachkriegssiedlungen „Raum ist in der kleinsten Hütte“, anschließend ist Zeit zur Unterhaltung, 16 Uhr: Schluss des Kreistreffens.

PAZ wirkt!

Mitgliederversammlung

Bassum – Sonnabend, 4. Oktober, 10.30 Uhr, Freudenburg, Amtsfreiheit 1, Vorwerk: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Wehlau e.V. im Rahmen der Feier zum 70-jährigen Bestehen der Kreispatenschaft mit folgender Tagesordnung: Begrüßung und Eröffnung durch die 1. Vorsitzende; Gedenken an Verstorbene; Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung; Festrede „70 Jahre Kreispatenschaft“; Grußworte des Landrats, des Bürgermeisters; Feststellung der Beschlussfähigkeit – bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Versammlung für 30 Minuten unterbrochen und dann erneut eröffnet –; Annahme der Tagesordnung; Wahl: Verhandlungsleitung, Protokollführung, Jahresberichte des Vorstandes, a. 1. Vorsitzende, b. 2. Vorsitzender – Familienforschung, c. Schatzmeister – Kassenbericht, d. Mitgliederbetreuung, e. Heimatkreisdarstellung, f. Internetauftritt, Bildarchiv, g. Heimbrief, Archiv, Heimatmuseum, g. Aktuelles aus der Heimat; Bericht der Kassenprüfer über Haushalt 2024; Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes; Wahlen: Wahl eines Beisitzers / Beisitzerin; Beratung und Beschluss über den Haushaltsplan 2026; Beratungen und Beschluss über die Terminplanung 2026; Beratung und Beschluss über die eingegangenen Anträge der Mitglieder; Anfragen und Anregungen der Mitglieder; Schlusswort der Vorsitzenden; Ostpreußenlied.

Margot Löwe, Dirk Reinsberg und Rainer Sendacki

EMIL WIECHERT

Knapp am Nobelpreis vorbeigeschrammt

Der geniale Tilsiter Physiker entdeckte das Elektron und erzielte Quantensprünge beim Messen seismischer Wellen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ostprien brachte beachtliche drei Nobelpreisträger hervor (PAZ 33/25). Und wenn es in der Welt der Wissenschaft immer gerecht zugehen würde, wäre Emil Wiechert sicherlich die verdiente Nummer Vier gewesen.

Der Sohn eines Tilsiter Kaufmanns kam am 26. Dezember 1861 in der Stadt an der Memel zur Welt. Trotz des frühen Todes seines Vaters konnte er an der Albertus-Universität in Königsberg Physik studieren, worauf bis 1890 sogar Promotion und Habilitation folgten. Sechs Jahre später berichtete Wiechert bei einem Treffen der Königsberger Physikalischen Gesellschaft von der Existenz eines Partikels, das noch kleiner als ein Wasserstoffatom sei. Dem folgte am 7. Januar 1897 ein weiterer Vortrag, in dessen Verlauf der damals 35-Jährige die Masse dieses Teilchens mit rund zwei Tausendstel der Masse des Wasserstoffatoms bezifferte. Damit kann er faktisch als Entdecker des Elektrons gelten. Allerdings ging der Ruhm dafür an den Briten Joseph John Thomson, dessen Bericht über den Nachweis des ersten subatomaren Teilchens bereits vom 30. April 1897 stammt. Statt Wiechert erhielt daher Thomson 1906 den Nobelpreis für Physik. Zu dem Zeitpunkt hatte Wiecherts Karriere jedoch schon eine abrupte Wendung genommen.

Wirksam bis Deutsch-Samoa

Durch seine beeindruckenden Leistungen in Königsberg waren namhafte Physiker der Universität Göttingen auf den Ostpreußen aufmerksam geworden. Daraus resultierte der Ruf an die renommierte Alma Mater, welche für den Neuankömmling im Januar 1898 den weltweit ersten Lehrstuhl für Geophysik schuf. Wiechert machte sich daraufhin mit Feuereifer an die Errichtung der bis heute betriebenen Erdbebenwarte auf dem Hainberg ober-



Zu Beginn des 20. Jahrhunderts errichtete Emil Wiechert (1861–1928) mit anderen Wissenschaftlern auf dem Hainberg bei Göttingen eine Erdbebenwarte. Es ist die älteste noch voll funktionsfähige der Welt.

halb der Stadt. Um die seismischen Wellen im Inneren unseres Planeten aufzuzeichnen, brauchte es entsprechende Messgeräte, welche der Physiker vielfach selbst konstruierte und die später auch in anderen Erdbebenwarten rund um die Welt zum Einsatz kamen. Mit den Wiechertschen Horizontal- und Vertikalseismographen gelang unter anderem die komplette Erfassung der Wellen des verheerenden Erdbebens von San Francisco im Jahr 1906 mit über 3000 Toten. Einige der Geräte standen dabei auch in der 1902 auf Wiecherts Initiative hin eröffneten Außenstelle der Göttinger Forschungseinrichtung auf der Halbinsel Mulinun in der Kolonie Deutsch-Samoa.

Das Studium der seismischen Wellen führte unter anderem zur Entdeckung der Wiechert-Gutenberg-Diskontinuität, also der Grenze zwischen dem Erdmantel und dem Erdkern, an der die Geschwindigkeit der Wellen drastisch zurückgeht.

Mit Einstein und Planck

Diese Übergangszone verorteten Wiechert und dessen Doktorand beziehungsweise Kollege Beno Gutenberg in rund 2900 Kilometern Tiefe. Außerdem schlussfolgerte Wiechert gemeinsam mit dem schwedischen Chemie-Nobelpreisträger Svante Arrhenius aus seinen Beobachtungen, dass der Kern der Erde aus Eisen bestehe.

Wiechert, der stets in engem fachlichen Austausch mit wissenschaftlichen Größen auf dem Gebiet der Physik wie Albert Einstein und Max Planck stand, gehörte 1904 zu den Gründern der Association Internationale de Séismologie (AIS), aus der später die International Association of Seismology and Physics of the Earth's Interior (IASPEI) hervorging.

Wellen um das Zweimillionenfache

Des Weiteren gab er den Anstoß zur Gründung der Deutschen Seismologischen Gesellschaft (DSG), die ihn dann auch am 19. September 1922 auch zu ihrem ersten Vorsitzenden wählte. Zwei Jahre später wurde die DSG in Deutsche

Geophysikalische Gesellschaft (DGG) umbenannt, wobei Wiechert erneut an deren Spitze stand, bis er 1925 von seinem Stellvertreter Oskar Hecker, dem Direktor der Reichsanstalt für Erdbebenforschung in Jena, abgelöst wurde.

Zu dieser Zeit analysierte Wiechert mit Unterstützung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, also der Vorgängerorganisation der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die Ausbreitung von Explosionswellen im Boden und in der Luft, was sowohl für die Geologie als auch die Meteorologie von eminenter Bedeutung war. Dafür konstruierte er weitere innovative Messgeräte, die in dem 1925 errichteten „Neuen Erdbebenhaus“ auf dem Hainberg Platz fanden. Manche der Instrumente erlaubten nun eine Verstärkung der Wellen um das Zweimillionenfache. Daher dienten die Apparaturen in der Göttinger Erdbebenwarte lange nach Wiecherts Tod auch dem Nachweis von Kernwaffentests rund um die Welt.

Medaille in Wiecherts Namen

Der Geophysiker erhielt im Laufe seiner Göttinger Jahre immer wieder diverse Rufe an andere Universitäten wie Rostock, Königsberg, München und Potsdam, denen er allerdings nie folgte. Wiechert zog es vor, an der ehemaligen Wirkungsstätte von Carl Friedrich Gauß und weiterer Vorreiter seines Fachs zu verbleiben und dort auch dann noch an wissenschaftlichen Projekten zu arbeiten, als ihn eine heimtückische Krankheit schwer beeinträchtigte. Sein Kampf gegen dieses Leiden endete am 19. März 1928 im Alter von 66 Jahren.

Heute gilt der verhinderte Nobelpreisträger mit den ostpreußischen Wurzeln als Gründungsvater der Geophysik und einer der bedeutendsten Seismologen aller Zeiten. Deshalb verleiht die Deutsche Geophysikalische Gesellschaft seit 1955 für besondere wissenschaftliche Leistungen die Emil-Wiechert-Medaille.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Was man macht, kann einen überdauern“

Seit 33 Jahren in der Heimat zurück, fühlt es sich an, als sei Melitta Sallai kaum weg gewesen

Sie ist 97 Jahre alt, sitzt inzwischen im Rollstuhl, aber sprüht dennoch vor Witz und erfrischender Vitalität. Sie ist eine aufgeweckte, geistreiche Zeitzeugin, die gern über das alte Schlesien erzählt: Melitta Sallai.

1992 kehrte sie in ihre niederschlesische Heimat Muhrau [Morawa] bei Striegau [Strzegom] zurück und lebt seit damals in ihrem alten Kinderzimmer, dass sie bis zu ihrem 17. Lebensjahr mit ihrer Schwester teilte. Die Familie Wietersheim-Kramsta, so Melittas Geburtsname, musste zum Kriegsende Schlesien verlassen. Ein Schicksal, das sie mit Millionen deutschen Schlesiern teilte. Kürzlich berichtete sie darüber im Breslauer Haus Oppenheim am einstigen Blücherplatz [Plac Solna]. Anlass dafür war eine Filmpräsentation über ihr bewegtes Leben und die Geschichte des Schlosses Muhrau. Der Film „Ein schlesisches Schicksal“ von Dariusz Deberny zeichnet das Schicksal vieler schlesischer Familien.



Melitta war bereits 65, als sie die Worte ihrer Mutter befolgte: „Geht zurück und macht was draus. Nicht wiederhaben wollen, denn was man hat, hat man nur solange man lebt.“

Aber was man macht, kann einen überdauern“. Melittas Schwester hatte sie in ihrem Beschluss bekräftigt, denn auch sie wollte das neoklassizistische Familienschloss vor dem Verfall bewahren.

Melitta kaufte nicht einfach den Familienbesitz zurück, sie gründete vielmehr eine Stiftung: die St.-Hedwig-Stiftung, und richtete 1993 im Schloss einen Kindergarten für arme Kinder ein. Inspiration für den Stiftungsnamen fand Melitta in Oppeln, als die früh zum Katholizismus konvertierte Frau und ihre protestantische Schwester Anfang der 90er Jahre den damaligen Oppelner Bischof Alfons Nossol besuchten. „Meine Schwester sagte damals: ‚Ich küsse nicht den Bischofsring, denn ich bin evangelisch‘. Nossol, der das

ja verstanden hat, lachte laut und sagte: ‚Ich bin hier der oberste der Ökumene.‘ Er erklärte, dass die Breite des Katholizismus, die Tiefe des Evangelischen und der Geist der Ostkirche für ihn die wahre Kirche seien. Das hat mich sehr beeindruckt“, erinnert sich die Rückkehrerin.

Doch trotz ihres sozialen Engagements in Muhrau war man ihr gegenüber anfangs reserviert. „Als ich zum Beispiel Milch holen ging und ich die Dorfbewohner grüßte, drehten die sich weg. Als die Menschen merkten, dass ich nichts für mich zurückhaben wollte, hatte man mich dann schnell akzeptiert.“

Die Anwältin und einstige Rechtsberaterin im Breslauer Deutschen Generalkonsulat, Maria Keller, hatte in den 90er Jahren mit vielen deutschen Investoren und Familien zu tun, „die hier riesige Vermögen und Paläste besaßen.“ Gegenüber Deutschen herrschte eine große Abneigung, berichtet die Anwältin. „Um investieren zu können, mussten sie Genehmigungen in Warschau einholen. Es war ein Kampf gegen Windmühlen, denn sie erhielten in der Regel Ablehnungen. Deshalb bewundere ich Melitta, was sie alles geschafft hat“, so Keller. Melitta sei immer konsequent und hartnäckig gewesen,

erinnert sie sich. „Heute erzählt sie Anekdoten, macht Witze. Aber wenn es darum ging, für ihr Kindergartenprojekt zu kämpfen, war es ihr bitterernst. Sie holte sogar Kinder aus Striegau oder Schweidnitz [Świdnica] von zu Hause ab, weil die Eltern kein Geld für Busfahrkarten hatten“, sagt Keller.

Für die Kunstmäzenin Viola Wojnowski, die Melitta ins Oppenheimhaus einlud, sei sie eine doppelte Rückkehrerin, denn sie ist auch durch ihren sozialen Einsatz „wieder das, was die adligen Familien früher im Dorf waren, nämlich Betreuer und Ehrenmensen. Wenn Melitta den Raum betritt, füllt sie ihn mit ihrer Persönlichkeit aus.“ Melitta habe vieles von ihrem vorausschauenden Wesen ihrer Mutter zu verdanken, sagt Wojnowski. Herta Wietersheim-Kramsta wurde „der Große Preis von Schlesien“ genannt, weil sie nicht nur sehr schön, sondern auch sehr reich war. „Und sie war klug“, sagt Melitta, „denn sie kaufte noch im Krieg ein Haus im Walsertal, wohin die Familie geflüchtet ist.“ Früher war es Brauch in Schlesien, dass, wenn ein Mädchen geboren wurde, man den Wein für die spätere Hochzeit kaufte. „Bei drei Töchtern war unser Weinkeller schnell voll. Bevor wir

auf die Flucht gingen, hatte meine Mutter Gummischuhe angezogen, einen Hammer genommen und alle Weinflaschen zerschlagen. Das hat wahrscheinlich das Haus Muhrau gerettet. Denn, wenn die Russen kamen und Wein getrunken haben, sind die Häuser im Rausch kaputt gemacht worden“, so Melitta. Auch den Tresor habe Mutter Herta offen mit dem Schlüssel im Schlüsselloch hinterlassen: „Wir nutzten den heute noch.“

Ob sie in ihrer schlesischen Heimat etwas vermisst? Melitta verneint: „Ich liebe das Einfache“, sagt sie. Sie habe es in Angola, wo sie jahrzehntelang mit ihrer Familie eine Kaffeepflanzung betrieb, gelernt. Auch fühle sie sich nicht alleine in Muhrau, denn ihre zwei Söhne besuchen sie oft mit den Enkelkindern.

Peu à peu gelang es der St.-Hedwig-Stiftung das Muhrauer Schloss zu renovieren und die zwölf Hektar Land zu bewirtschaften. Heute finden im Schloss Veranstaltungen, Vorträge und Workshops vor allem für deutsch-polnische Jugendgruppen statt. Der Kindergarten zog vor drei Jahren aus dem Schloss in die frisch renovierte Remise um. Und nun steht ein neues Projekt an: die Sanierung des Schlossturms. *Chris W. Wagner*

TRADITION

Zum Dank gab es einen „Ollen“

Die Erntefeste waren stets etwas Besonderes im Lauf des Jahres, nach getaner Arbeit wurde gefeiert

VON ERWIN ROSENTHAL

Natürlich! Die „Kornkammer“ Deutschlands war früher Ostpreußen. Aber auch Pommern hatte seine landwirtschaftliche Gewichtung. Erinnert sei nur an die Bedeutung der Kartoffel oder Saatzucht. Auch das Getreide hat bei uns noch eine große Bedeutung, ebenso das damit verbundene Brauchtum – obgleich es im Laufe der Zeit Veränderungen unterworfen war.

Höhepunkt der Mahd war früher der letzte Erntetag, an dem aus den letzten Garben eine Strohuppe – der oder die „Alte“ (platt: „de Olle“) genannt – gebunden wurde. Um diese wurde nicht nur ausgelassen getanzt, sie wurde auch singend durch das heimliche Dorf getragen und dem Bauern oder Gutsherren von einem jungen Mädchen übergeben.

Natürlich wurde der „Alte“ nicht abgewiesen. Ganz im Gegenteil! Er wurde gegen Musik, Essen und Trinken eingelöst und zog in das jeweilige Bauern- oder Gutshaus ein. Zudem lud „Altenbier“ oder „Bunt Water“ – eine große Wanne im Hof, die mit Obst und einer Flasche Klaren gefüllt war – die Schnitter und Landarbeiter zu einer Auszeit ein. So fanden Ernte, Erntefest, Festessen und Tanzergnügen entsprechend ihre Abrundung.

Höhepunkt im Jahreslauf

Bereits vor etwa 100 Jahren wurde das Erntefest – in Pommern am letzten Sonntag im September – zunehmend von den jeweiligen Ortsgruppen des Pommerschen Landbundes organisiert. Das Fest begann nun oft erst am Abend nach der Ernte. Unter sternklarem Himmel und im Schein von Fackeln zogen die Bauern und Erntehelfer mit ihren Familien zur Kornmiete am Festplatz, der von brennenden Holzstößen begrenzt war.

Schon damals wurden Erntekranz und Erntekrone dem Vorsitzenden des Bundes übergeben, der sich mit herzlichen Worten an die Teilnehmer wandte. Nach kurzer Rückschau auf Ernte und Erträge stand der Dank an die Erntehelfer im Mittelpunkt, die diese geborgen hatten. Beschlossen wurde der Moment durch den Choral „Nun danket alle Gott“. Dann zog



Der „Alte“ wird dem Gutsherrn übergeben, dazu wird der Spruch vorgetragen:

„Goden Dag, tosaomen in dat Huus,
wi bringe den Ollen von't Feld no Huus.
wi hewwe mit em üm de Wett bunne,
de Oll, de hett de Sieg gewunne. Wi fänge us mit em an to striden,
de Oll, de wull in'n Feld nich bliwen. Wi hewwe moal bunne rund un bunt,
wi hewwe moal bunne öwer Barg un dörch den Grund.
Wi hewwe moal bunne dörch Distel un Doorn,
doaför gäw de leiv Gott us immer schier Koorn.
Wie hewwe moal bunne, dat de Sand so stöwt,
un anfert Johr will wi binne, dat de Steel sik bögt.
De Oll, dat wie ein lustig Hans, hei bitt sik nu ut Musik un Danz.
Un wenn hei dat würd nich kriege, denn ward ji annert Johr up'n Rügge liege.
Wat doahn wi nu mit diesem Olle?
Wille Sei em hewwe oder schaele wi em biholle?“

es die Bauern zum Feiern in die vorbereitete Gastwirtschaft.

Die pommerschen Erntezüge hatten örtlich recht unterschiedliche Ausgestaltungen. Es gab sie sowohl zu Fuß als auch mit Erntereitern und bunt geschmückten Wagen – so wie es überlieferter Brauch war. Nachdem Jahrzehnte staatlicher Or-

ganisation von Ernte und Erntefest in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgten, ist heute wieder der Bauernverband Ausrichter der Erntefeste in Pommern.

In dieser Woche läuteten nun wieder die Erntedankfestglocken – in Pommern wird das Erntedankfest immer am ersten Oktoberwochenende gefeiert – um zum

Erntedank-Gottesdienst zu rufen. Schon vor 100 Jahren waren die Kinder übrigens zu eigenen Gottesdiensten unterwegs. Auch in der Nikolaikirche Stralsund. Sie trugen 18 Körbe herbei, füllten sie mit Früchten von Feld und Garten, dekorierten sie vorm Altar.

Alter Brauch in Stralsund

Und so sangen die 18 Klosterfrauen, die in den ersten Bankreihen des Kirchenschiffes Platz genommen hatten mit und ohne Orgelbegleitung Dank- und Erntelieder – aus Dankbarkeit gegen Gott und ihre Mitmenschen. Dann beschloss ein Geistlicher den Gottesdienst mit der Übergabe der 18 Körbe an die Empfängerinnen unter Verlesung von Sinnsprüchen und sang gemeinsam mit ihnen das Lied „So nimm denn meine Hände...“ Viele der alten Frauen sahen sich auf dem Heimweg begleitet von mehreren Kindern, in Achtung vor ihrem Alter. Saat und Ernte!

Ja, es gibt auch hier einen Bezug zwischen Ernte und Geistesleben. Denn ohne, dass die Saat für den Glauben gelegt wird, konnte es auch für das Christentum keine Ernte in Pommern geben. Und daher wurden viele Gemeinden im Laufe der Zeit dazu veranlasst, Missionsfeste durchzuführen. Bei diesen wurde gerne an die Aufhebekörbe erinnert, die einst der Herr durch seine Jünger füllen ließ, nachdem er Tausende in der Wüste gespeist hatte (Ev. Joh. 6, 12). Dieses, so meinen auch heute viele Christen, seien die Körbe unserer Zeit. Und wenn Gott sie wieder mit einer reichen Ernte gesegnet hätte, so sollte man auch wieder die Aufhebekörbe beschaffen, um im Anschluss einen guten Griff für das Gottessaatfeld zu tun – als Erntedank!

„Danket dem Herrn, denn er ist freundlich und seine Güte währet ewiglich“ (Psalm 118, 1).

Erntedankgottesdienste (Auswahl)

4. Oktober, 14 Uhr: Pfarrhof Sophienhof-Loitz; 17 Uhr: Kirche Bobbin; **5. Oktober**, 9 Uhr: Gertraudenkapelle Köslin; 9.30 Uhr: Dorfkirche Pütte; 10 Uhr: Marienkirche Stralsund; Johanneskirche Greifswald; Kirche Zinnowitz; Kirche Richtenberg; Kirche Lassan; 10.30 Uhr: Kreuzkirche Stolp

LANDWIRTSCHAFT

Der Pommerische Dickkopf

Wer vermutet Winterweizen dahinter? Alte Getreidesorten sind kulturelles Erbe

Um es vorwegzunehmen: Landwirtschaftliche Produkte aus Pommern können recht eigenartige Namen tragen. Doch ob die Kartoffeln des „Ostboten“, die Äpfel des „Pommerschen Krummstiels“ oder der Winterweizen des „Pommerschen Dickkopf“ – sie alle erzählen uns auch etwas über die Vielfalt der pommerschen Züchter und ihre Leistungsfähigkeit. Heute sind sie bereits Teil unseres kulturellen Erbes.

Mit der Kurzbetrachtung des „Pommerschen Dickkopf“ soll an dieser Stelle Züchtungen mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden. Auch, weil zwei wichtige pommersche Züchter heute längst wieder in Pommern aktiv sind: Die Nordsaat Saatzucht GmbH, 1910 durch Karl von Schultz in Granskevitz auf Rügen begründet, und die Solana Deutschland GmbH & Co. KG, Ursprung 1905 im Kreis Köslin mit der damals wie heute bedeutenden Kartoffelzucht von Kameke-Streckenthin.

Die Pommerische Saatzucht Gesellschaft aus Stettin, 1915 von fortschrittlich denkenden pommerschen Landwirten gegründet, ist mit dem Weizenmehl des Pommerschen Dickkopf heute erneut „in aller Munde“. Wen wundert es? Denn bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts galt der Dickkopf als typisches Brotgetreide – beliebt wegen seiner guten Backeigenschaften und guter Verträglichkeit, dank weniger Allergene.

Zudem zeichnet sich die Pflanze selbst, wie viele andere pommersche Züchtungen auch, durch ihre Robustheit aus. Anspruchslosigkeit an Boden und Klima sowie Widerstandsfähigkeit gegen Pilzbefall, verbunden mit guten Erträgen sorgten auch dafür, dass der Pommerische Dickkopf in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den weit verbreiteten Landweizen ablöste, bis der 1,40 Meter hochwachsende goldgelbe Dickkopf selbst in Vergessenheit geriet.

Neu entdeckt wurden die vier- bis sechszeiligen Ähren im Sommer 2025



Aussaat im September-Oktober: Pommerischer Dickkopfweizen

aber nicht nur in Sachsen oder Brandenburg, sondern auch in Pommern wurden sie wieder geerntet, genauer gesagt vom Biobauern Sebastian Schmidt auf der Insel Rügen. Aus seinem Korn wurde in einer alten Stralsunder Windmühle das Mehl für den Teig gemahlen, aus dem der Stralsunder Bäcker Krämer im Anschluss wöchentlich seine Dickkopf-Brötchen backen konnte.

Wenn nun die pommerschen Erntefeste gefeiert werden, dann erfolgt zeitgleich wieder die neue Aussaat auf unseren Feldern. Das Saatgut dafür wird heute über das Internet gehandelt. Preislich liegen 100 Körner bei etwa 3,50 Euro zuzüglich Versandkosten (erhältlich beispielsweise bei: www.bio-saatgut-lang.de). Und dies eröffnet uns die Möglichkeit, die Verbreitung alter Getreidesorten zu fördern und unser kulturelles Erbe zu bewahren. Die Aussaat dafür erfolgt im September bis Oktober. *Oliver Henneke*

MELDUNGEN

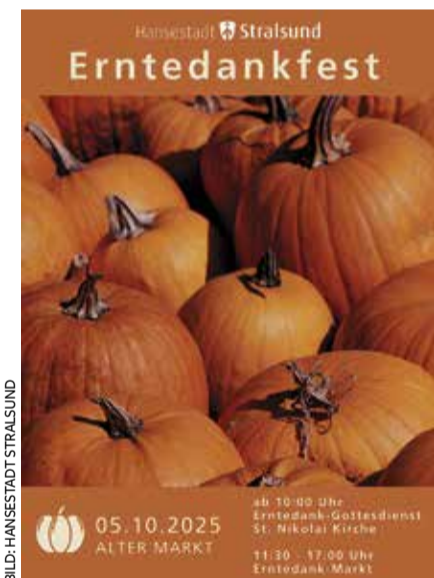
Nationalpark, Bahnhof und Rückbau

Travemünde – Seit Ende September erfolgt der Rückbau des seit Jahren leer stehenden Pommernzentrums in Travemünde. Die Arbeiten sollen bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Entstehen soll in diesem Bereich Europaweg/Ostseestraße ein neues Wohnquartier mit gefördertem Wohnraum und Reihenhäusern. Anwohner sorgen sich um den Baumbestand. Die Versöhnungskirche mit der Gedenkallee ist von dem Abriss nicht betroffen. *BS*

Stettin – Am 26. September wurde mit 226 zu 198 Stimmen ein Gesetz zur Schaffung des Nationalparks „Unteres Odertal“ im Sejm verabschiedet. Er wird südlich von Stettin liegen. Räumlich schließt er sich dem diesseits der Oder bestehenden deutschen Nationalpark „Unteres Odertal“ an. *TS*

Greifswald – Die Pläne zum Umbau der Alten Mensa zum Digitalzentrum wurden gestoppt. Der denkmalgeschützte DDR-Bau wurde am 9. Januar 1976 eröffnet und war unter anderem Veranstaltungsort für Musikveranstaltungen. Unklar ist, was nun aus dem Bauwerk wird. *TS*

Stralsund – Ein bunter Erntemarkt erwartet die Besucher in der Altstadt. *BS*



Kolberg – Wie in vielen Seebädern diesseits der Oder werden auch in den Seebädern jenseits der Oder ab dem 1. Januar 2026 die Abgaben steigen. So ändert sich die Kurabgabe in Kolberg und liegt im neuen Jahr bereits bei etwa 1,50 Euro pro Tag. Die Stadt rechnet 2926 mit Einnahmen von etwa 7,16 Millionen Euro. *TS*

Demmin – Trotz des allgemeinen Geburtenrückgangs zeigt sich das Kreis-Krankenhaus Demmin im Vergleich zum Vorjahr im Plan. Erblickten hier in den Vorjahren etwas über 400 Kinder das Licht der Welt, so sind es 2025 nach neun Monaten bereits 300. Der Name von Kind Nr. 300 ist Eric. *TS*

Neustettin – Der unter Denkmalschutz stehende Bahnhof von Neustettin – errichtet Ende des 19. Jahrhunderts – wurde in den vergangenen Monaten für etwa 5,3 Millionen Euro saniert. Neben dem Gebäude wurde auch der Bahnsteig 1 modernisiert und mit LED-Lichtern versehen. *TS*

Gartz – Am 23. September wurden bei Gartz sechs Sprengbomben aus dem Zweiten Weltkrieg entschärft. Dabei reichte das Sprengen der Zünder. Gefunden wurden die Atlasten bei einer Suche entlang der Bahnstrecke Passow-Stettin. Der festgelegte Sperrkreis betrug 500 Meter. *TS*

„Welche volkswirtschaftliche Verschwendung!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Was für ein genialer Artikel!“

Valentina Selge, Jork

zum Thema: Mit dem Adenauer-Erlass ging es los (Nr. 38)



Ausgabe Nr. 39

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ALLES ZULASTEN DER ARBEITER
ZU: DIE WAHRHEIT ZU „WIR SCHAFFEN DAS!“ (NR. 38)

Ein hervorragender Beitrag zur Migrationsproblematik. Der Verweis auf die Fehlentscheidungen der CDU-Politikerin und Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel ist natürlich richtig, aber letztlich zu kurz gesprungen. Merkel war vollständig eingebettet in ein Meer der Zustimmung und Unterstützung. Skeptiker wurden kopfschüttelnd belächelt, milde ausgedrückt.

Die gesamte Migrationsentwicklung ist ein jahrzehntelanges Kontinuum, wobei 2015 lediglich einen gewissen Höhepunkt in qualitativer und quantitativer Hinsicht darstellt. Die Zustimmung zu dieser Entwicklung wurde über eine breit angelegte Indoktrination generiert.

Demographie, Fachkräfte, Renten, Wirtschaftsaufschwung, Christenpflicht, Grundrecht, Menschenrecht, Goldstücke und vieles mehr waren gängige Ankerbegriffe. Die Arbeiterklasse, also jene, die von ihrer Arbeit leben muss, erkennt langsam, dass der ganze „Move“ rein zu ihren Lasten läuft, materiell wie sozial. Zudem merkt sie, dass mit dem Begriff „der schon länger hier Lebenden“ eine beispiellose Abwertung verbunden ist, quasi eine reine Funktionalisierung. Um die „Kriegstüchtigkeit“ und Verteidigungsbereitschaft zu erhöhen, werden für das Volk neue werthaltige Etikettierungen erarbeitet. Das ist natürlich lobenswert. An der Sachlage wird sich aber nichts mehr ändern.

Jan Kerzel, Diespeck

GUTEN APPETIT IN FRANKEN
ZU: MIT VIEL BAROCK GEWÜRZT (NR. 38)

Natürlich war ich als Mittelfranke schon x-mal im unterfränkischen Würzburg. Übrigens besteht der Freistaat Bayern aus sieben Regierungsbezirken, zwei davon habe ich hiermit mit Mittel- und Unterfranken schon preisgegeben.

Das barocke Würzburg ist immer eine Reise wert, denn kulturell und kulinarisch

ist hier wirklich einiges geboten. In Franken beziehungsweise in Bayern, so auch in Würzburg, dürfte man zum Schnitzel eine Portion Kartoffelsalat oder Kartoffel-Gurkensalat essen oder eben gleich mit Pommes. Schnitzel mit Spätzle in üppiger Soße essen zu müssen, wäre mir neu. Das habe ich bisher so auf keiner Speisekarte in Franken gelesen. Ich kenne und esse sehr gerne Käsespätzle (ohne Soße) dafür mit gerösteten Zwiebeln oben auf den Spätzle liegend.

Bei uns in Franken ist das Schäufele mit Kloß und Soß' und mit Sauer- oder Blaukraut fast schon ein Nationalgericht, auch den Bratwürsten im Weckla oder Bratwürste mit Kraut auf dem Teller kommt ein ähnlicher Status zu. Gulasch mit Spätzle oder Nudeln könnte ich mir sehr gut vorstellen.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

NARMELN IN WESTPREUSSEN
ZU: WOHER DIE HAFFKRANKHEIT IHREN NAMEN HAT (NR. 37)

Das auf der Frischen Nehrung gelegene, von hohen Kiefern umsäumte, malerische Fischerdorf Narmeln lag in Westpreußen, nicht in Ostpreußen. Es ragte, als winziger Zipfel, weit nach Ostpreußen hinein.

Heinz Czallner, Frankfurt am Main

EIN VERITABLES EIGENTOR
ZU: HEFTIGE QUITTUNG FÜR JAHRELANGE IGNORANZ (NR. 37)

Das „Fairnessabkommen“ von Köln ist, schon in seiner Begriffswahl, ein Ausweis für die große Lüge, die im Land schon lange herumgeistert. Wenn man, mit offizieller Ansage, sich selbst ein Tabu verordnet, während die katastrophalen Folgen der Migration jedem Bürger vor den Füßen liegen, schießt man ein veritables Eigentor. Die Alternative wird sich bedanken.

Wer nicht ganz verblendet ist, wird diese abgewirtschaftete politische Elite – zumindest – nicht wählen. Ich bin im Mai, für ein Konzert in Bonn, mit dem Zug

durch den Pott gefahren. Ich war entsetzt über all die negativen Eindrücke. Ich erspare dem Leser Details. Die normative Kraft des Faktischen wird eine Wahlüber raschung zeitigen, die diesen elitären Herrschaften den Angstschweiß ins Gesicht treiben wird. Das steht jetzt schon fest. Viel Vergnügen.

Christian Benthé, Dresden

HABECKS FEHLER AUSBÜGELN
ZU: GRÜNE ALS GEISTIGE SED-ERBEN (NR. 33)

Der Artikel ist sehr interessant, aber das Hauptproblem der Grünen ist, dass sie ihre Kompetenz in Sachen Erneuerbare Energie verloren haben. Durch den massiven Ausbau von Solaranlagen in den letzten drei Jahren unter Robert Habeck haben wir 110.000 Megawatt installierte Leistung in Deutschland, und die Höchstlast liegt bei rund 70.000 Megawatt. Das heißt im Sommer, solare Überproduktion und negative Strompreise, vor allem an den Wochenenden.

Sobald im Sommerhalbjahr die Sonne flächendeckend scheint, werden die Strompreise negativ. Alle Investoren, die in den letzten vier Jahren Fotovoltaikanlagen gebaut haben und keine negativen Strompreise vergütet bekommen, haben große Probleme bei der Bank. Im Juni hatte die Einspeisevergütung einen Marktwert für Solarstrom von 1,8 Cent pro Kilowattstunde, und war damit so niedrig wie noch nie.

Ein Wirtschaftsminister, der den Ausbau steuert, hätte sehen müssen, dass wir auf eine solare Überproduktionskrise zusteuern, die heute dazu führt, dass Solarstrom zusammen mit Windstrom der nicht eingespeist wird, etwa 20 Prozent der möglichen Erzeugung vernichten muss. Welche volkswirtschaftliche Verschwendung!

Dieser nicht eingespeiste Strom wird aber zum Teil vergütet und belastet damit den Verbraucher. Solarstrom mit einer Batterie gekoppelt, rechnet sich auch ohne Förderung, und er produziert auch kei-

ne Überschüsse. Ein Nachrüstprogramm für die existenten Solaranlagen mit rund 100 Gigawattstunden wäre eigentlich die richtige Maßnahme im Erneuerbare-Energien-Gesetz, das heißt eine Erweiterung, die der existenten Anschlüsse, die erlaubt werden müsste, ohne die Netzlast zu erhöhen. Die Netzbetreiber müssten der Einspeisung dieser Speicher grünes Licht geben, genauso wie sie heute Wind- und Solaranlagen abschalten können.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche beseitigt hoffentlich jetzt den Fehler, den ihr grüner Vorgänger hinterlassen hat.

Andreas Brockmüller, Berlin

MERZ HAT RÜCKENSCHMERZEN
ZU: GLÜCKWUNSCH ZU 100 TAGEN KANZLERSCHAFT, HERR KLINGBEIL! (NR. 33)

Verspieltes Vertrauen? Das hat doch Friedrich Merz bereits während der Ära Merkel verspielt. Schuldenbremse? Die meisten Deutschen sind nicht gegen eine Schuldenbremse, und falls doch, dann doch bitte eine mit Geschick und Weitblick. Beides hat die jetzige Regierung nicht. Hier wird an Stellschrauben zulasten der Berufstätigen und der Rentner gedreht. Allerdings haben viele in diesen Gruppen trotz 40 bis 45 Jahren Berufstätigkeit weniger zur Verfügung als ein Bürgergeldempfänger. Das Bürgergeld gehört in den Papierkorb. Wer arbeitsfähig ist, muss arbeiten.

Im Koalitionsvertrag ist unter anderem die Rede von Entbürokratisierung und Effizienz. Hier muss dem Kanzler etwas entgangen sein, sonst wäre ihm die Bedeutung dieser Worte bekannt. Ein Beispiel hierfür ist das „Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG)“ von 2024. Wenn Merz sich klare Strukturen auf die Fahne schreibt, muss er die Bedeutung dieses Wort auch kennen. Er muss aufpassen, dass er nicht vor lauter Verbeugungen gegenüber Herrn Klingbeil Rückenschmerzen bekommt.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

ANZEIGE

Zelluläre Energie – Der Schlüssel zur Heilung!

■ In diesem Kompendium für Ihre Zellgesundheit enthüllt Dr. Mercola, wie die Optimierung Ihrer Zellenergie zu strahlender Gesundheit, Langlebigkeit und Belastbarkeit führen wird. Es bietet Ihnen das Wissen und die praktischen Strategien, die Sie benötigen, um Ihre Vitalität und Lebensfreude zurückzugewinnen.

Egal, ob es sich um ständige Müdigkeit, Schlafprobleme, Gehirnnebel oder Übergewicht handelt, die Sie nicht loswerden können – es kann frustrierend sein, immer wieder nutzlose Medikamente verschrieben zu bekommen, die nicht den Kern des Problems angehen.

Die Antwort liegt in Ihrer zellulären Energieproduktion

In *Zellgesundheit* befasst sich Dr. Mercola mit der entscheidenden Rolle der Zellenergie für optimale Gesundheit und Langlebigkeit. Auf der Grundlage neuester Forschungsergebnisse zeigt dieses umfassende Kompendium auf, wie moderne Lebensgewohnheiten und Umweltfaktoren die Funktion der Mitochondrien, der Kraftwerke unserer Zellen, beeinträchtigen und zu chronischen Krankheiten und vorzeitiger Alterung führen.

Jede Krankheit ist das Ergebnis einer gestörten Mitochondrienfunktion und der Unfähigkeit, genügend Zellenergie zu erzeugen

Dr. Mercola liefert wichtige neue Erkenntnisse zu Ernährung, Entgiftung und Anpassungen des Lebensstils, die Ihr allgemeines Wohlbefinden verbessern werden. Mit praktischen Ratschlägen und leicht umsetzbaren Strategien befähigt Sie dieses Buch, Ihre Gesundheit auf zellulärer Ebene selbst in die Hand zu nehmen, und hilft Ihnen dabei, ein längeres, gesünderes und vitaleres Leben zu führen.

Ein einzigartiges wissenschaftliches Fundament

Eine der großen Stärken dieses Buches ist sein umfassendes und aktuelles wissenschaftliches Fundament. Es umfasst 2500 Verweise, und der Großteil stammt aus Studien, die in den 2020er-Jahren durchgeführt wurden. Das versetzt Sie in die Lage, sich selbst mit den Primärquellen zu befassen. Sie können alle Aussagen überprüfen und Ihr Wissen über den Inhalt des Buches hinaus erweitern.

Wenn Sie nach Möglichkeiten suchen, Ihre Lebensqualität zu verbessern, ist Zellgesundheit eine unverzichtbare Ressource für mehr Vitalität und Lebensfreude.



Dr. Joseph Mercola: *Zellgesundheit – Das Kompendium* • gebunden • 447 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 991 660 • 23,- €

www.kopp-verlag.de • Jetzt bestellen! Versandkostenfrei Lieferung innerhalb Europas

ARMENIEN

Auf einen Kognak am Kaukasus

Eriwans Kompass zeigt Richtung Westen – Vom postsozialistischen Mauerblümchen zur erblühenden Metropole

VON HELGA SCHNEHAGEN

Armenien, armes Land? Armut hat viele Definitionen und Berechnungen. Nimmt man die Megastaus auf Eriwans vier- bis fünfspurigen Straßen – in jeder Richtung! – zum Maßstab, dürfte das Wort Armut kaum anwendbar sein. Blickt man auf die ruinösen, zum größten Teil wohl verlassen kleinen Häuser am Stadtrand und die Industriebrachen, dann trifft der Begriff unüberschaubar zu.

Eriwan mit über einer Million Einwohnern (Gesamt-Armenien hat nach Schätzungen von 2024 rund drei Millionen) besitzt nach Armeniens Neustart am 21. September 1991 als unabhängige Republik überraschend viel buntes Großstadtfair. Die Richtung zeigt nach Westen. Erste Fremdsprache ist Englisch. Bei der Jugend sowieso, und bei der älteren Generation wird Russisch heute gern schon einmal überhört.

Die eindrucksvolle Hauptachse führt von Nord nach Süd quer durch das Zentrum der Stadt. Beginnend bei der großen Kaskade, vorbei an der Oper und über den Nördlichen Boulevard, Eriwans glamouröse Luxusmeile, bis zum Platz der Republik und von dort weiter durch eine von den armenischen Geschäftsleuten Mikael und Karen Vardanyan mit Hilfe der Familienstiftung erstellte neue Parkanlage.

Es war ein Geschenk an die Eriwaner zum 2800. Stadtgründungs-Jubiläum im Jahr 2018. Mit kleiner Verzögerung wurde der 5420 Quadratmeter große Park mit 250 neu angepflanzten Bäumen 70 verschiedener Arten im Mai 2019 der Öffentlichkeit übergeben. Hinzu kam ein mit 2800 Düsen bestückter Brunnen, Bronzeskulpturen und ein eindrucksvolles Mosaikpflaster.

Seitdem verbindet der Vardanyan-Park den Republikplatz mit dem neuen Rathaus, ein imposanter moderner Bau aus roten Tuffquadern von 2005. Endpunkt der Nord-Süd-Achse ist die Kognakfabrik Ararat, die jenseits des Stadtflusses Hrazdan am Berghang thront.



572 Stufen für eine freie Sicht zum Berg Ararat: Die Kaskade von Eriwan mit Skulpturenpark

Bild: Schnehagen

Wer diese knapp fünf Kilometer lange Route „abarbeitet“, ist bei einem Städte-trip schon gut beschäftigt. Das erfahren wir auch von Maria. Die Italienerin kam vier Mal nach Eriwan, dann entschloss sie sich zu bleiben. Die Rentnerin gab vor gut vier Jahren ihre Wohnung in Mailand auf, um sie durch ein möbliertes Appartement in Eriwan zu ersetzen. Bereut hat sie diesen Schritt bis heute nicht. Mailand sei ihr zu hektisch, zu voll, zu überfremdet und zu unsicher geworden. In Eriwan habe sie diese Ängste nicht.

Dabei nutzt sie weidlich das Angebot im Kombi-Bau aus Oper und Philharmonie. Schon für umgerechnet sechs Euro versinkt man bestens platziert in den bequemen breiten Plüschsitzen der Konzerthalle, um bei hervorragender Akustik dem Staatlichen Armenischen Sinfonie-

orchester zu lauschen. Das tun vor allem die Armenier selbst. Jung und Alt hören mit großer Kennerschaft zu und applaudieren entsprechend – heftig oder verhalten. Eine Kleiderordnung gibt es nicht.

In wasserloser Schönheit erstarrt

Alle Zelte abgebrochen hat Maria in ihrer alten Heimat vorsichtshalber nicht. Sie baut im Ernstfall doch mehr auf die italienische Gesundheitsversorgung als auf die armenische. Maria sieht sich selbst als Einzelfall. Doch wer hätte selbst mit diesem hier gerechnet?

Die Vardanyan-Brüder sind nicht die einzigen Mäzene, die Eriwan ihren Stempel aufgedrückt haben. Eine echte Landmarke im Stadtbild ist die große Kaskade mit ihrer über hundert Meter hohen Kalkstein-Treppe. Sie wurde schon während

der Sowjetzeit begonnen und ist genau genommen noch immer nicht fertig. Anfang der 2000er Jahre übergab man das Projekt Gerard Cafesjian, einem amerikanisch-armenischen Magnaten und Sammler moderner Kunst.

Aus „Armeniens Guggenheim“ ist bisher zwar nichts geworden. Doch die Cafesjian-Sammlung neben den Rolltreppen innerhalb der Kaskade und der Skulpturenpark zeitgenössischer Bildhauer wie Fernando Botero oder Lynn Chadwick zu ihren Füßen verdeutlichen immer noch den ambitionierten Plan.

Während die Kaskade in wasserloser Schönheit erstarrt, schießen die Fontänen am Republikplatz von Mai bis Oktober jeden Abend von etwa 21 bis 23 Uhr computergesteuert als Wasser-, Licht- und Musikshow in die Höhe. Nachdem die Was-

serorgel jahrelang defekt war, wurde sie von der französischen Firma Aquatique Show International für 1,4 Millionen Euro saniert und Ende 2007 wieder in Betrieb genommen. Auch die altehrwürdige Kognakfabrik Ararat ging 1998 an die französische Pernod-Ricard-Gruppe. So reihen sich die deutschen Touristen nach Taxifahrer-Meinung auch erst hinter den Franzosen ein: „Germans are very good, French people are very, very good.“

Der Löwe und der Bulle am Eingang zum Vardanyan-Park sind alte urartäische Motive. Archäologen haben sie gefunden, als sie am südöstlichen Stadtrand die im Jahr 782 v. Chr. von dem urartäischen König Argishti I. gegründete Stadtfestung Erebuni entdeckten. Die gewaltige Festung war die damals wichtigste Zitadelle an der Nordgrenze des riesigen, lange vergessenen Königreichs Urartu, das im 9. Jahrhundert v. Chr. aus dem Dunkel der Geschichte auftauchte und im 7. Jahrhundert v. Chr. wieder darin verschwand.

Diesem spannenden Stück altorientaler Geschichte kommt man auf die Spur, wenn man die Festung und das gleichnamige Museum zu ihren Füßen sowie – unbedingt – das Historische Museum am Republikplatz besucht. In der Archäologischen Abteilung ist Urartu dort ein ganzer Saal gewidmet. Mit dem Erebuni-Yerevan-Festival feiert Eriwan jeden Oktober die Gründung der Stadt.

Zur Stadt gehört der Blick auf den Ararat. Leider verbirgt sich Armeniens Nationalsymbol, das heute in der Türkei liegt, meist hinter Wolken. Bei klarem Wetter hat man vom Zizernakaberd-Hügel mit dem Denkmalkomplex zum Gedenken an den Völkermord durch die Türken 1915 die beste Sicht. Ob Angela Merkel am 24. August 2018 diesen Paradeblick auf den 5137 Meter hohen Vulkankegel hatte? Wie François Hollande, Emmanuel Macron und andere Politiker pflanzte sie bei ihrem Besuch am Mahnmahl zum Gedenken an die Opfer ein Tannenbäumchen.

● Führung mit Verkostung in der Kognakfabrik: www.araratbrandy.com

ALBANIEN

Sonne, Strand – und mehr

Für jeden etwas dabei: Naturliebhaber, Strandurlauber und Wanderer finden an albanischen Gestaden – noch – günstige Angebote

Panoramablick von der Terrasse, Infinitypool, Personal und Restaurant für sich fast allein – wer das mag, sollte überlegen, seinen nächsten Luxusurlaub in Albanien zu planen. Bislange bilden die Touristen, die Fünf-Sterne-Luxus in Albanien suchen, nur eine überschaubar kleine Gruppe. Und das, obwohl zunehmend mehr Luxushotels in Albanien eröffnen. Die Anbieter setzen auf eine zügig wachsende Nachfrage und eilen mit Siebenmeilentiefeln voraus.

Ja, Albanien hat Großes vor. Das kleine Land möchte in Sachen Tourismus wachsen. Potential dafür ist vorhanden. Unberührte Natur, dichte Wälder, Hochgebirgspanorama, uralte Buchenwälder und Wasserfälle sind für Naturliebhaber ein lohnendes Ziel. Im Norden des Landes liegen die Albanischen Alpen, in der Mitte das Tomorr-Gebirge und im Süden Gramos und Pindos – insgesamt bringt es das kleine Land auf rund 200 Berge mit Höhen von 2000 Metern und mehr. Wanderer und Naturfreunde kommen hier voll auf ihre Kosten. Die reiche Vogelwelt mit mehr als 220 Arten, darunter Adler, Gän-

segeier, Flamingos und Pelikane, lässt die Herzen von Hobby-Ornithologen höher schlagen. Olivenhaine und Weinanbaugelände locken mit ihren Unterkünften im Bereich des Agrotourismus Öko- und Radtouristen an. Kleine Dörfer, dazu rund

2000 Kulturstätten wie Burgen, byzantinische Kirchen und Klöster sorgen dafür, dass Albanien auch für Kulturinteressierte ein attraktives Urlaubsziel ist.

Mit seiner Fläche, die etwa so groß ist wie die von Brandenburg, bringt es Alba-

nien auf stattliche 476 Kilometer Küste. Der nördliche Teil entlang der Adria wartet mit Sandstränden, eher flachen Uferregionen und Lagunen auf, was perfekt für Familien ist. Der südliche Teil der Küste am Ionischen Meer bietet Steilküsten, Klippen und Berge, die bis zum Meer reichen. Von steinigen Felsen eingerahmte, dramatische Buchten, Kiesstrände mit türkisblauem Wasser und dazu passenden Panoramastraßen erinnern mit ein wenig Phantasie an die Amalfiküste bei Neapel.

Angesichts dieser Attribute wundert es nicht, dass Albanien in den letzten Jahren deutliche Zuwächse im Bereich des Tourismus verbuchen konnte. Im Jahr 2022 besuchten rund 7,5 Millionen Besucher das Land, im folgenden Jahr waren es bereits über zehn Millionen und damit rund 30 Prozent mehr. Im vergangenen Jahr konnte erneut ein Zuwachs von 15 Prozent verzeichnet werden.

Der Tourismus trägt inzwischen kräftig zur Wirtschaftsleistung des Landes bei. Und er inspiriert zunehmend auch die Luxusbranche zu Investitionen. Ambitionen haben insbesondere ausländische In-

vestoren, die in der Fülle der Naturschönheiten von Albanien Potential für ihren Gewinn sehen und eine wachsende Zahl an Fünf-Sterne-Hotels und hochwertige Ferienresorts ins Rennen schicken.

Unter anderem plant auch Donald Trumps Schwiegersohn Jared Kushner, eine Residenz in Albanien zu eröffnen. Die Regierung des Landes hat für derartige Luxusdomizile bereits einige Anpassungen vorgenommen. Sie dürfen nun auch in Schutzzonen errichtet werden. Das aber wäre eine Katastrophe für das Ökosystem – und am Ende auch für Ruhesuchende Naturliebhaber.

Nachdem die britische Tageszeitung „The Guardian“ den ehemaligen Fischerort Ksamil als einen der 20 besten Strandresorts von Europa bezeichnet und ihm an die Karibik erinnernde Traumstrände attestiert hat, wird der Ort mit sein 2700 Einwohnern von Touristen geradezu geflutet. Es ist zu erwarten, dass sich einige Dinge ändern werden, nicht nur in Ksamil: steigende Preise, mehr Gedränge am Strand und mehr Gäste in den Hotels überall in Albanien. *Stephanie Sieckmann*



Karibik-Flair am Ionischen Meer: Strand von Ksamil

Bild: imago/Depositphotos

● FÜR SIE GELESEN

Spannend und unterhaltsam

Detective Chief Inspector Robert Kett hat starke Schmerzen bei seinen Verletzungen, die er sich bei gefährlichen Ermittlungen zugezogen hat, aber das ist für ihn kein Grund, nicht zu ermitteln. Er ist überglücklich, dass er seine Frau Billie aus den Händen eines grausamen Sadisten retten konnte. Doch sie ist stark traumatisiert. Ihre Töchter helfen ihr durch den Alltag.

Ketts Chef bietet der Familie seinen Wohnwagen an der Küste von Norfolk, um sich von dem Schrecken zu erholen. Aber auch hier ereignen sich Mordfälle. Des Weiteren werden vier Teenager entführt. Kett schlägt die Bitte seines Chefs nicht ab, mit seinem guten Gespür zu helfen. Die Sorgen und Schmerzen verdrängt er.

Alex Smith schildert in „Die Stimmen, die dich rufen“, seinem vierten Kett-Fall, was Langeweile und Armut bei Teenagern auslösen können. Seine Kinder gaben ihm die Idee zu dieser Serie. Zuvor hatte er eine Reihe von Horrormen geschrieben. Der Roman ist spannend und unterhaltsam.

Angela Selke



Alex Smith: „Die Stimmen, die dich rufen“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2025, Taschenbuch, 349 Seiten, 14 Euro

REISELITERATUR



Europäische Kulturhauptstadt 2025

Zwei Städte, die unterschiedlicher nicht sein könnten – Das italienische Gorizia und das slowenische Nova Gorica im Fokus einer literarischen Entdeckungsreise

Einzigartiges Zweigestirn – Die Reisejournalistin Irene Hanappi ist eine Mittel- und Osteuropaexpertin. Sie hat bereits mehrere Bücher zu Slowenien, Pressburg und Brünn geschrieben. Gemeinsam mit der Fotografin, Autorin und Grafikerin Gai Jeger hat sie sich in der italienisch-slowenischen Grenzregion der Doppelstadt Gorizia, dem ehemaligen Görz, auf italienischer Seite und der auf dem Reißbrett entstandenen slowenischen Vari-

ante Nova Gorica auf Spurensuche nach der Geschichte und Kultur dieser faszinierenden Region begeben.

Herausgekommen ist ein spezieller Reiseführer. Hanappi trifft sich mit Menschen, die ihr als Zeitzeugen oder als Bewohner die Besonderheiten und Sehenswürdigkeiten ihrer jeweiligen Heimatstadt näherbringen. Es ist ein lesenswertes und unterhaltsames Buch über die diesjährige europäische Kulturhauptstadt. MRK



Irene Hanappi: „Gorizia. Nova Gorica. Faszination Grenzregion. Friaul-Julisch, Venetien & Slowenien, Collio & Goriška Brda, Vipava-Tal, Karst“, Styria Verlag, Wien/Graz 2025, broschiert, 192 Seiten, 29 Euro

ERZÄHLUNGEN

Unermüdlich schreibend gegen das Vergessen

Der beliebte ostpreußische Schriftsteller Arno Surminski legt mit „Uns geht die Sonne nicht unter“ einen Band vor, in dem es um Kriegserlebnisse, Verlust, aber auch um Versöhnung und Völkerverständigung geht

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Anlässlich seines 90. Geburtstages im vergangenen August habe ich Arno Surminski gefragt, ob er nicht langsam aufhören wolle, um sich zum Beispiel mehr um seinen Wald in Wacken kümmern zu können. „Ich habe noch viele Ideen“, antwortete er ohne zu zögern, „die möchte ich noch umsetzen!“

Genau ein Jahr später liegt im Ellert & Richter Verlag wieder ein Surminski vor: „Uns geht die Sonne nicht unter“, eine Sammlung von insgesamt 25 Erzählungen auf 158 Seiten.

Der Titel, Refrain des bekannten Wandervogel-, später auch HJ- und Pfadfinder-Liedes „Wilde Gesellen“, weckt unterschiedliche Assoziationen. Danach befragt antwortet der Autor: „Das ist nach meinem Sprachgefühl ein großartiger Satz. Er passt in die Untergangsstimmung des Krieges.“ Themen wie das Kriegsende, die Vertreibung aus der ostpreußischen Heimat, der Verlust der Eltern und damit aller Sicherheiten, die ein Kind haben kann, bilden somit einen Schwerpunkt in den Geschichten. Die, angesiedelt zwischen Kanada und Ostpreußen, Stationen seines bewegten Lebens, schildern auch ganz alltägliche



Arno Surminski

Bild: privat

Begebenheiten, an denen man oft gedankenlos vorübergeht. Gleichzeitig versinnbildlichen sie das Werk dieses großartigen Erzählers, der schreibend unermüdlich gegen das Vergessen sowie für Versöhnung und Völkerverständigung kämpft. Und das seit 1974 in 16 Romanen und weit über 100 Erzählungen.

Angeregt durch Lebenserfahrungen

Wodurch er dazu angeregt worden sei? „Einige Geschichten sind aus meinem Leben entstanden, andere von Bekannten erzählt. Auch in Zeitungen findet man Anregungen für Erzählungen“, erklärt der Autor ohne Umschweife. Und weiter: „Die persönlichen Hintergründe und seelischen Mahnung sein, die Welt zu befrieden“. Auch dies eine der Botschaften, die sich wie ein roter Faden durch sein umfangreiches Werk ziehen. Die titelsetzende Geschichte des Bandes ist sein persönliches Schicksal, das eng mit dem Verlust beider Elternteile verbunden ist.

Daran anknüpfend erkundet Surminski auch einige Möglichkeiten, die das Leben bereithält. Wobei die Pointen so überraschend sind, dass man häufig sprachlos innehält – still lächelnd. „Wenn es keinen überraschenden Schluss gäbe“, lässt Ar-

no Surminski wissen, „könnte ich die Geschichte nicht schreiben.“ Er gibt damit auch Einblick in seine „Schreibwerkstatt“ und ergänzt: „Erst kommt die Pointe, dann als Rahmen die Geschichte“. Eine überraschende Sichtweise, hätte man dies doch eher umgekehrt vermutet.

Eine entscheidende Rolle misst er auch dem Tod zu als Kontrast zum Leben und dessen Endstation. Er sei unser aller Begleiter und man dürfe ihn aus einer Geschichte nicht heraushalten, meint er nachdenklich. Schon in jungen Jahren ist ihm der Sensenmann häufig begegnet.

Dies alles in einer emotionalen, doch sehr präzisen Sprache, die ohne Pathos auskommt, aber scharf und klug beobachtet. Wie wir es von ihm kennen und schätzen. Der anhaltende Erfolg gibt dem recht. „Gefühle beschreiben kann ich nur in meiner unverfälschten Muttersprache“, resümiert Arno Surminski, der es damit zu einer unnachahmlichen Meisterschaft in der deutschen Nachkriegsliteratur gebracht hat.



Arno Surminski: „Uns geht die Sonne nicht unter“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2025, gebunden, 158 Seiten, 19,95 Euro

DEUTSCHLAND

Zur fatalen Lage der Nation

Henryk M. Broder und Reinhard Mohr ziehen mit Ironie und Humor ein Resümee der Ampel-Jahre und blicken optimistisch in die Zukunft

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Wird jetzt alles besser?“, lautet der Untertitel des aktuellen Buchs der bekannten Journalisten Henryk M. Broder und Reinhard Mohr „Good Morning Germanistan!“. Gemeint ist, ob es Bundeskanzler Friedrich Merz und seinem Kabinett gelingen wird, den desillusionierten Deutschen wieder einen positiven Blick in die Zukunft zu geben.

Das Buch entstand kurz vor der vorgezogenen Bundestagswahl, zu einem Zeitpunkt, als sich klar abzeichnete, dass die CDU als stärkste Kraft daraus hervorgehen und Merz Bundeskanzler würde.

Die Autoren arbeiten sich mit ironischen Kommentaren und scharf gewürzten Analysen an der gescheiterten Ampel-Regierung und dem Zeitgeist ab. Im Kapitel „Deutschland ein Phrasenland“ etwa führen sie mit Ironie vor Augen, wie der „legendär gescheiterte“ Ampel-Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck, der seine Unfähigkeit in zahllosen Fällen unter Beweis stellte, dennoch „selbstbewusst wie Bolle“ auf sein Wirken zurückblickt: „Ich habe das Land in Fahrt gebracht wie kein anderer Wirtschaftsminister zuvor!“ Oder wie der damalige Gesundheitsminister Karl Lauterbach „in seinem unverwechselbaren rheinischen Corona-Singsang“ behauptete, Olaf Scholz sei „der beste Kanzler, den wir je hatten.“

Die Wahrheit sieht bekanntlich anders aus. Ignoranz gegenüber der Realität, Arroganz gegenüber dem Volk sowie eklatante Fehler ließen die Ampel zur beliebtesten Regierung werden und führten zu deren vorzeitigem Aus. Doch wie soll es weitergehen mit einer Merz-Regierung, die wohl oder übel mit jenen Sozialdemokraten eine Koalition bilden muss, die den späteren Kanzler im Wahlkampf noch beschimpft hatten, er würde das „Tor zur Hölle“ öffnen? Und mit einer CDU, auf der das schwere Erbe der Merkel-Ära lastet? Im Kapitel „Quo vadis Germanistan – wohin treibt die Politik?“ geht das Autorenduo auf den Kulturkampf Linker gegen Rechts ein und zeigt absurde Entwicklungen auf.

In unserer Zeit des Umbruchs sehen sie jedoch auch Grund für Optimismus. Die Erschütterung der transatlantischen Partnerschaft könnte für Deutschland und Europa eine Chance sein, sich auf eigene Stärke zu besinnen und ein europäisches Selbstbewusstsein aufzubauen. Eine kurzweilige und unterhaltsame Lektüre.



Henryk M. Broder/ Reinhard Mohr: „Good Morning Germanistan! Wird jetzt alles besser?“, Europa Verlag, München 2025, broschiert, 208 Seiten, 18 Euro

HISTORISCHES SCHIFF

Die etwas andere Eroberung des Nordsterns

Das norwegische Motorschiff „Nordstjernen“ vereint Charme, Ästhetik, Romantik und so richtig schönes Seemannsgarn

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

High noon: Da stehen sie, breitbeinig, die Daumen im Koppel, den Colt lässig an der Seite hängend. Keine Szene aus einem alten Western mit John Wayne, Clint Eastwood oder Gary Cooper. Ganz im Gegenteil: Gemeint sind nur sieben Bundespolizisten und Zollbeamte an einem Montagmorgen am Warnemünder Kreuzfahrtterminal. Sie sollen ein Schiff kontrollieren, das gerade anlegt. „Aber“, so gesteht einer der Uniformierten lächelnd, „uns interessiert vor allem dieser Dampfer. Der soll ja was ganz Besonderes sein!“

Wenn es nach der Gruppe von Stralsundern ginge, die gerade von einer zweiwöchigen großen Nord-Ostsee-Fahrt zurückgekommen sind, würden sie 2026 unbedingt in Stralsund auf „ihr“ Schiff gehen. So begeistert sind sie von der kürzlich in Warnemünde zu Ende gegangenen Reise auf dem ältesten Hochsee-Kreuzfahrtschiff der Welt, dem norwegischen Motorschiff „Nordstjernen“. Das hat sie sogar – neben Riga und Libau [Liepāja] in die lettische Partnerstadt von Stralsund geführt: nach Windau [Ventspils] in Kurland, nach der auch das bekannte Restaurant an der Sundpromenade benannt ist.

An der Pier gegenüber die lettische Marineflotte: ein alter Bundesmarine-Minensucher und mehrere Boote aus französischen Beständen. Das ist alles. Draußen auf See patrouilliert derzeit ein russischer Zerstörer aus Pillau, während ein US-Navy-Verband ohne AIS-Erkennungssignal gen Westen dampft. Die Unruhe unter den Passagieren ist spürbar. Manche rechnen sogar mit dem urplötzlichen Auftauchen eines russischen U-Bootes, während mehrere „Schattentanker“ mit Kurs auf russische Ölhäfen nach Osten dampfen. „Die sollen wohl beschützt werden“, mutmaßt ein Gast. Kapitän Odd Nordahl-Hansen stört das nicht. Der ruhige Norweger behält unbeirrt seinen Kurs bei und zeigt Passagieren die Brücke. Durch seine Maschine führt Chief Joselito Reoma von den Philippinen.

Ein Blick zurück: 1955/56 wurde das Passagierschiff bei der Hamburger Traditionswerft Blohm + Voss in solider Nietbauweise mit höchster Eisklasse gebaut. Bis 2012 war es entlang der 2000 Kilometer langen norwegischen Küste und bis nach Spitzbergen und Schottland als Postschiff im Einsatz, wurde dann nach



Die MS „Nordstjernen“ kurz vor ihrem Stapellauf in der Hamburger Traditionswerft Blohm + Voss im Jahr 1956

Bild: Schmidt-Walther

50 Dienstjahren außer Dienst gestellt, 2012/2013 aufwendig auf der Remontovawerft in Danzig restauriert und sogar unter Denkmalschutz gestellt.

Veränderungen sind nur in einem sehr begrenzten Maße erlaubt. So ist das Schiff im Originalzustand erhalten geblieben: der Nordstern am Nordhimmel. Schiffsfans möchten nicht mit dem Riesepott tauschen, der mit 2000 Passagieren beladen um die Ecke liegt und die kleine „Nordstjernen“ haushoch überragt. Der immer lachende, versierte philippinische Bootsmann Christofferson Magpantay hat nur ein müdes Lächeln für den Koloss übrig. „Das ist doch keine Seefahrt mehr!“, sagt er etwas augenzwinkernd abschätzig und streichelt dabei liebevoll „sein“ Schiff.

Auch in diesem Sommer hat das historische 80,77 Meter lange, 12,60 Meter breite und 4,50 Meter tief gehende

2191-BRZ-Motorschiff wieder Fahrt aufgenommen für verschiedene spannende Nord-Ostsee-Reisen.

In Sack und Tüten

Der reizvolle „Nordstjernen“-Vorteil: Neben allen großen Häfen können kleine und kleinste angelaufen werden, zum Beispiel: Aeresköbing, Karlskrona, Liepaja, Gudhjem, Christiansö, Pärnu, Fredericia und und und. Wenn es nicht anders geht, wird geankert. Mit Zodiac-Expeditionsschlauchbooten wird man dann an Land gebracht – auch mal durchnässt. Das hat schon einen Hauch von Abenteuer, aber mit der richtigen Schutzkleidung ist das kein Problem. Natürlich kann es bei Wind auch Wellen geben, die die kleine „Nordstjernen“ schon mal „wackeln“ lassen, wie die Gäste an Bord dann gern sagen. Aber dafür hält Klaus-Peter ja die kleinen magischen Pillen bereit: „Die machen nur ein

bisschen müde“, flüstert er verschmitzt lächelnd, „aber die schaden nicht.“

Es dauert, bis alles so weit in Sack und Tüten ist. Mindestens ein Jahr im Voraus gilt es Vorschriften für die einzelnen Häfen zu sondieren und Institutionen zu befragen, was geht und was nicht. Darum kümmern sich für die norwegische Reederei Vestland Classic zwei Frauen: Ruth Moritz und Margit Distler. Sie nehmen Kontakt auf zum Hafenkaptän, der Hafengesellschaft, der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie der Wasserschutzpolizei des Landes.

Hierbei geht es darum, die nautischen Vorgaben – zum Beispiel ob ein oder zwei Schlepper notwendig sind – und die internationalen Sicherheitsvorschriften ISPS zu erfüllen. Dazu wiederum gehört ein Röntgen-Scanner samt einer zertifizierten Bedienung und eine Umzäunung.

Daran und an den Landgangs-Programmen werde noch gearbeitet, wie Margit Distler und ihr mitstreitender Ehemann Klaus-Peter mitteilten. Sie ist Nürnbergerin „mit Salzwasser im Blut“, wie sie selbst sagt. Die Hamburgerin Ruth und die Fränkin Margit sind beide Reiseleiterinnen und gleichzeitig auch die Reisevermittlerinnen.

Ein Stück Seefahrtsgeschichte

Wenn das alles klappt, kann davon ausgegangen werden, dass Passagieren und Schiff wie schon bei anderen Erstanläufen im Frühsommer 2026 am Sund ein „großer Bahnhof“ bereitet wird.

Da die „Nordstjernen“ von ihren Abmessungen her durch die 24 Meter breite Ziegelgrabenbrücke passt, geht man als Liegeplatz von der Steinernen Fischbrücke aus. Es könnte aber auch der 16er sein, der umzäunt gegenüber der Fischbrücke liegt. Der unbestrittene Vorteil: eine zentrale Lage mit Fußläufigkeit in die Stadt, zum Ozeaneum, zur „Gorch Fock“ (I) und zum Meeresmuseum.

Die Preise für die exklusiven einwöchigen Nostalgie-Reisen zu einigen bisher kaum von Kreuzfahrtschiffen angelaufenen Destinationen liegen zwischen 978

(einfachste Kabine, Du/WC auf dem Gang) und 2442 Euro pro Person für den gehobenen Standard, je nach Allein- oder Doppelbelegung und Route. Maximal können 110 Gäste mitfahren. Vom Essen aus der kleinen Kombüse vom dänischen Chefkoch Thomas Kristiansen schwärmen sie übrigens alle. Sein Vater Per verwaltet den Hotelbereich, Aliona Votcel aus Litauen assistiert ihm dabei absolut hoch engagiert.

Für Stralsunder wäre es eine tolle Gelegenheit, von ihrer Heimatstadt aus eine Seereise mit einem historischen Passagierschiff, das ein lebendiges Stück Seefahrtsgeschichte repräsentiert, in einzigartiger familiärer Atmosphäre anzutreten.

Darüber hinaus wäre die klassische „Nordstjernen“ ein Lichtblick für das noch zarte Stralsunder Kreuzfahrt-Pflänzchen. Womit auch weitere Reedereien und Veranstalter auf das Potenzial der Hansestadt aufmerksam gemacht werden. Wie kürzlich zum zweiten Mal die MS „Hamburg“ bewiesen hat. Geplant sind bei optimalen Bedingungen dann mehrere Anläufe und sogar ein Basishafen-Status, denn Warnemünde gilt mit 3000 Euro pro Tag als zu teuer.

Auch Kreuzfahrt-Fan Oberbürgermeister Alexander Badrow hat seine Freude daran, die bekannte Oldtimer-Legende am Sund nicht nur einmal willkommen zu heißen.

Weitere Infos

MS „Nordstjernen“: Baujahr 1956; Bauwerft: Blohm+Voss, Hamburg; Typ: Kombiniertes Passagier- u. Frachtschiff, höchste norwegische Eisklasse; Hauptmaschine: Achtzylinder-Viertakt-Dieselmotor MaK, 2450 kW/3600 PS; Geschwindigkeit (max.): 15 Knoten; Verstellpropeller; Decks: 5; Kabinen: 71; Crew: 26; Heimathafen: Bergen; Flagge: Norwegen.

• www.vestlandclassic.com;
Margit Distler: mdistler@gmx.net



Die MS „Nordstjernen“ beim Auslauf aus dem Seekanal Warnemünde

Bild: Schmidt-Walther

● AUFGESCHNAPPT

Am 12. Oktober sollen die Hamburger in einem Volksentscheid darüber abstimmen, ob die Hansestadt schon 2040 „klimaneutral“ werden soll statt wie bislang vorgesehen erst 2045. Der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) warnt eindringlich davor, dem Entscheid zuzustimmen. Im VNW dominieren die gemeinwohlorientierten Wohnungsgenossenschaften. Schon durch die „Klimaneutralität“ bis 2045 werde sich die Quadratmetermiete um bis zu drei Euro erhöhen. Mit dem Vorziehen auf 2040 käme noch einmal ein Euro dazu, so der VNW. Ein Vertreter des Verbandes schimpft, er habe „selten erlebt, dass eine Initiative so schamlos der Umverteilung von unten nach oben“ das Wort rede. Bemerkenswert ist, dass zu den Unterstützern der Initiative auch der Hamburger Mieterbund und die Linkspartei-Fraktion im Landesparlament zählen. Hier wird beispielhaft sichtbar, dass Ideologie, hier die Klima-Ideologie, für eine linke Elite in Parteien und Verbänden weit wichtiger zu sein scheint als soziale Ziele. **H.H.**



● STIMMEN ZUR ZEIT

Immo von Fallois richtet in der „Berliner Zeitung“ (24. September) einen dringenden Appell an die etablierte Politik:

„Da lese ich gerade, dass der bayerische Ministerpräsident Söder vor der ‚furchtbaren Gefahr‘ der AfD warnt ... Aber die entscheidende Frage lautet doch: Warum steigen ihre Umfragewerte überhaupt? Die Antwort liegt auf der Hand – weil es keinen Ruck, keinen echten Wandel, keine überzeugende Wende gibt. Man möchte den Regierenden zurufen: Macht endlich eure Hausaufgaben!“

Theo Hoenhorst, Ex-SPD-Mitglied, hat eine Idee, warum die Spitzen seiner früheren Partei dem Niedergang der SPD fast tatenlos zusehen und der AfD die Arbeiterstimmen überlassen. In der „Welt“ (26. September) schreibt er:

„Der Grund für den Unwillen zur Veränderung ist simpel: Die führenden Köpfe haben kein Interesse an einem Kurswechsel, denn ihre Plätze sind abgesichert. Ein Eingestehen von Fehlern ist für ihre Karrieren gefährlicher, als die hinteren Plätze der Wahllisten über Bord gehen zu lassen.“

Gunnar Schupelius nimmt in der „B.Z.“ (24. September) die Forderungen des linken Parteienspektrums zur Wohnungspolitik im Land Berlin (siehe S. 5) aufs Korn:

„Der Blick der Sozialdemokraten ist dertart von Ideologie vernebelt, dass ihnen gar nicht mehr auffällt, in welchen Widerspruch sie sich verwickeln: Sie wollen den Wohnungsbau fördern und brauchen dafür private Bauherren, weil es die öffentliche Hand nicht schafft. Gleichzeitig legen sie den privaten Vermietern die Daumenschrauben an.“

Michael Klonovsky schreibt in seinem Online-Tagebuch „Acta Diurna“ (23. September) zur Anerkennung eines Palästinenserstaates:

„Ein solcher Staat wird keinen Frieden schaffen, sondern der Hamas nur als Basis für den nächsten Angriff taugen.“

Der Deutschlehrer Gerald Ehegartner bezeichnet Gendern als Sackgasse und fordert in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (29. September) eine „Renaturierung“ der deutschen Sprache:

„Sprache verändert sich stets natürlich und von den Sprachträgern nicht bemerkt. Gendersprache hat somit nichts mit natürlichem Sprachwandel zu tun. Sprache ‚gehört‘ allen, die sie sprechen, keine sich auf eine wie immer geartete Moral berufende Sprachelite besitzt ein Patent darauf und darf sie zurechtmodellern.“

● WORT DER WOCHE

„Eine Demokratie, in der es keine rechte Partei geben darf, ist keine echte Demokratie mehr. Sie verliert ihre Glaubwürdigkeit.“

Harald Martenstein in der „Welt“ am 28. September

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ein Herz für Sensibelchen

Warum Merz von uns die Nase voll hat, und wie falsche Moral an der Wirklichkeit zerschellt

VON HANS HECKEL

Ein guter Staatsmann weiß, was er wem zumuten kann und was nicht. Wo er demnach ruhig mal Härte zeigen muss, und wo dagegen zarte Rücksichtnahme angesagt ist. Friedrich Merz jedenfalls kann hier genau unterscheiden und findet den passenden Ton.

Den Knalltönen von der „freien Wirtschaft“ hat der Kanzler bei einer Zusammenkunft in Köln ordentlich den Marsch geblasen: „Hören wir doch mal auf, so larmoyant und so wehleidig zu sein in diesem Land“, haute er den versammelten Unternehmern, Selbstständigen und Freiberuflern seinen Groll um die Ohren. Diese „Klagerei, diese Nörgerei“ gehen ihm auf den Senkel.

Dass Merz auch die ganz weichen Töne draufhat, hatte er dagegen nur wenige Tage zuvor in der Fraktionssitzung von CDU und CSU bewiesen. Es hatte einen offenen Streit gegeben zwischen Union und SPD wegen fehlender Mittel für den Straßenbau. Zu viel oder zu laute Kritik an der SPD, warnte der Kanzler, solle aber besser vermieden werden. Lars Klingbeil sei „sehr sensibel“, mahnte Merz die eigenen Leute zu mehr Taktgefühl mit dem seelisch verletzlichen SPD-Co-Chef.

So ist es richtig und angemessen: hart zum Volk und rücksichtsvoll zur politischen Elite. Was wollen die „Nörgler“ da unten denn auch? Gut, im Frühjahr hatte Merz versprochen, dass wir „im Sommer“ schon echte Ergebnisse seiner kraftvollen Reformoffensive spüren würden. Als im Sommer dann nichts kam, überraschte er uns mit dem Versprechen auf einen „Herbst der Reformen“. Der Herbst hat angefangen, doch es geschah wieder so gut wie nichts. Statt Reformen lautet die neueste Devise nun: Geduldet euch gefälligst, gut Ding will Weile haben. Vielleicht im nächsten Jahr – oder so.

Doch hört auf zu nörgeln und zu jamern! Zumal es ja gar nicht stimmt, dass Finanzminister Klingbeil nichts unternimmt.

Der führt nämlich gerade einige bemerkenswerte Zauberkunststücke auf. Die Regierung hatte ja fest versprochen, dass sie die Schulden-Milliarden aus den „Sondervermögen“ nicht in den laufenden Haushalt tropfen lassen wird, um ihre Unfähigkeit zu vertuschen, mit den höchsten Steuereinnahmen der deutschen Geschichte wirtschaften zu können. Nein, die Zusatzschulden würden ausschließlich für Zusatzprojekte ausgege-

ben, die es im bisherigen Haushalt noch gar nicht gab.

Aber jetzt sehen Sie mal, wie pffiffig Klingbeil vorgeht: Zwei Milliarden sollten vom Sondervermögen für die Sanierung maroder Autobahnbrücken aufgebracht werden. Das werden sie auch, aber vorher hat die Regierung zwei Milliarden aus dem regulären Haushalt, die bereits für dieses Vorhaben veranschlagt waren, einfach wieder herausgestrichen. Schlaue, was? Bei anderen Posten wie dem für die Deutsche Bahn läuft es ähnlich: Im regulären Haushalt wird brutal gekürzt und das Loch dann mit dem „Sondervermögen“ wieder zugestopft.

Kommen Sie aber nicht auf die Idee, diese Hütchenspielerei auf Kosten der finanziellen Solidität des Landes anzuprangern! Erstens unterstützen Sie damit die „wehleidigen Nörgler in diesem Land“, und zweitens wollen wir uns gar nicht ausmalen, welche fürchterlichen Verwüstungen solche Kritik im zerbrechlichen Herzen von Lars Klingbeil anrichten kann.

Baerbocks triefendes Pathos

Gefühle stehen – wie auch Moral – hoch im Kurs bei der debattierenden Klasse von Berlin. Im Fall der Berliner „Mohrenstraße“ war beides verletzt, die Gefühle schwarzer Menschen wegen des Namens, weil er auf schwarze Menschen Bezug nimmt (Und das diskriminiert die dann? Egal, muss man nicht verstehen) und die Moral, weil ... Na, jedenfalls hat man einen idealen neuen Namen gefunden, der seit dem 23. August die Straßen ziert. Seitdem heißt sie Anton-Wilhelm-Amo-Straße. Besagter Amo sei von den Niederländern als Kind im Jahre 1707 versklavt und kurz darauf dem Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel geschenkt worden. In Deutschland machte Amo dann eine steile Karriere und wurde der erste schwarze Philosoph im deutschen Gelehrtenwesen.

Spätestens hier hätten wir eigentlich stutzig werden müssen hinsichtlich der angeblich so tragischen Kindheit des lieben Amo. Welches deutsche Kind aus einfachsten Verhältnissen hatte Anfang des 18. Jahrhunderts auch nur den Hauch einer Chance, einfach so an einem Fürstenhof aufgenommen zu werden, wo ihm obendrein der rote Teppich ausgerollt wird für eine akademische Bilderbuchkarriere? Keines. Aber einem schwarzen Sklaven fällt das alles in den Schoß? Echt jetzt? Das Misstrauen gegenüber dieser schil-

lernden Abenteuergeschichte wuchs nicht über Nacht, sondern langsam und stetig. Das hat den Historiker Michael Zeuske dazu animiert, genau hinzugucken und alles zusammenzutragen, was über die Herkunft des kleinen Wilhelm Anton ans Licht zu bringen ist. Viel war das nicht.

Aber was Zeuske fand, lässt darauf schließen, dass Amo selbst der Spross einer reichen, privilegierten Familie von Sklavenjägern und -händlern war und auf Wunsch seines Clans nach Europa geschickt wurde, um dort bei einer standesgemäßen Gastfamilie Aufnahme und Ausbildungschancen zu empfangen, was ja auch fabelhaft gelang. Die Niederländer von der Westindischen Kompanie waren demnach Geschäftspartner vom Amos Sklavenhändler-Verwandtschaft und daher so freundlich, den Jungen sicher nach Deutschland zu eskortieren.

Ergo wurde ein Sklavenhändler-Filius postum mit einem Straßennamen geehrt, um Buße zu tun für den europäischen Sklavenhandel. Die hohe Moral, in der sich die Betreiber der Umbenennung suhlten, entpuppt sich demnach als peinliche Klamotte.

Das passiert nicht zum ersten Mal: Denken wir an die Sache mit den Benin-Statuen. Die hat die damalige Außenministerin Baerbock unter triefendem Pathos an das Oberhaupt der beninischen Königsfamilie zurückgegeben. Dann stellte sich heraus, dass die Statuen aus jenen Bronzestücken gefertigt sind, mit denen europäische und amerikanische Händler jene „Menschenware“ bezahlten haben, welche die Benin-Herrscher zuvor versklavt und allseits zum Kauf angeboten hatten. Die Nachfahren der Sklavenhändler bekamen von Frau Baerbock also die Beute ihrer Ahnen zurückerstattet.

Wie falsche Moral an der Wirklichkeit zerschellt, zeigt sich auch im Mittelmeer auf der „Gaza-Flottille“, die durch Greta Thunberg berühmt wurde. Die Parole „Queers for Palestine“ klang für Klarsichtige von Anfang an wie „Kälber für den Schlachthof“. Das wollten die woken Palästina-Unterstützer aber partout nicht wahrhaben. Wie wir nun hören, zanken sich radikale Moslems und Queer-Aktivistinnen auf der „Flottille“ wie die Kesselflicker, weil die strengen Muselmanen über Homosexualität zur völligen Überraschung von Greta und Co. ganz anders denken als wir. Unsereins muss derweil all sein Erwachsensein zusammenkratzen, um seine Schadenfreude unter Kontrolle zu bringen.

—
Die Sache mit der Mohrenstraße endet wie die mit den Benin-Statuen: als peinliche Klamotte



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de